April 4/79 - DM 3,50 C 4143 EX

konkret

Die Monatszeitsch[illegible]litik und Kultur

Italien Lire 1600 - Holland hfl 4,25 - Schweiz sfr 3,80 - Österreich S 28,- - Spanien Ptas 160,-

Günter Wallraff: Neues von den ‚Bild'-Beschaffern

Franz Josef Strauß und Seine Kaiserliche Hohlheit:

Habsburger Front für Europa

in konkret April 1979

Briefe

intern

Siegt Stoltenberg in Kampuchea? von Hermann L. Gremliza

Habsburger Front von Werner Heine
Eine schwarz-braune Sumpfblase blubbert gen Europa. Straußens CSU sammelt alle Braunen um sich - mit einem Verfassungsgegner als Galionsfigur. Die Gemeinsamkeit dieser »Demokraten« reicht von der Weichsel bis zur Etsch

Aufruf
zum Protest gegen die Absicht, das vormalige NSDAP-Mitglied Karl Carstens zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen

Minderheiten Maul halten! von Walter Boehlich
Warum Karl Carstens jene repräsentiert, die ihn wählen wollen, erklärt KONKRET-Autor Walter Boehlich

»Stoltenberg geht wieder zu Krupp« von Klaus Matthiesen
KONKRET-Interview

Von Menschen und Märkten von Jörg Huffschmid
Finanzminister Hans Matthöfer hat ein Buch geschrieben über die Humanisierung der Arbeit. Jörg Huffschmid hat eine Meinung dazu

Die Endlösung in Nordhorn von Henryk M. Broder
Wie ein Stadtdirektor und ein CSU-Abgeordneter sich um den guten Ruf der Stadt im Emsland verdient gemacht haben, beschreibt Henryk M. Broder

Das Volk wird noch weinen von Heinrich Hannover
Über den Nachruf-Prozeß von Oldenburg

Magazin

Radikalauer von Winfried Thomsen

Der Kampf geht weiter von Gerhard Schröder
Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten über Berufsverbote

... bis die Welt in zwei Saucen zerfällt von Martin Walser
Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Fernsehsendern? Das Ergebnis wäre eine »Bild«-Zeitung im TV-Format

Hicks bleibt Hicks von Friedrich Knilli
Springers Star-Zeichner Wolfgang Kerschbaum, alias Hicks, wird demnächst 70. Friedrich Knilli hat ihn besucht

Angst kriecht von innen herauf von Karin Reschke
Über Peter Lilienthals »David«, auf der Berlinale mit dem goldenen Bären ausgezeichnet, und über Klaus Emmerichs »Die erste Polka«

Ponto und Zange von Hermann L. Gremliza
Über Hermann P. Piwitts neuen Roman

kultur-magazin

Kohl in Den Haag: »ideal« von Anet Bleich, Max van Weezel
Sind die Holländer wirklich genauso wütend wie die CDU über ihre Landsleute, die Helmut Kohl ins Schwitzen brachten? Die Amsterdamer Journalisten Anet Bleich und Max van Weezel geben einen Überblick über die Reaktion auf Bürger-Fragen und Politiker-Antworten in den Niederlanden

Vampire von Günter Wallraff
Neues von den »Bild«-Beschaffern

Fun auf völkisch? von Horst Tomayer

konkret Markt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/79, S. 4

Briefe

Mir wird schlecht

In KONKRET 3/79 schrieb Peggy Parnass über ihre Tante Flora, die Auschwitz überlebt hat

War neulich eingeladen mit meinem Sohn zum Kinderfasching. Lauter fortschrittliche junge Eltern, nicht unengagiert, nett. Alle verkleidet, phantasievoll, bunt: Neue Gäste kamen rein. Mami bunt, Kind bunt, Papi trägt schwarze Stiefel, schwarze Hose, braunes Hemd, über der Oberlippe jenes rechteckige schwarze Bärtchen gemalt. Papi schlägt die Hacken zusammen und grüßt mit »Heil«. Keiner sagt was. Ich auch nicht. Später frage ich, ganz leise, ganz vorsichtig: »Weiß Du eigentlich, daß im deutschen Faschismus unter der Schirmherrschaft des Herrn, den Du darstellst, auch unzählige kleine Kinder in KZ's ermordet worden sind?« »Bist wohl hyperempfindlich, bißchen hysterisch ... so lange her ... Charlie Chaplin hat auch ... ich mach' mich doch nur lustig .., humorlos.« Ich sage: »Hör' auf, mir wird schlecht!« Argumente stecken im Hals. Papi geht weg. - Deutsches Runterschlucken und Weggucken.

B. Pfeifle

Hamburg

Vortrefflich

»Wer fängt den 3. Weltkrieg an?« fragte in KONKRET 3/79 Hermann L. Gremliza

Ich lese gerade in der KONKRET Deinen vortrefflichen Artikel. In dieser Prägnanz und Begreiflichkeit für die, die noch verstehen wollen, ist das Thema selten und seit langem nicht behandelt worden. Ich gratuliere Dir dazu.

Franz Josef Degenhardt

Quickborn

... **dann will ich Hitler heißen**

Über das »Wirtschaftswunder Auschwitz« schrieb in KONKRET 3/79 Michael Schneider

Habt Ihr nicht noch mehr »Offene-Briefe-Schreiber« wie den Michael Schneider, denn weitere solcher Analysen auf die Fragen nach den wirklichen Ursachen zu diesen Jahren (... bis hin zur Gegenwart) sind dringend notwendig!

Thomas Pöhls

Hamburg

Wenn man das 3. Reich als fast Erwachsener und als Betroffener (Mischling 1. Grades, also Halbjude) schon notgedrungen politisch sehr bewußt erlebt hat, schmerzt es einen doch sehr, in dem »Holocaust«-Beitrag von Michael Schneider so einen reinen Schwachsinn zu lesen, von den »in den Kriegsjahren wiederum sprunghaft ansteigenden Judenpogromen.« Es hat nach der »Kristallnacht« keine Pogrome gegeben, weil es sozusagen keine Juden mehr gab (nur in Lagern, oder wie meine Mutter in Mischehen) und weil das NS-Regime sich eine Unordnung wie ein Pogrom im Kriege gar nicht leisten konnte. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn sich Schneider mal ein bißchen über den Begriff Pogrom informiert. Wenn er mir ein einziges öffentliches Pogrom in Deutschland in den Kriegsjahren nachweist, will ich ab dann sofort Adolf Hitler heißen.

Wolfgang Ebert

München

Lernfähiger Kollege

KONKRET-intern 2/79 zu Klose und »Stamokap«

Hoch droben bei den Nordlichtern, wo Schnee und Eis sowie Verleger zu Hauf sich versammelt haben, Hamburg heißt die Metropole, kennt man - hör' ich - die »Badische Zeitung« nicht - und damit nichi die selten zu lesende und zu hörende

Stimme republikanischer Vernunft. Sage und schreibe. Das ist aber ein Versäumnis. Das muß anders werden. Und es ließe sich, wenn ich's verraten darf, leicht einrichten -leichter jedenfalls, als ins »Bild« die republikanische Vernunft reinzuzwingen: indem er nämlich öfter mal in das unbekannte Südstaatenblättle schaute. - Nachschrift: Immerhin eines hat also der Klose bewirkt: Einen Erkenntnisprozeß bei einem lernfähigen Kollegen. Bestellen Sie dem Mann meinen besten Dank und gute Wünsche für noch mehr Erfolge. Was ein Republikaner dazu beitragen kann, tut er gern.

Leopold Glaser

Redaktion »Badische Zeitung«

Freiburg

Vergessen!

In KONKRET 3/79 schrieb Lottemi Doormann zum »Jahr des Kindes«

In ihrem Artikel hat Lottemi Doormann eine 'Minderheit' vergessen, deren Situation noch um einiges schlechter ist als die der übrigen Kinder, nämlich die Kinder ausländischer Arbeiter. -

Deren Säuglingssterblichkeit beträgt 17,7 pro 1.000 (gegenüber 15,1 bei deutschen Kindern), -

ausländische Kinder haben nur zu etwa 30070 einen Kindergartenplatz (gegenüber ca. 70070 bei deutschen Kindern), -

ohne Hauptschulabschluß bleiben mindestens 2/3 aller Ausländerkinder, gegenüber 'nur' 12070 der deutschen Schüler, -

ohne Lehrstelle bleiben mindestens 80010 aller ausländischen Jugendlichen.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Nur eins sei noch erwähnt: 'Die 'Minderheit' besteht mittlerweile aus einer Million!

Arbeitskreis Ausländischer Arbeiter,

Kindergruppe Tübingen

Schleier-Ideologie

In KONKRET 3/79 beschrieb Bahman Nirumand die Entwicklung im Iran: »Waffen unterm Körperschleier«

Mich wundert gerade jetzt die leichtfertige Beweisführung Nirumands zu Gunsten islamischer Traditionen, wie z.B. das Schleiertragen der Frauen, ohne dabei auf die damit verbundene Unterdrückung der Frauen einzugehen. Wenn dem vom faschistischen Schaft-Regime gewaltsam betriebenen »vom-Kopf-Reißen-des-Schleiers« nun eine

(von Männern) staatlich und ideologisch abgesegnete Zuweisung der Frauenrolle (Verschleierung) entgegengesetzt wird, kann ich darin bestenfalls eine Verschlechterung der Position der Frauen für ihre Emanzipationsbestrebungen sehen.

Hans Frey

Berlin

Kollege »Wehrt«

Jürgen Wehrt zum Streik der Stahlarbeiter in KONKRET 2/79: »Es wird Schläge geben«

Nach den Richtlinien und Satzungen der IG Metall wird eine Beitragshöhe von 1070 vom Brutto den Mitgliedern vorgeschlagen zu zahlen. Wer das nicht tut, muß also damit rechnen, weniger Streikunterstützung zu bekommen. Da die Tarifkommissionsmitglieder aber 1070 gezahlt haben, ist es selbstverständlich, daß keine Einbußen bei der Streikunterstützung eintreten. Auf keinen Fall hat das Abstimmungsergebnis etwas mit der Streikunterstützung zu tun. Da sollte der Kollege »Wehrt« andere Argumente suchen.

Horst Lange

Montabaur

Konkret 04/79, S. 4

intern

Wir dachten schon, den gibt's gar nicht mehr, nachdem er seine Schuldigkeit getan hatte: Verwandlungskünstler Dr. Günther Müller, einst Juso-Funktionär, dann SPD-Bundestagsabgeordneter, dann Begründer der Aktion »Soziale Demokraten«, dann Überläufer zur CSU (zu einer Zeit, da der Union jedes Mandat teuer war), ist -tri tra tralala - wieder da. Im CSU-Organ »Bayern-Kurier« schreibt er über KONKRET '72 und heute:

Die Zeitschrift KONKRET spielte (damals) eine große Rolle. Sie scheint sich jetzt, wo wieder einmal eine wichtige Wahl (Carstens) bevorsteht, an die Spitze einer Verleumdungskampagne zu stellen... Der Chefredakteur von KONKRET, Hermann L. Gremliza, unterzeichnet einen Aufruf zum Widerstand. Jener Gremliza, der schon zu den Zeiten, als Willy Brandt noch Bundeskanzler war, zu den bevorzugten Gesprächspartnern des SPD-Parteivorsitzenden gehörte und der darüber hinaus als Leitartikler auch in sowjetischen Tageszeitungen seine Meinung zum besten gibt... Die Liste der Autoren auf Seite 1 der Zeitschrift... spricht für sich. In trauter Gesellschaft sind hier vereint: Mitglieder der Zentralkomitees der KPI und der DKP, Pornobuchautoren und für fünfzehn Jahre einsitzende Terroristen, marxistische Professoren und RAF-Finanziers, Volksfrontaktivisten und SPD-Bundesminister.

Die Wahrheitsliebe des Dr. Müller grenzt schon bedenklich an die seines Parteichefs Strauß. Jedenfalls wollten wir so viele dummerhafte Verleumdungen nicht ungestraft durchgehen lassen. Doch unserer Aufforderung, die aufgestellten Behauptungen zu widerrufen und nicht zu wiederholen, wurde von Müller und seinem Kurier-Bayern nur sehr unzureichend entsprochen. Wir mußten also das Hamburger Landgericht bemühen, das mit drei Einstweiligen Verfügungen (Streitwert zweimal 20.000, einmal 15.000 Mark) gegen Müller und den »Bayern-Kurier« den Falschmeldern zeigte, daß es in einigen außerbayrischen Regionen doch noch sowas wie Rechtsstaat gibt.

Inzwischen sind auch Klagen auf Widerruf eingereicht. Merke: Geschäfte nach Vorbild Carstens/Schmidt/Metzger sind mit uns nicht zu machen.

*

Zitat aus der »Frankfurter Rundschau« vom 3.3.79, im Müller-Stil:

Herbert Wehner stoppte Übereifrige, nachdem die Zeitschrift KONKRET eine üble Titelgeschichte gegen Carstens gestrickt hatte...

Der Name des Autors soll nicht unerwähnt bleiben: Es war der Bonner » FR«-Hofberichterstatter Eghard Mörbitz. Wird man so Pressereferent?

*

KONKRET kann einen neuen Namen im Autoren-Team führen: Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, der auf Seite 24 seinen Genossen Bundesminister Gscheidle zum Kurswechsel oder Rücktritt auffordert.

*

Es fehlt diesmal »Seyfrieds Seite«. Der Zeichner hat sich spontan entschlossen, umzuziehen. Das damit verbundene Chaos lähmt sogar die Schaffenskraft eines Alternativen.

*

Werner Heine - oder wo ein politischer Journalist sinnvolle Arbeit leisten kann: »Spiegel«, KONKRET, »stern«, KONKRET. Wir freuen uns über unser neues Impressum (siehe Seite 3 unten).

*

Zweimal haben wir über die beiden linken Tageszeitungsprojekte berichtet (Nicolas Pataky in Heft 9/78, Alexander von Hoffmann in Heft 11 /78). Beide Male skeptisch über beide. Inzwischen gibt es sechs Nullnummern der »Tageszeitung« und zweimal wöchentlich »Die Neue«. Auch ohne den Skandal von Hannover, als bei einer » TAZ«-Unterstützungs-Fete ein Mädchen in der Toilette von mehreren Besuchern »spontan« vergewaltigt wurde, und das Auditorium protestierte, als deshalb eine Musikergruppe nicht weiterspielen wollte, kurzum: auch ohne diese beispiellose in einem tatsächlich linken Milieu unvorstellbare Schweinerei wären wir inzwischen zu dem Schluß gekommen: »Die Neue« ist wichtiger. Und sie ist mittlerweile so gut (interessant, informativ, politisch präzise) geworden, daß die KONKRET-Redaktion sie ihren Lesern empfehlen muß. Hier das Angebot, einzulösen bei »Die Neue«, Pfalzburger Straße 20, 1000 Berlin 31:

Bitte senden Sie mir drei Wochen lang DIE NEUE zum Pauschalpreis von 5 Mark zu. Das Geld lege ich bar oder als Scheck bei oder überweise es sofort auf das Postscheckkonto der Verlag + Druck GmbH 8521-108 Berlin-West. Wenn ich Ihnen nicht nach zwei Wochen schriftlich mitteile, daß ich keine weitere Lieferung wünsche, gilt diese Bestellung als Abo für mindestens ein halbes Jahr (Kündigung: einen Monat vor Ablauf dieser Frist).

Konkret 04/79, S. 6

Hermann L. Gremliza

Siegt Stoltenberg in Kampuchea?

Das »Sozialistische Büro« (Offenbach) hat eine Stellungnahme zum Überfall Chinas auf Vietnam verbreitet, in der die Kriegshandlungen zwischen zwei sich sozialistisch nennenden Staaten »erschreckend und beschämend« genannt werden. Leute, die vor Jahren unter Bildern von Ho Tchi Minh demonstrierten, sind sich einig mit Helmut Schmidt und Jimmy Carter, die die Kriegsschuld ebenso paritätisch auf beide Seiten verteilten wie der »Spiegel« oder die »Welt«. War es vielleicht doch ganz gut, da» aus Springers Enteignung damals nichts geworden ist?

Es ist schon erschreckend und beschämend. Linke, die sich zuhause die Bündnispartner mit der Lupe ansehen, geraten in der anwärtigen Politik im Nu an die Seite ihrer Gegner. Überraschend ist es längst nicht mehr. Wer die notwendige marxistische Kritik am real existierenden Sozialismus zu einem Ritual opportunistischer Distanzierung verkommen läßt, muß irgendwann den Karl Marx (Trier) und den Werner Marx (Kaiserslautern) durcheinanderbringen. Dann ist schuldig, wer sich mit der Sowjetunion verbündet, also Vietnam, und da vietnamesische Soldaten in Kampuchea waren, bevor die Chinesen Vietnam überfielen, ist Chinas Aggression entschuldbar. Und die Konstruktion, da tobe ein Krieg zweier kommunistischer Staaten, der einfach. »erschreckend und beschämend« sei, bewahrt bestenfalls davor, gleich auf den ersten Blick Schulter an Schulter mit der »Bild«-Zeitung gesehen zu werden.

Wäre es tatsächlich so gewesen, daß da in Südostasien zwei sozialistische Staaten Krieg gegeneinander führten, dann war wohl mehr fällig als ein Blatt »Stellungnahme«. Dann wäre eine Hoffnung, die viele, auch bürgerliche, Pazifisten mit dem Sozialismus sympathisieren ließ, nämlich daß Sozialismus Freiheit von Krieg bedeute, als Illusion entlarvt, und die Klassiker, von denen auch das »Sozialistische Büro« lebt, wären zum Wegschmeißen.

Ist es so? Gewiß, wenn alles sozialistisch wäre, was sich so nennt: Jede nationale Befreiungsbewegung etwa, die Fremdherrschaft abgeschüttelt und Großgrundbesitz enteignet hat. Doch das sind erst Voraussetzungen für Sozialismus, und nicht nur für Sozialismus. Man kann darauf zum Beispiel auch »islamische Republiken« bauen. Man kann aber auch mit jener unabsehbar langen Arbeit der Menschwerdung des Menschen beginnen, mit der Befreiung seines Bewußtseins und seiner Psyche von ihren in Generationen erlittenen und noch viele Generationen fortwirkenden Entstellungen. Wenn das »Sozialistische Büro« heute an der Spitze einer siegreichen Revolution in der Bundesrepublik stünde, hätte es trotzdem in hundert Jahren noch mit Haltungen zu kämpfen, die auf Schulen Wilhelms II. produziert wurden. Wer das nicht begreift, ist zu sozialistischer Politik unfähig.

Mit der Revolution, dem großen Knall, der nationalen Befreiung entsteht noch kein neuer Mensch. Sozialismus heißt, revolutionäre Geduld zu zeigen, langfristig und planvoll das Bewußtsein der Massen zu bilden, politische und gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln, die Entfremdung abbauen und Solidarität fördern. Wer's schneller haben will, muß Hippie werden. Oder Sponti.

Was passiert, wenn man den langen Weg im Handgalopp angeht, zeigt das Schicksal der Chinesen. Da wurden Sechshunderte Millionen gerade aus jahrhundertlanger Fremd- und Mandarinen-Herrschaft befreite Bauern zum Anbau von Hochöfen im Vorgarten gezwungen, auf daß sie proletarische Massen würden. Dann wurde die technische Intelligenz auf die Reisfelder gejagt, ein andermal durften »hundert Blumen blühen« und alles war erlaubt, bis wieder das Spielen einer Beethoven-Sonate als reaktionär galt. Die fanatisierte Parteijugend durfte monatelang Bürger, die nicht die verlangte Anpassungsgeschwindigkeit draufhatten, durch die Straßen prügeln. Zuletzt schlugen die Technokraten zurück, verfolgten Maos junge Helden wie Hexen. Die Massen, die den Roten Garden nachgelaufen waren, trugen - von einem Tag auf den andern - ihre Idole (als Puppen) an Galgen durch die Städte, und an den Wänden, wo zuvor das Tragen von West-Socken als konterrevolutionäre Untat gegeißelt worden war, prangen bald Coca Cola-Plakate.

Derweil die Parteiführung mit Carter, Pinochet und Strauß anstößt, die Nato lobt, bei ihr Waffen einkauft und das US-Kapital zu Investitionen einlädt, demonstrieren in Shanghai Tausende jugendlicher Arbeitsloser.

Wenn dieses Wechselbad von Anarchie und Diktatur, die Konditionierung der Massen zur Hysterie, wenn das Sozialismus ist, dann ist die VR China ein sozialistischer Staat, einer der beiden, die da ein »erschreckendes und beschämendes« Schauspiel bieten.

Aber Maos langer Marsch? Und die beispielhafte Befreiung des größten Volkes vom Hungertod? Die zählen mit Recht zu den größten Taten der Geschichte. Tragisch, daß, wer das fertiggebracht hat, der Illusion verfiel, die Veränderung der Menschen brauche nicht Geduld, sondern Radikalität. Lenins Bild der Linksradikalismus sei die Kinderkrankheit des Kommunismus, hat Maos Scheitern vorweggenommen: Wer seine Röteln mit zwanzig kriegt, wird unfruchtbar.

Und die, die er ansteckt, auch. Pol Pots rote Khmer haben Kampuchea vom US-amerikanischen Neokolonialismus befreit. Stantepede sollte der neue Mensch entstehen. Wer nicht wollte oder konnte, wurde zurechtgeschnitzt, durch den Bauch,

von unten nach oben, samt Frau und Kindern. Auch die vietnamesischen »Revisionisten« in ihren Dörfern nahe der Grenze. Bis Vietnam eingriff, den Gegnern Pol Pots zu Hilfe kam, die linksradikalen Bauchaufschlitzer in die Büsche trieb, wo sie jetzt, unterstützt von ihren Deng Xiaopings, weitermorden.

Die Rückkehr Pol Pots an die Macht zu erzwingen, das war die Absicht der chinesischen Aggression gegen Vietnam. Und alle; die mit Jimmy Carter, Helmut Schmidt, Deng Xiaoping oder Werner Marx forderten, die Vietnamesen müßten ihre Truppen aus Kampuchea zurückziehen, stellten sich auf Pol Pots Seite. Auch das »Sozialistische Büro«, das sehr wohl weiß, warum demnächst in Schleswig-Holstein nicht Stoltenberg gewählt werden sollte. Dessen »Stellungnahme« zu Chinas Überfall jedoch ganz in der Linie jener Interessen liegt, für die Stoltenberg Politik betreibt.

Aber seit Che Guevara tot ist, macht einigen Linken die Weltpolitik sowieso keinen Spaß mehr. »Ho ho ho Tchi Minh«, das war noch was: ein kleines Volk gegen einen übermächtigen Gegner, da war ein heldenhafter Kampf, an dem man die kalten Füße, die man vor der eigenen politischen Praxis bekommen hatte, wärmen konnte. Daß die Waffen aus der Sowjetunion kamen, wurde mit Fleiß übersehen. Vietnams Sieg war für viele der 68er-Demonstranten schlimmer als eine Niederlage. Lieber besser, mit der gerechten Sache untergehen, als die Tristesse einer pragmatischen Aufbaupolitik, die peinlichen Bündnisse mit Leuten, die den Sacharow sekkieren.

Die auswärtige Politik dieser Linken hat schon Präferenzen. Auf die jeweils historisch aktuelle Frage: Steckrüben oder Verhungern? antwortet sie stets: am liebsten Himbeereis.

Also Verhungern.

Konkret 04/79, S. 8

Werner Heine

Habsburger Front

Eine schwarz-braune Sumpfblase blubbert gen Europa. Straußens CSU sammelt alle Braunen um sich - mit einem Verfassungsgegner als Galionsfigur. Die Gemeinsamkeit dieser »Demokraten« reicht von der Weichsel bis zur Etsch

Im Jahre 1382 bemächtigte sich die Herrscher-Dynastit Habsburg des Landes Vorarlberg. Damit könnte man sich abfinden, wenn die Ahnen mit diesem Schritt nicht die Voraussetzung dafür geschaffen hätten, daß 600 Jahre später einer ihrer Nachkommen, ein gewisser Otto, politische Kommentare in den »Vorarlberger Nachrichten« veröffentlichen darf.

In diesem und rund zwanzig weiteren Blättern publiziert der Sohn des letzen österreichisch-ungarischen Kaisers, Dr. Otto Habsburg, Meinungen wie diese: »Die Sowjetunion braucht unsere Menschen, um die Kolonialisierung Sibiriens durchzuführen.« Oder: Die Liedermacher Bob Dylan und Woody Guthrie »arbeiten im Auftrag der Russen«. Oder: »Europa geht bis zu den Grenzen Rußlands.« Und dieses Europa muß »dekolonisiert« werden. Habsburg ist nicht nur Präsident einer »Paneuropa-Union« sondern seit Ende März auch Kandidat für die Europa-Wahl mit einem sicheren Platz 3 auf der CSU-Liste.

Seither machen sich die Liberalen in diesem unseren Lande einen Jux daraus, nachzuweisen, daß die CSU einem vorgestrigen Polit-Spinner auf den Leim gegangen sei. Der »Spiegele bat, Spaß muß sein, Kaiser Otto zum hochoffiziellen »Gespräch«, der »Stern« druckte eine Burleske unter dem Titel »Otto von Gestern«. Dem Sepp sein Depp?

Nichts da. Der programmierte Einzug des Otto Habsburg ins Parlament der Europäischen Gemeinschaft ist ein weithin sichtbares Signal für den Zustand, in dem sich eine Partei befindet, die auch von Helmut Schmidt stets unter »Gemeinsamkeit der Demokraten« gerechnet wird. Ohne in einem Verfassungsschutz-Bericht Erwähnung zu finden, hat sich die CSU zu einem Sammelbecken fast aller rechtsradikalen, nationalistischen und neofaschistischen Gruppen entwickelt, ihre Partei-Zentrale und ihre Partei-Stiftung sind heute Beratungs- und Kommunikationszentrum fast aller faschistischen, autoritären und rassistischen Bewegungen und Regimes aus aller Welt.

Und so ist es nur konsequent, daß Otto Habsburg offizieller außenpolitischer Berater der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU ist, die ihren Sitz in Wildbad Kreuth hat. Die Stiftung wiederum ist, sagt zu Recht der »Spiegel«, das »Außenministerium« von Franz Josef Strauß. Und führt sich auch so auf:

Ob in Papua-Neuguinea oder in Spanien - überall in der Welt, wo »einer der größten Politiker aller Zeiten« (Seidel-Stiftung-Geschäftsführer Siegfried Lengl über Franz Josef Strauß) Verbündete zum Kampf des Abendlands gegen den Bolschewismus vermuten kann, ist die Stiftung vor Ort und Strauß nicht weit.

Zaires Multi-Kollaborateur Mobutu traf sich zum Biertrinken mit Strauß wie Togos Staatschef Gnassingbe Eyadama, dessen Reise zum Tegernsee mit 3,2 Millionen Mark belohnt wurde. Für dieses Geld aus der Bonner Staatskasse, vermittelt von der Seidel-Stiftung, soll eine »Eyadama-Stiftung« in Togo »einer kommunistischen Machtübernahme erfolgreich Widerstand leisten«. In Spanien wurde die Schwester-Stiftung »Instituto de Estudios Sociales« für 2,4 Millionen Mark aus Bonn initiiert. In Ägypten gibt es die »Nil-Stiftung« (4 Millionen Mark aus Bonn). Geplant sind Stiftungs-Niederlassungen in Namibia, Südafrika, Rhodesien, Kenia und Tansania. Portugal, Griechenland oder die Türkei sollen auch mit Seidel-Schwestern beglückt werden. Geschäftsführer Lengl hat schon in West-Samoa und auf den Fidschi-Inseln vorbeigeschaut.

Ist das alles noch Polit-Clownerie? Franz-Josef Strauß, der »Gröpaz«, bei einem Salisbury-Besuch über Rhodesien:. »Die Weißen, unter ihnen die wertvolle deutsche Voksgruppe, müssen dem Lande erhalten bleiben... Freie Wahlen sind nicht gesichert, wenn man die militärische Gewalt vorher den Terroristen übergibt. Was würde man sagen, wenn man in Deutschland erklären würde, die nächsten Wahlen müßten garantiert werden dadurch, daß Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande vorher die Regierungsgewalt übernehmen ?« Und Hans Graf Huyn, außenpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, nennt die rhodesischen Widerstandskämpfer gegen das Rassisten-Regime Smith »von Moskau geschulte Verbrecherbanden.«

Die weltweiten CSU-Aktivitäten gegen Sozialismus und Widerstandskämpfer, für faschistische Diktaturen und Reaktionäre hat Tradition. Schon 1965 forderte der Bayernkurier, das Pflichtblatt der CSU, eine aktive Unterstützung der Amerikaner im Vietnam-Krieg. Nach dem Putsch der Obristen in Griechenland fuhren ein knappes Dutzend CSU-Bundestags- und Landtagsabgeordnete auf Kosten der Obristen mit Familie und dem reaktionären Staatsrechtler August von der Heydte nach Athen. Da gab es nicht nur Sonne, sondern anschließend auch juntafreundliche Artikel in bundesdeutschen Blättern, die jaulen würden, wenn man sie der Förderung faschistischer Diktaturen bezichtigte.

So richtig aus sich heraus gehen die CSU-Reisenden erst, wenn es mal irgendwo nach ihrer Mütze geklappt hat. »Der Jubel für Pinochet ist ehrlich und dankbar. Die Leute wissen, daß er sie vor dem Kommunismus gerettet hat«, berichtet CSU-MdB Erich Riedl nach einem Chile-Besuch aus eigener Welt-Anschauung. Graf Huyn freute sich, daß »erstmals in der

Welt« ein Land aus eigener Kraft sich »von einer marxistischen Diktatur befreit« habe. Und Franz Josef Strauß riet im November 1977 seinem Gastgeber Pinochet vor deutschen Einwanderern in Chile: »Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von wem sie bedroht wird, erhalten bleibt.« Dafür bekam Strauß eine Ehrenprofessur in Santiago, die Seidel-Stiftung verabredete mit der Junta ihre Hilfe bei der »Erwachsenenbildung« und Pinochet-Sprecher Max Reindl Hauser wurde nach Kreuth eingeladen. Voller Vorfreude redete er dabei offen über den »Bürgerkrieg« gegen Linke, der mit allen Mitteln fortzusetzen sei: »Ein Krieg ohne Tote ist kein Krieg.«

Der CSU-Landesvorstand dankte Strauß nach seiner Rückkehr für sein Auftreten in Chile und beteuerte, daß »das Abenteuer sozialistischer Politik für die Bundesrepublik zu beenden« absoluten Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben müsse.

In Spanien war eine CSU-Delegation unter der Leitung des bayrischen Jusitzministers Karl Hillermeier dabei, als der Franco-Freund Fraga Iribarne auf dem Gründungskongreß der rechtsradikalen Alianza Popular sich weigerte, »die Auslöschung des gigantischen Werks der letzten vierzig Jahre zu akzeptieren«. Die »Arbeit von zwei Generationen Spaniern« könne »nicht einfach beiseite geschoben werden«. Grund genug für Strauß, sich im Februar 1977 mit Vertretern der Alianza Popular in Madrid zu treffen. Seine Seidel-Stiftung pflegt die Kontakte zu den Falangisten, die selbst für die CDU »kein förderungswürdiger Verein« (Adenauer-Stiftungsmann Huber) sind. Strauß' Liebe zu den spanischen Faschisten dauert schon länger. Bereits 1975 wurde José Solis, Minister für die Nationale Bewegung, nach Kreuth eingeladen. Altfalangist Solis war damals mitverantwortlich für die Garotte-Politik der späten Franco-Ära.

Anfang 1976 traf Strauß sich mit dem portugiesischen Rechts-General Spinola in München. Der CSU-Vorsitzende bestätigte hinterher, daß dabei über ein Asyl für Spinola in Bayern verhandelt worden sei. Strauß: »Schließlich dürfen hier ja auch griechische Studenten demonstrieren.« Spinola hat das Gespräch noch etwas anders in Erinnerung. Als er dem KONKRET-Autor Günter Wallraff später in Düsseldorf seine Waffenwünsche vortrug, behauptete er, mit Strauß über seine Putsch-Pläne in Portugal geredet zu haben.

Sicher ist, daß Strauß mit einem anderen Putsch-Kameraden enge Kontakte hielt. Das CSU-Mitglied Fotios Gouras, nach dem Staatsstreich in Griechenland Initiator einer »Nationalen Bewegung der Griechen in der Bundesrepublik« (EX.E.), durfte nicht nur Wissenschaftler und Studenten bespitzeln und terrorisieren lassen, sondern sich auch seiner Freundschaft zu Strauß rühmen. Im Sommer 1975 gründete Gouras die nationalistische »Chrike«-Partei in Griechenland. Als Strauß später Krach mit dem konservativen Premier Karamanlis bekam, weil der sich weigerte, - dem Strauß-Wunsch nach Entlassung der Junta-Führer Ioannidis und Papadopoulus nachzukommen, verkehrte die CSU nur noch mit ihrem Abgesandten Gouras.

Die Beziehungen der italienischen Christdemokraten zu ihren Brüdern und Schwestern in Bayern sanken auf den Nullpunkt, nachdem Strauß im Frühjahr 1977 in Rom den Senator Mario Tedeschi besucht hatte. Tedeschi ist Gründungsmitglied der »Democrazia Nazionale«, einer Splittergruppe des neofaschistischen MSI.

Auch in der Bundesrepublik sind Strauß und seine Mannen in der Auswahl ihrer politischen Helfershelfer wählerisch. Getreu dem Strauß-Wort »Die ‚CSU muß eine Bewegung werden von der wohlverstandenen Mitte bis hin zur irrationalen Rechten« sucht sie Verbündete – vornehmlich bei der irrationalen Rechten. Otto Habsburg, der sich rühmen kann, von Hitler verfolgt worden zu sein, weil der Gefreite aus Braunau den polyglotten Monarchisten haßte, machte sich bei der CSU endgültig beliebt, als er letztes Jahr seine Gedanken zur »zeitgerechten Abwehr« für den Fall einer »nuklearen Erpressung von Seiten terroristischer Gruppen« zu Papier brachte. Kernsätze: »Alle Macht, ohne Verzug, wird auf neun Monate an eine einzige Person übertragen. Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstandes, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren... Mit dem Staatsnotstand tritt er automatisch an die Stelle des Kanzlers. ... Mit der Ausrufung des Staatsnotstandes träte auch das Kriegsrecht in Kraft. Es scheint absolut geboten, für eine solche Situation eine schnell arbeitende Justiz bzw. die letzte Strafe wieder einzuführen... Es muß den Terroristen klargemacht werden, daß in einem kritischen Augenblick nur eine einziger Finger am Abzug sein wird.«

Das erschien im April letzten Jahres in Schlamms »Zeitbühne«. Zwei Monate später wurde dem Verfassungsfeind Habsburg von der CSU-Regierung Oberbayerns die deutsche Staatsbürgerschaftsurkunde ausgehändigt. (CSU-Innenminister Seidl: »Besonderes staatliches Interesse«). Vielleicht hätte er sich nicht einmal so anstrengen müssen. Denn bereits 1977 war Habsburg Träger des »Adenauer-Preises« der »Deutschland-Stiftung« des Strauß-Freundes Kurt Ziesel, der sich bei der CSU besonderer Beliebtheit erfreut, seit herauskam, daß er zur NS-Zeit seine Köchin Theresia Krisis ins KZ bringen wollte. Strauß würdigte den Kaisersohn, der in seiner Rede bei der Preisverleihung über »ungewaschene Berufsjugendliche« hergefallen war, als »echten Europäer«.

Warum auch nicht? Die bayrische CSU-Staatsregierung förderte schließlich auch das »Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes«, weil es »besonders förderungswürdigen und gemeinnützigen Zwecken« dient. Zwar wird das Kulturwerk immer mal wieder in den Listen des Kölner Verfassungsschutzamts als rechtsradikale Organisation aufgeführt. Zwar ist sein langjähriger Präsident der Richter am Bayrischen Obersten Landesgericht Karl Günther Stempel (vormals NSDAP) für

jede Grußadresse an andere neonazistische Vereinigungen gut, aber andererseits ließen sich über das Kulturwerk steuerbegünstigt Spenden sammeln. Und Stempel gehört ebenso zu den Spezis der CSU wie jener »Freundeskreis der CSU«, der vor der Bundestagswahl 1972 vor den »Bonner Verzichtsparteien« warnte (»Wollen Sie, daß Hamburg slawisch wird?«) und der zusammen mit der »Aktion Oder-Neisse« (Akon) des Byzantinistik-Professors und »National-Zeitung«-Autors Berthold Rubin gegen den »Ausverkauf« des deutschen Ostens zu Felde zog. Strauß: »Wir freuen uns natürliches wenn man Freunde hat. Freunde kann man immer brauchen.«

Und er hat Freunde: In keinem anderen Bundesland reüssierten alte Nazis so herrlich wie im CSU-regierten Bayern. Dort wurden alte NS-Leute Justiz- und Innenminister, dort fühlt sich die SS-Nachfolgeorganisation HIAG wie damals bei sich zuhause, dort konnten die alten Kameraden des sudetendeutschen Nazi-Führers Konrad Henlein ihren Witiko-Bund aufziehen, dort konnte der Alt-Nazi Ziesel im Beisein der CSU-Prominenz seine »Adenauer-Preise« (an Walden, Habe, Mohler und Löwenthal) vergeben. Und von dort, von der CSU, erhielt jeder westdeutsche Politiker, dessen NS-Vergangenheit aufflog, Schützenhilfe bis zuletzt: Seebohm, Oberländer, Lübke, Filbinger, Carstens, zum Beispiel. Und die meisten revanchierten sich - auch mit Grußadressen an Alt-Nazi Ziesels »Deutschlandstiftung«

Freunde hat die CSU insbesondere bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Deren Vorsitzender ist der frühere HJ-Gebietsführer Siegfried Zoglmann (jetzt natürlich CSU-Mitglied), ihr Sprecher ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Walter Becher, vormals natürlich NSDAP und Spezialist für »Entjudung«, ihr Schirmherr ist Alfons Goppel, CSU-Europa-Liste Platz 1.

Becher, der - wohl weil die Juden nicht mehr so zahlreich sind - gern vor der Finnlandisierung der Bundesrepublik warnt, knüpfte für Strauß Kontakte zu reaktionären US-Senatoren wie Strom Thurmond oder Roman Hruska (»Deutschland ist in akuter Gefahr, mit seiner Ostpolitik gegen die besten Interessen der Länder der freien Welt zu handeln«) und versammelt seit über 25 Jahren zu Pfingsten die Landsleute aus Böhmen und Mähren, um für eine »europäische Volksgruppenordnung« zu werben. (»Hier steht nicht die Volksfront, sondern die Front des Volkes«). Hauptredner auf der größten Großveranstaltung war vor zwei Jahren in Wien Otto Habsburg. Karlspreisträger der Sudetendeutschen von 1970.

Vier Jahre zuvor hatte Walter Becher auf einer Bundesversammlung der Sudetendeutschen nach der Paraphierung des Prager Vertrags, der das »Münchner Abkommen« von 1938 rückgängig machte, bedauernd erklärt, man könne »nichts mehr machen«. Darauf rief ein Präsidiumsmitglied in den Saal: »Dann können wir nur noch einen Staatsstreich machen.«

Festredner und Notstandsplaner Habsburg fühlt sich jedenfalls in dieser Gesellschaft richtig wohl. »Schauen Sie«, sagte er jüngst dem »Spiegel«, »Franz Josef Strauß sagt doch genau das gleiche, und den können Sie doch nicht als Faschisten bezeichnen.«

Warum eigentlich nicht?

Konkret 04/79, S. 13

Aufruf

zum Protest gegen die Absicht, das vormalige NSDAP-Mitglied Karl Carstens zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen

Nach dem Willen von CDU und CSU soll Karl Carstens der fünfte Präsident der Bundesrepublik Deutschland werden. Daß im Verlauf der Diskussion über seine Kandidatur Carstens' frühere Mitgliedschaft in der NSDAP bekannt wurde, hat die CDU in ihrer Absicht bestärkt und den Bewerber selbst zu der Äußerung veranlaßt, nun wolle er »erst recht« kandidieren. Der Bonner Sprecher der CSU, der Abgeordnete Friedrich Zimmermann, hat zugleich davor gewarnt, die »linke Menschenjagd« gegen Unionspolitiker mit »angeblicher NS-Vergangenheit« fortzusetzen; die CSU werde »diesen Stil nicht länger mit wohlerzogener Zurückhaltung und eingezogenem Kopf hinnehmen. Noch ein solcher Versuch, und wir werden - umfassend und bis ins letzte Detail dokumentiert - die kommunistischen und nationalsozialistischen Hintergründe einiger ihrer Prominenten (der SPD und FDP - Red.) schonungslos auf den Tisch legen.«

Es besteht die Gefahr, daß sich die Parteiführungen von SPD und FDP durch diese Drohung einschüchtern lassen und einer Antwort auf die Frage ausweichen, ob und warum die Mehrheit der Bundesversammlung 34 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus darauf besteht, ein ehemaliges Mitglied der Nazi-Partei zum Bundespräsidenten zu wählen; ob und warum sie es hinnehmen will, daß der Bewerber zur Begründung seiner Kandidatur auch das Bekanntwerden seiner NS-Vergangenheit anführt; ob prominente Politiker der SPD und der FDP tatsächlich unter Hinweis auf Unbekanntes auf ihrer politischen Vergangenheit zum Schweigen gebracht werden können.

Nicht die Wahl von Karl Carstens, die CDU und CSU zu verantworten haben werden, sondern die schweigende Hinnahme dieser Wahl durch die Parteien der sozialliberalen Koalition und die demokratische Öffentlichkeit würden die Bundesrepublik in jenes nachfaschistische Klima zurückstoßen, das mit der Wahl eines bekennenden Kirchenmannes zum Bundespräsidenten und eines politischen Emigranten zum Bundeskanzler überwunden schien.

Mag sein, daß Karl Carstens kein hundertprozentiger Nazi war. Es wird vorgebracht, er sei »nur« Mitglied der Faschisten-Partei geworden, weil er seine Karriere nicht habe gefährden wollen. Wer das als mildernden Umstand ausgibt, zeigt an, auf welches Niveau von Moral er die Politik dieses Staates gebracht sehen will.

Die Nominierung von Karl Carstens als Kandidat für die Bundespräsidentenschaft ist eine absichtsvolle Provokation. Die CDU hätte ohne Schwierigkeiten einen Bewerber präsentieren können, der ihre Interessen in dem höchsten Staatsamt genausogut hätte wahrnehmen können, ohne Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein. Darauf hat die CDU bewußt verzichtet. Mit ihrem Festhalten an dem früheren Nazi Carstens scheint sie allen, die dem Marsch nach rechts Widerstand leisten, zeigen zu wollen, was wieder möglich ist.

Daß inzwischen auch die frühere NSDAP-Mitgliedschaft des amtierenden Bundespräsidenten Walter Scheel bekanntgeworden ist, darf den Blick auf die ideologische Machtprobe, welche CDU und CSU mit der Nominierung eines schon vor der Wahl als ehemaliger Nazi bekannten Kandidaten bezwecken, nicht verstellen. Die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik muß jetzt beweisen, daß sie diesen Staat und sein antifaschistisches Grundgesetz nicht kampflos aufgibt. Wir wenden uns an alle Personen und Organisationen der Linken, dem 30. Jahrestag der Bundesrepublik und ihrer so oft gebrochenen Verfassung dadurch gerecht zu werden, daß sie alles daransetzen, dieser Republik einen weiteren Ex-Nazi als Staatsoberhaupt zu ersparen.

Erstunterzeichner

Wolfgang Abendroth, Marburg
Prof. Dr. Horst Herrmann, Albersloh
Günter Amendt, Hamburg
Wolf Biermann, Hamburg
Walter Boehlich, Frankfurt

Martin Buchholz, Berlin
Peter O. Chotjewitz, Haunetal-Kruspis
Manfred Coppik, Offenbach
Franz-Josef Degenhardt, Qickborn
F. C. Delius, Nijmegen (Holland)
Lottemi Doormann, Hamburg
Axel Eggebrecht, Hamburg
Ludwig Fels, Nürnberg
Gerd Fuchs, Hamburg
Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin
Hermann L. Gremliza, Hamburg
Peter Hamm, Tutzing
Heinrich Hannover, Bremen
Karl-Heinz Hansen, Bonn
Günter Herburger, München
Prof. Dr. Horst Herrmann, Albersloh
Otto Köhler, Hamburg
Udo Lindenberg, Hamburg
Peggy Parnass, Hamburg
Karl W. Pawek, Hamburg
Klaus Staeck, Heidelberg
Hermann P. Piwitt, Hamburg
Winfried Thomsen, Hamburg
Horst Tomayer, Berlin
Henning Venske, Hamburg
Günter Wallraff, Köln
Gerhard Weber, Hamburg

Nein zum Aufruf, Nein zu Carstens

KONKRET-Autor Bert Engelmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier

Das wirkliche Schiimme an Carstens ist meiner Ansicht nach, daß er keine Einsicht gezeigt und keine erkennbare Abkehr vom Nazismus vollzogen hat'. Er eignet sich für gar kein Amt in einer Republik, die als freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen verstanden sein will. Dieser reaktionäre Möchtegern-Herrenreiter mit einem erklärten Faible für schwarzbraune Sektierer und Berufs-Revanchisten wäre eine Herausforderung für alle Demokraten hierzulande und für alle Nachbarvölker. Daß er mal Pg. war, ist nur insofern von Bedeutung, als es die ungebrochene Kontinuität seiner Gesinnung erkennen läßt. Nur weil er sich nicht gewandelt hat, muß seiner Kandidatur energisch entgegengetreten werden.

Nein, weil man diesen SA-Typ nur ignorieren kann.
Gerhard Zwerenz, Sehmitten

Ich finde, daß ein alter Nazi diesen Staat vortrefflich, repräsentativ und treffend vertreten wird.

P.P. Zahl, JVA Werl

Ich bin für Carstens als Bundespräsident, weil der Mann in der Tat die aktuelle Majorität bestens repräsentiert. Kapiert doch endlich, daß dies mitnichten unsere Republik ist, daß wir am Katzentisch sitzen, solange man uns da Sitzen läßt. Der Carstens-Zug ist abgefahren, es ist albern, auf dem Bahnsteig herumzuhumpeln und zu rufen, es gehe in die andere Richtung -Zeitvergeude.

Henryk M. Broder, Köln

»Nun müssen wir wohl unterschreiben«

Inge Stolten, Hamburg, Bernhard Stolten, Bochum, Christian Schultz-Gerstein, Hamburg, Detlef Lodenkämper, Bad Schwartau, Michael Vogel, Hamburg, Eva Kroth, Hamburg, Michael Schulte, Hamburg, Klaus Recht, Hamburg, Angela Pawek, Hamburg, Peter Augner, Berlin, Götz J. Eisele, Essen, Gerhard Dièr, Dudweiler, Alfons Lukas, München, Jens Bastian, Schönaich, Armin Broeker, Nordstemmen, Christian Berg, Köln, Matthias Regenbrecht, Reutlingen,

---

Die Begründung dieses Aufrufs halte ich für relativ schwach. Es macht eben keinen Unterschied, ob man »es« vorher oder hinterher erfährt. Der Unterschied besteht doch vielmehr in der gegenwärtigen Politik von Scheel und Carstens.

Gerd Aschoff, Göttingen

Edwin Fischer, Wiesbaden, Rudi Supper, Bamberg, S. Zimmermann, Blieskastel (und 2 weitere), H. Flohr, St. Ingbert (und 4 weitere), Gerhard Henschel, Meppen, Heinz Haaker, Lübeck, Hans-Werner Jung, Nohfelden, Werner Klammer, Wuppertal (und 19 weitere), Aloys Kötters, Berlin, Hans und Erika List, Hofheim, Hans Mohrmann, Syke, Gerd Muschner, Hamburg,

---

Ich unterstütze den KONKRET-Protestaufruf. Das bedeutet jedoch nicht, daß ich für eine Wiederwahl von Bundespräsident Walter Scheel eintrete.

Bernd Schlanderer,

Gäufelden

Hans Jörg Rothen, Bielefeld, Thomans Schwanzer, Haßfurt (und 2 weitere), Rudi Schröder, Bayreuth, Michael Schöppner, Oberursel, Werner Schauer, Köln (und 3 weitere), Gerhard Sturmheft, Berlin, Dr. Dr. A. Trojan, Hamburg, Gabriele und Rainer Weckherlin, Hamburg,

---

Nachdem auch Publikationen wie die »Frankfurter Rundschau« sich daranmachen, K.C. dem machtlosen Bürger als Bundespräsidenten' schmackhaft zu machen, müssen wir nun wohl unsere Unterschriften unter den Aufruf setzen.

Erna Maria Neubauer, Klaus Peter Josten, Aachen

Ernst-Dieter Wagner, Aumühle, Herbert Niesen; Bonn, Thomas Kirchhoff, Heiligenhaus, Gunhild Kunz, Gelsenkirchen, Jürgen Bormann, München, Thomas Seitz, Berlin, Josef Huda, Aachen, Reinhard Brand, Ludwigsau,

---

Natürlich, so verhindern wir nicht seine Wahl zum Präsidenten der BRD, aber wir nehmen diese Wahl auch nicht still wie eine Herde verblödeter Schafe hin.

Michael Kasten, Berlin-West

Günter Schöbel, Köln, Gisela Zabka, Frankfurt, Emil Mangelsdorff, Frankfurt, Concetta Alfieri, Düsseldorf (und 9 weitere), Manfred Stern, Ohlsbach, Maria Hautsch, Mainascliaff (und 3 weitere), Mathias Kohler, Mannheim, Hajo Herm, Berlin, Klaus Segbers, Konstanz, Stefan Mousiol,

Uns macht die Selbstverständlichkeit von wie auch immer damals -Beteiligten in Ämtern aller Art traurig und zornig.

Jürgen Irmer, Recklinghausen

Frankfurt, Torsten Breuer, Drochtersen, Lore und Kurt Allers, Norderstedt, Reinhard Stolz, Wolfsburg, Markus Weidmann, Süssen, Herbert O. Ganswindt, Berlin, Michael Heuer, Bad Iburg (und 36 weitere), Hermanus Pfeiffer, Hamburg (und 10 weitere), Joachim Pfennig,

Wir (das sind 21 Hanoveraner) wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Demontage unserer Demokratie.

Holger Steinecke, Hannover

Duisburg, Rüdiger Kreissel, Lahn, Sabine Rosenbladt, Lübeck, Guido Rebstock, Schramberg, Sabine Rau, Itzehoe, Michael Lörken, Düren (und 2 weitere), Walter Handwerk, Berlin,

Ich würde im übrigen auch dann protestieren, wenn Carstens nicht in der NSDAP gewesen wäre, denn als Bundespräsident ist untragbar, wer als Staatssekretär von illegalen Waffengeschäften vielleicht wirklich nichts gewußt hat

Dr. Ernst-Ullrich Pinkert, Aalborg, Dänemark

Dr. Erhard Jöst, Igersheim, Hans-Jörg Negele, Bonn, Wolfgang E. M. Turk, Berlin

Konkret 04/79, S. 15

Walter Boehlich

Minderheiten Maul halten!

Warum Karl Carstens jene repräsentiert, die ihn wählen wollen, erklärt KONKRET-Autor Walter Boehlich

Die CDU/CSU besitzt die notwendige Mehrheit in der Bundesversammlung, was bedeutet, daß sie den nächsten Bundespräsidenten wählen kann. Sie hat ihren Kandidaten präsentiert, er heißt Karl Carstens, und wenn alles so ausgeht, wie die Planer geplant haben, dann wird Carstens Bundespräsident werden. Wenn.

Ein scheinbar letztes Hindernis hat Carstens beseitigt. Er hat seine Klage gegen Günther Metzger zurückgezogen. Ein in einen Prozeß verwickelter Bundespräsident, ein vielleicht sogar schuldig gesprochener Bundespräsident, das hätte keinen sonderlich guten Eindruck gemacht. Diese Gefahr also ist behoben, rein und unbefleckt könnte Carstens sein Amt antreten.

Nun gibt es allerdings Leute, die behaupten, es gebe da noch einen anderen Fleck, über den sie ganz und gar nicht hinwegkämen; die Tatsache, daß Carstens Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei war. Die davon gesprochen haben, haben sich vorhalten lassen müssen, daß sie das höchste Amt im Staate zerredeten. Da es aber nun einmal das höchste Amt ist, das wir zu vergeben haben, könnte die Regelanfrage nach der politischen Vergangenheit des Bewerbers auf den ersten Blick recht vernünftig aussehen. Wenn aber die, in deren Händen die Entscheidung liegt, fest entschlossen sind, ihren Kandidaten, was immer die Anfrage ergeben möge, zu wählen, dann kann die Diskussion des ominösen braunen Fleckes auf den zweiten Blick tatsächlich nur dem Ansehen des Amtes schaden, da sie seinem vorgesehenen Träger ja nicht zu schaden vermag.

Es kommt hinzu, daß Carstens zwar Mitglied der NSDAP gewesen ist, aber ein Nationalsozialist, sagt er, sei er ganz und gar nicht gewesen. Man habe ihm erklärt,, wenn er nicht in die Partei eintrete, stehe es schlecht um seine berufliche Zukunft. Da ist er eben eingetreten und hat sich, wie man sieht, eine glänzende Zukunft gesichert. Will ihm das jemand vorwerfen? Wo stünde denn, daß einer, der an seinem Fortkommen interessiert war und sich deswegen einer Partei angeschlossen hat, die die Macht hatte, ihn in seinem Fortkommen zu behindern, vierzig Jahre später nicht Bundespräsident werden dürfte? Das Grundgesetz sagt lediglich: »Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.« Diese Minimal-Bedingungen erfüllt Karl Carstens uneingeschränkt.

Wohl kennt jeder, der alt genug ist, diese und jene, denen auch damals gesagt worden ist: wenn du nicht in die Partei eintrittst, wirst du dies und jenes nicht werden – und die doch nicht in die Partei eingetreten sind. Sie sind dann trotzdem geworden, was sie werden wollten; manche freilich erst nach 1945. Wohl kennt jeder, der alt genug ist, auch diesen und jenen, der kein Talent zum Mitläufer hatte, und lieber dem Lande der Mörder den Rücken gekehrt hat. Manche von ihnen sind nach 1945 zurückgekehrt und müssen sich deswegen von einflußreichen Figuren des öffentlichen Lebens fragen lassen, wo sie denn damals gewesen seien, als die andern für Deutschland gekämpft und gelitten hätten.

Es kennen auch viele, und die brauchen gar nicht alt zu sein, die Keuner-Geschichte von Herrn Egge, der den, der ihn terrorisiert, zudeckt, und sieben Jahre lang seinen Schlaf bewacht, sich aber hütet, ihm auf die Frage »wirst du mir dienen?« zu antworten. Die Geschichte endet damit, daß der Terrorisierer stirbt. »Da wickelte ihn Herr Egge in die verdorbene Decke, schleifte ihn aus dem Haus, wusch das Lager, tünchte die Wände, atmete auf und antwortete: »Nein.« Auch das ist eine Methode, dem Verbrechen gegenüber, in dessen Gewalt man ist, sich zu verhalten.

Man muß aber sehr deutlich sagen, daß Herr Egge und die andern eine kleine radikale Minderheit gewesen sind und daß ein Bundespräsident nicht eine Minderheit, sondern die ganze Nation repräsentieren soll.

Er soll vielleicht nicht schlechter gewesen sein als die Mehrheit, aber er braucht auch nicht besser gewesen zu sein. Unsere Gesellschaft ist nicht auf den Dissens, sondern auf den Konsens gegründet, sie will keine Eigenbrödelei, sondern den Erfolg. Da kann sie nicht gut einen Präsidenten wünschen, der sich irgendwann durch irgendwen in seinem Erfolgsstreben hätte behindern lassen, schon gar nicht durch die NSDAP, von deren Verbrechen die einen sagen, daß sie sie nicht gekannt, und die andern, daß sie nichts über sie gelernt hätten.

Das wäre ja nun wirklich pure Rechthaberei, es schädlich oder gar schändlich zu finden, daß unsere demokratischen Parteien offensichtlich nur ehemalige PGs für das höchste Staatsamt zu präsentieren wissen. Die Verbrechen, das wissen wir doch, haben die andern begangen, die dafür vor Gericht gestellt worden sind oder werden werden, nicht die Mitläufer, die ja nur mitgelaufen sind, also auch wieder eine Minderheit nur, während die Mehrheit weiter nichts getan hat als Parteibeiträge zu zahlen und zuzuschauen, wie die Zigeuner und die Geisteskranken und die Juden und die Kommunisten umgebracht worden sind.

Gibt es einen Grund, vor der reinen Wahrheit die Augen zu verschließen, vor der Wahrheit, daß die Mehrheit derer, auf deren Fahne der Erfolg stand, damals mitgelaufen ist und daß der Erfolg ihr treu geblieben ist? Sollen wir denn einen Erfolglosen wählen lassen? Natürlich wird unter denen, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben und das Wahlrecht zum Bundestage besitzen, auch der eine oder andere sein, der kein Parteimitglied war, aber wenn die Mehrheit lieber wieder ein ehemaliges Parteimitglied wählen möchte, dann ist das doch demokratisch, dann wählt sie doch den, der sie tatsächlich repräsentiert, da soll die Minderheit endlich Ruhe geben. Will sie denn etwa sich repräsentiert sehen? Hätte sie dazu auch nur das geringste Recht?

Konkret 04/79, S. 17

Klaus Matthiesen

»Stoltenberg geht wieder zu Krupp«

KONKRET-Interview

Vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein sprach KONKRET mit dem SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen über seine Meinung zu Brokdorf, zum NDR, zum Radikalenerlaß und zu den Grünen

KONKRET: Seit der Bundestagswahl 1972 hat die SPD überwiegend rückläufige Ergebnisse bei Landtagswahlen erzielt. Seit dem nordrhein-westfälischen Regierungswechsel zu Kühn ist es nirgends mehr gelungen, eine CDU-Landes-Regierung abzuwählen. Nun sieht es so aus, als ob die SPD Schleswig-Holsteins die Chance hätte, einen Regierungswechsel herbeizuführen. Und das ausgerechnet mit einem Landesverband, der als besonders links, als besonders rot gilt. Und dem man nachsagte, er befände sich auf dem falschen Weg. Ist die SPD in Schleswig-Holsten jetzt so gut, obwohl oder weil sie als so links gilt?

Matthiesen: Wir haben deshalb gute Chancen, weil die Wähler in Schleswig-Holstein wissen, mit wem sie es bei der CDU und mit wem sie es bei der SPD zu tun haben. Sie haben es zu tun mit einer CDU, 29 Jahre an der Macht, verbraucht, ideenlos, degeneriert zu einer Ein-Mann-Partei, mächtigen Wirtschaftsinteressen verbunden, konservativ erstarrt. Sie haben es auf der anderen Seite zu tun mit einer SPD, die sich bemüht, prinzipientreu zu bleiben; die auch zwischen Wahlkämpfen offensive Aufklärung betreibt und um Bündnispartner für neue, gerechtere Zukunftslösungen wirbt. Sie haben es zugleich zu tun mit einer Bundes-SPD und einem Bundeskanzler, die beide trotz schwieriger werdender weltpolitischer Rahmenbedingungen ein Ansehen genießen wie nie zuvor.

KONKRET: Die prinzipientreue Honorigkeit, auch Widerborstigkeit, hat auch nach unserer Meinung erheblich dazu beigetragen, die SPD in Schleswig-Holstein populärer zu machen. Was Sie aber über Ihr Verhältnis zur Bundesregierung sagen, straft die Geschichte der Entwicklung zwischen der SPD Schleswig-Holsteins und der Regierungsspitze doch ein bißchen Lügen. Oder?

Matthiesen: Nein, die schleswig-holsteinische SPD hat nur häufig schneller und häufig auch weitergehend als die Gesamtpartei vorausgedacht. Zum Beispiel erinnere ich daran, daß die ersten Diskussionen über eine neue Ost-Politik hier in Schleswig-Holstein geführt worden sind. Ich erinnere auch an die Diskussion um den Extremistenerlaß; wir hatten schon immer die Auffassung, daß mit diesem Erlaß eine schlimme Entwicklung für die Demokratie eingeleitet worden' ist. Insofern ist die schleswigholsteinische SPD sich immer treu geblieben. Aber auf der anderen Seite war sie sich in grundlegenden politischen Fragen einig mit der Bundespartei und der Bundesregierung. Es ist kein Widerspruch, alles dafür zu tun, daß Kohl und Strauß nicht die Bundesregierung stellen, und gleichzeitig in Schleswig-Holstein zu seinen Grundüberzeugungen zu stehen.

KONKRET: Eben klang es so, als könnte mit der politischen Linie, die die Bundespartei und der Bundeskanzler fahren, der schleswig-holsteinische Landtagswahlkampf genauso gut geführt werden.

Matthiesen: Nein, das würde ich nie behaupten. Es ist müßig darüber zu streiten, wer letztlich welches Wahlergebnis zustande gebracht hat oder bringt. Richtig ist, daß wir in Schleswig-Holstein auch bei den letzten Bundestagswahlen erstaunliche Ergebnisse erzielt haben.

KONKRET : Das widerspricht aber dem hartnäckigen Gerücht, daß die SPD ins 30-Prozent-Ghetto muß, wenn sie sich verhält wie in Schleswig-Holstein. Wenn gerade mit einer solchen Politik Mehrheiten gewonnen werden können, müßte das doch eine Ausstrahlung haben auf die Gesamtpartei?

Matthiesen: Ich glaube sehr wohl, daß mit einem Wahlsieg von SPD und FDP 1979 für viele neue Hoffnung, in der SPD wie in der FDP, bundesweit wachsen würde. Aber unsere Hauptaufgabe in diesem Wahlkampf ist nicht, Hoffnungen zu nähren und sie vielleicht nachher politisch zu betreuen. Unsere Aufgabe ist, nach Ablösung der CDU-Landesregierung vernünftig, solide und mit einer möglichst langfristigen Perspektive zu regieren. Schleswig-Holstein wird im Falle eines Wahlsieges nicht der Wallfahrts-Ort der Linken, sondern Zentrum einer Reformpolitik für Arbeitnehmer werden. Das wird Auswirkungen auch auf die Bundespolitik haben. Weil es mehr Spielraum für die sozialliberale Bundesregierung durch uns

im Bundesrat gibt.

KONKRET: Die schleswig-holsteinische SPD hat ja in einigen Punkten die Konfrontation mit der Bundes-SPD und der Bundesregierung gesucht, insbesondere in der Ökologie-Debatte oder der Wirtschafspolitik. Inwieweit kann der Wähler damit rechnen, daß das, was die Landespartei an Programmatischem dazu gesagt hat, in der Regierungsverantwortung auch durchzusetzen sein wird? Oder ist das Alibi FDP schon ganz nahe?

Matthiesen: Der Wähler kann sich darauf verlassen, daß es erstens durch die sozialliberale Koalition ein klares Alternativprogramm gibt. Zweitens kann er sich darauf verlassen, daß das, was die Partei einstimmig auf Landesparteitagen als Landtagswahlprogramm beschlossen hat, Gegenstand der Koalitionsverhandlungen wird. Drittens kann er sich darauf verlassen, daß in diesen Verhandlungen natürlich auch nur ein Kompromiß mit der FDP herauskommen kann, der eine neue Reformpolitik in Schleswig-Holstein einleiten wird. Denn es gibt mit der FDP viel mehr Gemeinsamkeiten als Auffassungsunterschiede. Deshalb haben wir es nicht nötig, die FDP als Alibi zu gebrauchen oder zu mißbrauchen. Mit der FDP hier stimmen wir zum Beispiel in der Energie-Politik überein. Bei Kernkraftwerken heißt das, und das ist unsere gemeinsame Auffassung, kein weiteres Kernkraftwerk zusätzlich in Schleswig-Holstein.

KONKRET: Ist Brokdorf zusätzlich?

Matthiesen: Brokdorf soll nicht gebaut werden. Ich habe selbst den Betreibern von Brokdorf vorgeschlagen, Brokdorf durch ein Kohlekraftwerk zu ersetzen. Wir wollen den künftigen Energiebedarf durch verstärkte Energie-Einsparung, alternative Technologie und durch verstärkten Einsatz der Kohle in Schleswig-Holstein decken

KONKRET: Wenn Sie die Regierung übernehmen sollten, welche Form der Regelung des Extremistenbeschlusses oder der Reform desselben streben Sie dann an? Die Hamburger Version?

Matthiesen: Auf Punkt und Komma den SPD-Parteitagsbeschluß auf dem Europa Parteitag.

KONKRET: Also Wegfall der Regelanfrage. Glauben Sie, daß Herr Stoltenberg, der in dieser Frage sehr engagiert ist, als Oppositionsführer verfassungsrechtliche Klärungen herbeizuführen versuchen wird?

Matthiesen: Ich glaube nicht, daß Herr Stoltenberg im Fall einer Wahlniederlage Oppositionsführer werden will. Dafür ist er sich mit Sicherheit zu schade. Der wird zurückgehen, wo er hergekommen ist. Außerdem glaube ich nicht, daß die CDU in diesem Lande oder woanders mit einer Regelung, die sich orientiert am Bundesparteitagsabschluß der SPD, vors Bundesverfassungsgericht gehen wird. Sie weiß genau, daß sie dort ein Urteil kriegen wird, das den Sozialdemokraten Recht gibt.

KONKRET: Wie sieht es mit der Kündigung des Staatsvertrages über den NDR aus: Gibt es für Sie die Möglichkeit diese Kündigung zurückzuziehen?

Matthiesen: Man wird als Rechtsnachfolger einer alten Landesregierung auch das fortsetzen müssen, was begonnen worden ist. Weil gekündigt ist, muß neu verhandelt, muß sich neu geeinigt werden über einen neuen Staatsvertrag. Wir werden alles tun, den Norddeutschen Rundfunk als öffentlich-rechtliche Drei-Länder-Anstalt zu erhalten. Wir halten den Hamburger Staatsvertragsentwurf für eine geeignete Verhandlungsgrundlage.

KONKRET: Die niedersächsische Landesregierung hat sehr deutlich gemacht, daß sie nicht auf der Basis des Hamburger Entwurfs bereit ist, einen neuen Staatsvertrag zu schließen, und kokettiert jetzt schon mit der Gründung eines Senders Hannover. Wird's da nicht wieder so endeng daß die Forderungen der niedersächsischen CDU da und dort doch berücksichtigt werden?

Matthiesen: Nein. Man macht doch nur dann einen Staatsvertragsentwurf, wenn man gleichzeitig davon ausgeht, daß ein solcher Entwurf verhandlungsfähig ist. Daß Ministerpräsident Albrecht so unklug ist, sich auf Verhandlungen überhaupt nicht einzulassen, kann ich mir nicht vorstellen. Denn sonst würde man ihn charakterisieren können als jemand, der aus

parteipolitischen Beute-Interessen heraus Rundfunkpolitik betreibt. Diesen Vorwurf steht er politisch nicht durch.

KONKRET: Schleswig-Holstein war in der Regierungszeit Stoltenbergs stets ein Eldorado für die amtliche Propaganda von privatem Verlegerfernsehen. Wie ist Ihre Position dazu, wenn eine Zulassung den NDR-Staatsvertrag retten könnte?

Matthiesen: Dies wird für eine von mir geführte Landesregierung in keiner Form Verhandlungsgewicht haben. Es gibt bei uns kein privates Fernsehen.

KONKRET: Die Wahlen in Schleswig-Holstein werden ja entschieden im Hamburger Umfeld von Pendlern, die tagsüber unter Hamburger Bedingungen leben und in Schleswig-Holstein schlafen und wählen. Ist die neue Politik, die in Hamburg gemacht wird, für diese Wahl eher hilfreich oder eher störend?

Matthiesen: Uneingeschränkt hilfreich. Weil nämlich deutlich geworden ist durch die Politik des Hamburger Senats, daß man bei einer veränderten Landesregierung in Kiel viele Probleme des Hamburger Umlandes, mit denen man sich jetzt seit Jahren herumschlägt, einvernehmlich lösen kann. Ich nenne hier den Flughafen, ich nenne den ganzen desolaten Zustand des Nahverkehrs.

KONKRET: Hamburgs Regierungschef Klose wird in der Springer-Presse jetzt als linksradikaler Volksfront-Freund dargestellt. Wirkt das nicht auch auf Ihre Wahl?

Matthiesen: Ich halte die Wähler im Hamburger Randgebiet für viel zu intelligent, als daß sie nicht gelernt haben, mit Kampagnen der Springer-Presse fertig zu werden, und sich ihr eigenes Urteil zu bewahren. Wäre das anders, dann wären wir in Schleswig-Holstein, wenn Zeitungen einen solchen Einfluß auf wirkliches Wahlverhalten hätten, eine Partei, die zwischen 12 und I S Prozent dahinvegetieren würde.

KONKRET: Wird es in Schleswig-Holstein Stimmeneinbußen der SPD bei Jungwählern durch Bunte oder Grüne geben wie in Hamburg, oder haben Sie diese Gruppen bereits absorbiert?

Matthiesen: Wenn ich sagen würde, wir hätten sie absorbiert, wäre das überheblich. Wir haben allen Anlaß, den Dialog, den wir begonnen haben, ganz ehrlich und intensiv fortzusetzen. Ich glaube, daß Legitimation und Motivation der Grünen zur Unterstützung einer eigenen Landesliste in Schlesvig-Holstein schwächer ist als woanders. Einfach deshalb, weil die SPD hier klare umweltschutzpolitische und energiepolitische Ziele formuliert, auch in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Liberalität klare Perspektiven entwickelt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Grünen politisch mit ihrer Stimmabgabe unter Umständen dazu beitragen wollen, daß Stoltenberg vielleicht die absolute Mehrheit der Stimmen verliert, aber mit der Mehrheit der Stimmen im Parlament als Sieger durchs Ziel geht. Daß damit eine Umweltschutz- und Energiepolitik gemacht wird, die völlig im Gegensatz steht zu dem, was die Grünen wollen. Bei uns kriegen sie nicht die volle Miete. Aber bei uns finden sie sich zu einem großen Teil mit ihrem Wollen wieder in unserer Programmatik. Und deshalb muß man wissen, daß, wer Grün wählt, sich in Schleswig-Holstein schwarz ärgern kann.

Konkret 04/79, S. 19

Jörg Huffschmid

Von Menschen und Märkten

Finanzminister Hans Matthöfer hat ein Buch geschrieben über die Humanisierung der Arbeit. Jörg Huffschmid hat eine Meinung dazu

Hans Matthöfer kommt aus der Gewerkschaftsbewegung. Vielleicht hat ihm diese Vergangenheit eine gewisse Verbundenheit mit den Problemen der arbeitenden Menschen bewahrt, und vielleicht hat ihn diese Verbundenheit erkennen lassen: »In den letzten Jahren ist ein Mißverhältnis zwischen wirtschaftlich-technischem Fortschritt und den Arbeitsbedingungen eingetreten, das korrigiert werden muß.«

Von diesem Mißverhältnis handelt Matthöfers Buch, das in einen »allgemeinen« und einen »besonderen« Teil gegliedert ist. Der allgemeine Teil trägt den Titel »Bedürfnisse und Bewußtsein der Arbeiter als Maßstab menschengerechter Arbeitsgestaltung« und kommt zu dem Schluß, daß jede Organisation der Arbeit, die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter durchgesetzt würde, zu Produktivitätsverlusten in Form von Fluktuation und Absentismus, Leistungszurückhaltung, Streik und sogar Sabotage führen werde und insofern gegen das Unternehmen selbst zurückschlage. Menschengerechte Arbeitsgestaltung werde dagegen auch höhere Produktivität bringen.

Der zweite Abschnitt des allgemeinen Teils handelt von »Vollbeschäftigung – ein Ziel menschengerechter Arbeitnehmerpolitik«. Daß dieser Problembereich unter dem Gereralnenner Humanisierung der Arbeit auftaucht, ist der größte Vorteil des Buches und spricht für das ernsthafte Bemühen des Verfassers, die Probleme wirklich aufzudecken, um die es geht. Auch was Matthöfer zum Problem der durch die Einführung neuer Techniken verursachten Arbeitslosigkeit zu sagen hat, überschreitet an einigen Stellen die These von der arbeitsplatzvernichtenden Dynamik der Technologie, die an anderen Stellen durchaus angeboten wird. Er schreibt: »Ein entscheidender Grund für die gegenwärtige Beschäftigungskrise liegt darin, daß im jetzigen industriellen System Produktivitätsfortschritte unabhängig davon erzielt werden, ob entsprechend höhere Absatzmöglichkeiten vorhanden sind.« Dies ist eine geradezu umwerfend richtige und im Widerspruch nicht nur zum Sachverständigenrat und den Arbeitgeberverbänden sondern auch zur offiziellen Regierungssprachregelung stehende These, die allerdings von Matthöfer wohl kaum geahnte Konsequenzen mit sich bringt. Denn sie führt unmittelbar in Widerspruch zum vorangegangenen Abschnitt: Einerseits hat menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen auch zunehmende volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Produktivität zur Folge, andererseits produziert aber eben diese Produktivitätszunahme Absatzkrisen und Arbeitslosigkeit und damit das genaue Gegenteil dessen, was »menschengerechte Arbeitnehmerpolitik« anstrebt.

Der Widerspruch ließe sich natürlich lösen: »Wer unser Land vor Krisen bewahren will, muss dafür sorgen, daß rechtzeitig Instrumente entwickelt werden, die verhindern helfen, daß der technische Fortschritt sich mangels kompensatorischer Beschäftigungsstrategien in letzter Konsequenz gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet«. So ist es. Aber wie müssen die Instrumente aussehen? Ihre Aufgabe wäre es ja, für eine mit dem Produktivitätsfortschritt Schritt haltende Nachfrage zu sorgen.

Das kann offensichtlich nur in begrenztem Maße Investitionsgüternachfrage sein, denn die neuen Investitionsgüter würden die Produktivität nochmals erhöhen und damit das Nachfrageproblem weiter verschärfen. Es muß sich also um im Vergleich zur Investitionsgüternachfrage schneller steigende Konsumgüternachfrage handeln, um Nachfrage nach individuellen Gebrauchsgütern oder nach staatlichen Dienstleistungen. Nur eine solche überproportionale Nachfragesteigerung wäre in der Lage, die produktiveren Kapazitäten auszulasten. Sie müßte gespeist werden aus höheren Löhnen und Gehältern und höheren Staatsausgaben, die ihrerseits nicht aus Löhnen und Gehältern finanziert worden sein dürften. Der Kern der Sache liegt also darin, daß zunehmende Produktivität zur Auslastung der Kapazitäten eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Löhne der Gehälter und der staatlichen Gewinnabschöpfungen verlangt. Und dies ist genau das Gegenteil dessen, was »der Markt« zustande bringt und die herrschende Lehre fordert: Umverteilung zugunsten der Gewinne, um die Investitionsneigung anzukurbeln.

Matthöfer hält sich allerdings mehr an letzteres. Seine hellsichtigen Bemerkungen zu technischem Fortschritt und Nachfrageentwicklung bleiben konsequenzenlos, veranlassen ihn nicht dazu, die herrschende Wirtschaftstheorie und wirtschaftspolitische Praxis kräftig gegen den Strich zu bürsten, konsequente Investitionslenkung, demokratische Wirtschaftsplanung und entscheidende Eingriffe in die Dispositionsfreiheit der Privatwirtschaft zu fordern. Im Gegenteil: »In unserer Wirtschaftsordnung hängen Investitionen - ... - im wesentlichen von unternehmerischen Entscheidungen ab, ... Unternehmerische Entscheidungen beruhen auf betriebswirtschaftlichen Kalkulationen und auf Gewinnerwartungen, die von einer Vielzahl von Faktoren abhängen: Von Kosten und Kostenerwartungen, von der Verbrauchernachfrage und Markterwartungen und auch von der Bereitschaft, Neues zu erproben und am Markt durchzusetzen«. Daß es so nicht bleiben soll, daß es so gerade unter Bedingungen schneller steigender Produktivität nicht bleiben kann, davon sagt Hans Matthöfer nichts.

Und diese Enthaltsamkeit kennzeichnet auch die »Instrumente«, die im besonderen Teil des Buches nach einer umfassenden und detaillierten Aufzählung der »Probleme und Aufgaben« angeboten werden, und die ein geradezu bedrückendes Zeugnis der Konzeptionslosigkeit sind: 2 Seiten Mitbestimmung auf Unternehmensebene -- die Feststellung »Langfristige Erfolge auf breiter Front hängen von den Machtverhältnissen in den Betrieben und in der Unternehmensspitze ab« trifft in diesem Zusammenhang nicht Hans Matthöfer, er zitiert sie nur von Heinz Oskar Vetter, ohne sie aufzugreifen - 7 1/2 Seiten Ausschöpfung des Betriebsverfassungsgesetzes, 1 Seite Mitbestimmung am Arbeitsplatz, 1 Seite Gesetzesreformen, 4 1/2 Seiten Tarifpolitik und 14 Seiten Wissenschaft und Forschung, dabei als Krönung das »Aktionsprogramm der Bundesregierung«. Aktionsprogramm wohlgemerkt, nicht zur Humanisierung des Arbeitslebens, sondern »Aktionsprogramm *Forschung* zur Humanisierung des Arbeitslebens«. Sonst nichts.

Das Buch belegt Hans Mattkäfers Wissen, daß und wo Bedürfnisse im Kernbereich unserer Gesellschaft, im Arbeitsleben, täglich mit Füßen getreten werden. Ob er auch wisse, daß dies mit den Klassen- und Machtverhältnissen dieser Gesellschaft zu tun hat, die jeden Produktivitätsfortschritt zum Nachteil der arbeitenden Menschen zu pervertieren versuchen, bleibt im Text offen. Nicht offen bleibt nach der Lektüre des Buches aber die Tatsache, daß Hans Mattkäfer nicht in Erwägung zieht, an der Veränderung der entscheidenden Machtstruktur der Gesellschaft mitzuarbeiten. Ob dies der Reihe gut ansteht, in der dieses Buch erschienen ist, mag dahingestellt bleiben. Sie heißt immerhin »Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis«.

Hans Matthöfer »Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft« Köln - Frankfurt 1977, 186 Seiten

Konkret 04/79, S. 20

Henryk M. Broder

Die Endlösung in Nordhorn

Wie ein Stadtdirektor und ein CSU-Abgeordneter sich um den guten Ruf der Stadt im Emsland verdient gemacht haben, beschreibt Henryk M. Broder

Am 6. März traf beim WDR-Intendanten ‚Freiherr von Sell ein Telex des CDU-Bundestagsabgeordneten Rudolf Sehers ein. Sehers, in Bonn ein stiller Arbeiter, in Niedersachsen stellvertretender Landesvorsitzender der Union, legte »vorsorglich Protest ein gegen die Ausstrahlung einer manipulierten Sendung«. Ebenfalls am 6. März teilte die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Pressedienst mit, der Abgeordnete Sehers habe die »Aktionen eines Kamerateams unter Führung des WDR-Mitarbeiters Henryk M. Broder« als einen »unglaublichen Vorgang und eine Pervertierung journalistischen Verhaltens bezeichnet«. Das Team sei am 3. März in der Stadt Nordhorn erschienen und habe »ganz offensichtlich zum Zwecke der Manipulation und der bewußt falschen Berichterstattung vorbereitete Plakate und Flugblätter mitgebracht und Schilder mit der Aufschrift 'Diese Stadt ist bald wieder judenfrei' an den Ortseingängen angebracht«. Sehers habe, so die Pressemitteilung, den WDR-Intendanten aufgefordert, »die Angelegenheit zu untersuchen und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen«. Die CDU-Meldung erschien am 7. und B. März in einer Reihe von Zeitungen. »Die Fernsehteams manipulierten am Drehort«, schrieb die Kölnische Rundschau; »Kamerateam brachte die Plakate selbst mit«, hieß es in den Westfälischen Nachrichten.

Die kleine Kampagne der CDU und ihrer Presseorgane war die Begleitmusik zu einer Beschwerde, die der Stadtdirektor von Nordhorn, Brandt, ebenfalls an die Adresse des WDR-Intendanten richtete. »Ein Kamerateam des WDR unter der Leitung des Journalisten Henryk M. Broder«, so Brandt an den WDR-Chef, habe Plakate mit der Aufschrift »Diese Stadt ist bald wieder judenfrei« an den Ortsschildern angebracht und sie anschließend gefilmt. Auch der Stadtdirektor protestierte »vorsorglich gegen eine Sendung dieser Vorgänge, die eindeutig getürkt waren.«

An den präventiven Protesten des Abgeordneten und des Stadtdirektors stimmte alles - bis auf ein paar Kleinigkeiten. Tatsächlich war ich zusammen mit drei Freunden aus Bremen - Peter Dahl, Gabi Trutz, Rüdiger Kremer - am 3. März nach Nordhorn gefahren, um einen Tag vor Beginn der Woche der Brüderlichkeit einen öffentlichen Skandal zu provozieren.

In Nordhorn lebt seit 1974 die Familie Feinkuchen, rumänische Juden, die über Israel in die Bundesrepublik gekommen sind, und die von den Stadt- und Kreisbehörden seitdem systematisch diskriminiert und schikaniert werden. Ich hatte über den Fall im WDR und in der Frankfurter Rundschau berichtet und danach versucht, ein paar Institutionen und Behörden für diesen Skandal mit eindeutig antisemitischem Untergrund zu interessieren. (Die Sache ist zu umfangreich, um sie hier auszubreiten, ich schicke aber jedem KONKRET-Leser auf Wunsch einen Sonderdruck, in dem die ganze Affäre ausführlich beschrieben ist.) Mit meinen Veröffentlichungen erreichte ich nichts. Nur die Evangelische Kirche von Nordhorn half den Feinkuchens finanziell und moralisch über die Runden, aber dazu bedurfte es nicht meiner Artikel, das taten die wackeren Pastoren schon, bevor ich mich um die Sache kümmerte. Deshalb starteten wir - eben zum Auftakt der saisonalen Brüderlichkeit -- unsere Aktion in Nordhorn. Wir versahen neun Ortsschilder an fünf Einfallstraßen mit dem Zusatz »Diese Stadt ist bald judenfrei« und verteilten ein paar tausend Flugblätter in der Stadt, Überschrift »Holocaust in Nordhorn«. Und da die schönste Aktion keinen Sinn hat, wenn sie nicht in die Medien kommt, hatte ich ein paar Kollegen benachrichtigt: das belgische Fernsehen war da, Leute vom ZDF, Reporter von holländischen und deutschen Zeitungen. Ein WDR-Team war nicht dabei, kein Team drehte unter meiner »Leitung«.

Zwei Tage nach der Aktion, am 5. März, wurde ich telefonisch gewarnt. Stadtdirektor Brandt habe erklärt, von jetzt an gäbe es keinen Fall Feinkuchen, es gäbe nur einen Fall Broder. Der urdeutsche Brauch, die Schuld an einem Skandal von demjenigen, der ihn verursacht, abzuwälzen auf jene, die ihn aufdecken, war auch dem Nordhorner Verwaltungschef gerade noch rechtzeitig eingefallen. Die Behauptung, eine Aktion inszeniert und sie gleich selbst für den WDR gefilmt, war ihm und dem MdB Sehers dabei nicht zu blöd. Schließlich hat Herr Brandt Erfahrung im Umgang mit Medien. Die »Grafschafter Nachrichten«, das Monopolblatt in Nordhorn, haben es mit seiner freundlichen Unterstützung geschafft, in vier Jahren kein einziges Wort über die Sache Feinkuchen zu verlieren.

Freilich - Nordhorn ist nicht überall, der WDR reagierte gelassen. Ein Sprecher erklärte, da der angegriffene Mitarbeiter nicht im Auftrag des Senders gehandelt und auch kein WDR-Team bei sich gehabt habe, sei es »eine reine Privataktion des Kollegen gewesen«, der WDR sei nicht tangiert.

MdB Sehers, dessen Parteifreunde manchmal den Eindruck erwecken, daß Holland für sie immer noch großdeutsches Okkupationsgebiet mehr ist, sah keinen Grund, seine Darstellung zu korrigieren. Sein Nordhorner Anstifter, der Stadtdirektor, nahm nicht nur nichts zurück, er preschte noch weiter vor. In einem weiteren Schreiben an den WDR sprach

er, wie angekündigt, von einem »Fall Broder« und stellte die Frage, ob ich weiterhin »zu den freien Mitarbeitern des WDR zählen sollte«.

Bei ihrer Haltet-den-Dieb-Aktion haben die Herren Brandt und Sehers, so ganz nebenbei, ein Stück ihres Gemüts freigelegt. beiden unterlief, unabhängig voneinander, eine glanzvolle Fehlleistung. Auf unseren Plakaten hatte es geheißen: »Diese Stadt ist bald judenfrei«. Stadtdirektor Brandt und MdB Sehers reicherten in ihren Protestbriefen unsere Plakate um ein Wörtchen an: »Diese Stadt ist bald wieder judenfrei.«

Sigmund Freud läßt grüßen.

Konkret 04/79, S. 22

Heinrich Hannover

Das Volk wird noch weinen

Über den Nachruf-Prozeß von Oldenburg

Trauerarbeit kann nur geleistet werden, wenn wir wissen, wovon wir uns lösen müssen.
A. und M. Mitscherlich

Am 23. Februar 1979 hat eine Strafkammer des Oldenburger Landgerichts 13 niedersächsische Hochschullehrer von dem Anklagevorwurf freigesprochen, den Staat verunglimpft zu haben, indem sie den Buback-Nachruf zusammen mit anderen Dokumenten und einem Vorwort nochmals veröffentlicht hatten.

Welcher Autor wünschte sich nicht, so oft gelesen, beschimpft, nachgedruckt, verurteilt und freigesprochen zu werden wie der Göttinger Mescalero. In Oldenburg wurde sein Buback-Nachruf zusammen mit der vollständigen als Staatsverunglimpfung angeklagten Dokumentation sogar vom Gericht an die Presse verteilt, nachdem die Verteidigung beanstandet hatte, daß in einer Pressemitteilung des Landgerichts wieder nur die inkriminierten Passagen zitiert wurden. Die Justiz als Transmissionsriemen von Verunglimpfungen. Hauptsache, man distanziert sich.

Soviel steht nunmehr fest: Wer den Buback-Nachruf nachdruckt, kann nur verurteilt werden, wenn er sich nicht von bestimmten Passagen distanziert. Die Justiz hat dem Volk, in dessen Namen sie rechtspricht, eine Lektion in distanziertem Verhalten erteilt. Die ersten, die einzelne Rülpser des Göttinger Mescalero zitierten, brauchten die Justiz nicht zu fürchten, denn sie gingen in der Weise auf Distanz, daß sie ihre Empörung auf die Universitäten entluden, denen der Text als Sumpfblüte des Terrors zugeschrieben wurde. Das Aufbauen eines Feindbildes ersetzt die eigene Standortbestimmung; man braucht nicht zu sagen: »Ich distanziere mich von Mord und Terror«, wenn man sagen kann: »Pfui über die Sympathisanten des Terrors!« So einfach hatten es diejenigen nicht, die Studenten und Universitäten gegen die Verdächtigungen einer faschistoide Züge tragenden Pressekampagne schützen wollten. Sie mußten den vollen Wortlaut des Nachrufs zitieren - einschließlich der schon damals genugsam bekannten Rülpser - um zu beweisen, daß die bisher allein zitierten Stellen Inhalt und Tendenz des Artikels verfälschten. Und sie glaubten im Unterschied zu unbekannten Studenten gegen den Verdacht geschützt zu sein, mit Mord und Terror zu sympathisieren oder einen Toten verunglimpfen zu wollen. Aber obwohl die vollständige Dokumentation für jeden, der wirklich zu Ende liest, ergibt, daß der Nachruf eine Absage an den individuellen Terror als Mittel des politischen Kampfes enthält, verlangte die Justiz auch von ihnen eine Distanzierung.

Wie eine vorschriftsmäßige Distanzierung auszusehen hat, ist den niedersächsischen Herausgebern der Dokumentation von ihrem Minister formularmäßig zur Unterschrift vorgelegt worden. So einfach ist das mit der Distanzierung. Eine Generation, die ihre eigene politische Vergangenheit durch Distanzierung bewältigt hat, tut sich leicht mit Distanzierungsgeboten. Wir kennen Sie zur Genüge aus Berufsverbotsverfahren. Die Unfähigkeit zu trauern wird zur staatsbürgerlichen Verhaltensnorm erhoben. Wer, wie der Göttinger Mescalero, seine eigenen Fehlhaltungen dadurch zu bewältigen sucht, daß er sie bewußt reflektiert und selbstkritisch verarbeitet, verstößt gegen das schlichte Distanzierungsmuster, das uns die Terroristen von gestern vorgelebt haben, die selbst gegenüber Massenmorden ihr gutes Gewissen durch Distanzierung bewahren konnten.

Auch die Oldenburger Strafkammer ging von dem Denkschema aus: wer sich nicht distanziert, identifiziert sich. Und sie hatte Mühe, eine Identifizierung der Angeklagten mit dem Text zu vereinen. Für eine Identifizierung sprach nach Meinung des Gerichts, daß die »teilweise wirklich abscheulichen Verunglimpfungen eines gerade erst ermordeten Menschen nur dahin kommentiert« worden seien, »der Artikel verletze in Form und Inhalt staatsbürgerliche Anstandsregeln«. Wie fehlsam dieser Kommentar war, erläuterte der Vorsitzende in der mündlichen Urteilsbegründung so: »Staatsbürgerliche Anstandsregeln verletzt auch der, der etwa beim Abspielen einer Nationalhymne seine Kopfbedeckung aufbehält, oder der sich bei der Verkündung eines richterlichen Urteils nicht von seinem Platz erhebt«. Dem Gericht lag der Gedanke fern, daß die staatsbürgerliche Anstandsregel, die Mescalero verletzte, darin bestanden haben könnte, daß er seine »Trauerarbeit« (Mitscherlich) veröffentlicht hat, statt sich mit billiger Distanzierung zu begnügen.

Auch in Oldenburg konnte man sich nicht verkneifen, aus dem Born eigener Lebenserfahrung schöpfend ein paar letzte Wahrheiten zu verkünden, vor deren Hintergrund bestimmte Behauptungen der Angeklagten als »schlechterdings unwahr« charakterisiert wurden. Das gilt z.B. für den Satz: »Während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breitmachen«. Wie sieht der Gegenbeweis des Gerichts aus? »Noch nie hat es eine solche Flut sozialistischer und linksextremer Literatur gegeben wie in den letzten Jahren. Man gehe doch nur einmal in die normalen oder auch in die sogenannten roten Buchläden, man betrachte doch nur die Stände der

linksextremen Parteien, die hier fast ständig in der Oldenburger Innenstadt aufgebaut sind, man betrachte doch nur die Universitätszeitungen, die zum großen Teil voll sind von sozialistischer Kritik«.

Einer der Angeklagten meinte nach dem Urteil selbstkritisch: »Wir hätten schreiben sollen: 'Wenn Ansätze von Kritik unterdrückt werden, dann sozialistische'«. Irrtum, die Justiz hätte auch diese Formulierung mit dem Logizismus juristischen Denkens als »schlechterdings unwahr« widerlegt. Denn die Unterdrückung sozialistischer Kritik in »diesem unserem Staat« ist gerade durch ihren willkürlichen Auswahlcharakter gekennzeichnet und legitimiert sich nicht zuletzt durch einen Pluralismus der Unterdrückung, der ab und zu auch ein rechtsextremes Machwerk trifft. Man muß schon lange nachdenken, bis man eine Kurzformel für diesen Sachverhalt findet, die dem logizistischen Wörtlichnehmen von Meinungsäußerungen durch die Justiz standhält. Bestimmte Redefiguren, wie die der übertreibendem Verallgemeinerung, die wir tagtäglich in den Äußerungen staatstragender Publizisten und Politiker finden, werden für Linke verboten. Wer nicht den Ungehorsam gegen diese Justiz einübt, wird bald die Sklavensprache lernen müssen. Die Justiz wirft sich zum Zensor auf, ohne es zu merken. Sie maßt sich dank eines politischen Horizonts, der an der Schwelle linker Buchläden endet, ein Urteil über politische Sachverhalte an, das Verfassung und Verfassungswirklichkeit in diesem Land in schönster Harmonie erscheinen läßt.

Der Oldenburger Freispruch wird sich in der veröffentlichten Meinung als Indiz für die angebliche Liberalität eines Staates niederschlagen, der sogar unwahre Behauptungen realitätsblinder Professoren toleriert (»... offenkundig unberechtigte politische Polemik, die sich gerade noch im Rahmen der grundgesetzlich erlaubten freien Meinungsäußerung hält« - so die mündliche Urteilsbegründung). In Wahrheit kann man in freisprechenden Urteilen Tatsachenfeststellungen und Rechtsgrundsätze festschreiben, über die das Volk, dessen Namen man für diese Rechtsprechung in Anspruch nimmt, eines Tages lachen - oder weinen wird.

Konkret 04/79, S. 23

Magazin

»Unauffällig festnehmen«

Papst Paul Johannes II. besuchte Lateinamerika, um dort die Abkehr von der »Theologie der Befreiung« zu predigen. Um die Verfolgung von Priestern und die Unterdrückung der Armen kümmerte er sich nicht

Als 1968 Papst Paul VI. die Bischofskonferenz von Medellin besuchte, ging er auch zu den Armen in Bogotá. Doch das Kinderlumpenproletariat (Gamines) bekam er nicht zu sehen. Die kolumbianische Regierung hatte die Straßen der Stadt »gesäubert«, die herumstreunenden Kinder, Bettler, Familien waren an die Atlantikküste deportiert worden, oder saßen eingepfercht im Fußballstadion der Stadt, streng bewacht.

Als 1979 Papst Johannes Paul II. in Mexico-City die Armen in den Slums der Stadt besuchen wollte, nahm' er aus »Termingründen« einen Hubschrauber und segnete beim Überfliegen die Elendshütten. Wieder blieb ein Papst auf Distanz zu jenen Menschen, die größte Hoffnung in seinen Besuch gesetzt hatten, die eine Befreiung von Elend und Unterdrückung von ihrer Kirche erhoffen. Doch Johannes Paul II. hatte es gar nicht anders gewollt.

Der deutliche Bruch mit der Theologie der Befreiung, die das Ergebnis der Bischofskonferenz von Medellin 1968 war, kam nicht abrupt: Schon 1968 wurde diese Theologie in einer Studie der Rockefeller Foundation als größte Gefahr für die Interessen der USA in Lateinamerika eingestuft -gefährlicher noch als der Einfluß Kubas. Seitdem stehen US-Agenturen und reaktionäre Kirchenführer im gemeinsamen Kampf gegen die Befreiungs-Theologen, so liefert etwa der kolumbianische Klerus auch heute noch Listen sozialkritischer Priester an die Sicherheitsdienste des Innenministers und des Verteidigungsministers. An der Basis engagierte Priester werden strafversetzt, ausgetauscht oder nach Europa abgeschoben. Hilfsgelder aus Europa werden in »Schulfarmen« auf dem Land angelegt und erhöhen so den Großgrundbesitz des Klerus.

Der Erzbischof von Valparaiso (Chile) rechtfertigte die militärische Intervention von CIA und Pinochet gegen die Unidad Populan Er und andere verhörten freiwillig Priester. Die Zahl der durch die Kirche an den chilenischen Staatssicherheitsdienst DINA ausgelieferten Priester wird auf mindestens 250 geschätzt. Sein Kollege Munios Duque, Kardinal von Kolumbien, ließ sich von dem 1970 durch Wahlbetrug an die Macht gelangten konservativen Präsidenten Misael Pastrana zum Ehrengeneral des Heeres ernennen. Für dieses Amt hatte er sich qualifiziert, als er den kolumbianischen Staatssicherheitsdienst gegen Priester, die mit streikenden Bankangestellten sympathisierten, alarmierte und die Geistlichen aus der Kirche ausschloß.

Nach einem von der CIA konzipierten Plan für Bolivien soll nicht versucht werden, die Kirche in Südamerika als Institution offen anzugreifen. Nur fortschrittliche Priester sollen attackiert werden. Die entsprechenden Personen seien zu beobachten, zu überwachen und von der Kirchenhierarchie einzeln dadurch zu isolieren, daß man sie beschuldigt, mit der politischen Linken und mit dem internationalen Kommunismus zusammenzuarbeiten. Ihre Festnahme sei möglichst unauffällig durch Agenten in Zivil in entlegenen Gebieten durchzuführen, um möglichst wenig Öffentlichkeit zu mobilisieren. Wörtlich: » Der Kirchenhierarchie sind die bereits vollzogenen Maßnahmen mitzuteilen ... Nach Vollzug einer Festnahme hat das Ministerium zu versuchen, subversive Propaganda und irgendwelche Waffen ... in die persönliche Habe der Gefangenen, wenn möglich in die Wohnung, zu schaffen. Die Legende muß bereits fertig sein, um den Verhafteten gegenüber dem Bischof und der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.«

Diese Vorsicht wird gegenüber den katholischen Bischöfen nicht mehr nötig sein, nachdem der Papst seinen Hirten politisches Handeln untersagt hat.

Kein Verlaß

Es hatte so schön -angefangen. Da demonstriert ein Student namens Neville Pessoa aus Jamaika in Frankfurt zusammen mit seinen Kommilitonen gegen den Schaft von Persien und gleich sieht die Ausländerbehörde ihre Chance, den Frechling per Staatsakt rauszuschmeißen. In einer Ausweisverfügung wird Pessoa vorgehalten, er habe die deutsch-iranischen Beziehungen gefährdet. Aber dann kam diese blöde Revolution dazwischen. Und nun schreibt die iranische Botschaft, die das Wort »kaiserlich« im Briefkopf inzwischen schwärzt, an den Asta der Frankfurter Universität: »... möchten wir Ihnen ausdrücklich bestätigen, daß die Teilnahme des jamaikanischen Staatsbürgers Neville Pessoa an der Demonstration vom 25. November 1978 die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Iran auf keinen Fall beeinträchtigen wird.« Auf nix ist mehr Verlaß.

Gscheidle dankt

Aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr sowie für das Post- und Fernmeldewesen, Kurt Gscheidle, SPD: Im Februar wurde der parteilose Marburger Postoberinspektor Peter Klonk wegen »nachteiliger Erkenntnisse« zu einer Anhörung durch den »Geheimschutzbeauftragten« der Bundespost geladen. Klonk ist langjähriges Vorstandsmitglied der DGB-Ortsverwaltung und Sprecher des marburger »Komitees gegen Berufsverbote«. Er hatte kurz zuvor eine Dankurkunde der Oberpostdirektion für 25 Jahre Arbeit im öffentlichen Dienst überreicht bekommen. Zum 31. März entließ die Deutsche Bundesbahn Hermann Schladt, 28, der zuletzt in der Fahrkartenausgabe des Bahnhof Koblenz gearbeitet hatte. Schladt ist seit 1971 Mitglied der DKP, für die er 1975 um einen Sitz im rheinlandpfälzischen Landtag kandidierte. Er war seit seinem vierzehnten Lebensjahr bei der Bundesbahn beschäftigt.

Grüße aus Rom

PLO-Chef Arafat umarmt Khomeini - ein Bild, das zeigt, daß sich nicht nur der Iran verändert hat. Mit dem persischen Volksaufstand haben sich die Machtverhältnisse im ganzen Nahen Osten verschoben: günstigere Kampfbedingungen für die Palästinenser. Und die Reaktion: Saudi-Arabien, Nordjemen und der Sudan werden von den USA mit Waffen überhäuft; und vor allem Ägypten soll jetzt, nachdem der Schaft etwas gehandicapt ist, die Rolle des amerikanischen Hilfssheriffs in der arabischen Welt übernehmen. Folge: Die Sozialisten und fortschrittlichen Nationalbewegungen des Nahen Ostens schließen sich enger zusammen, weltweite Unterstützung erhoffen sie sich von einem internationalen Kongreß zur Solidarität mit dem arabischen Volk, der im Herbst dieses Jahres stattfinden soll. Zu seiner Vorbereitung kamen Mitte Februar in Rom Vertreter von über 50 Organisationen zusammen. Die Initiatoren (Libyen, Algerien, Syrien, Irak, VR Jemen und die PLO) erhielten in Rom auch die Unterstützung der sozialistischen Staaten und etlicher internationaler Organisationen; die Sozialisten und Kommunisten aus Frankreich, Griechenland und Zypern schickten Delegationen. In der BRD scheint man sich für die Entwicklungen im Nahen Osten nicht sehr zu interessieren. Allein das Deutsch-Afrikanisch-Arabische Büro kam aus Bonn.

Aua-Druck

Bilanz 1978 der miteinander verflochtenen SPD-Betriebe Auer-Druck und AVP (»Hamburger Morgenpost«): 7,4 Millionen Mark Verlust, davon allein 3,1 Millionen bei der »Mopo«. Das ist 1 Mio mieser als im Vorjahr (wenn man de Erlös für den Verkauf des Pressehauses - 16,6 Millionen - nicht mitzählt). Beide Jahre waren so mies wie keins zuvor, aber das überrascht nicht: Denn vor zwei Jahren wurde Conrad Ahlers Chefredakteur der »Mopo« , und jeder, der es wissen wollte, konnte in KONKRET nachlesen, was das bringen werde: Rechtskurs, »Bild« -Verschnitt, Journalismus-Pasode, Auflagen-Verlust. Wird es jetzt, fünf nach zwölf, zur Kenntnis genommen? Iwo ! An erster Stelle unter den Gründen für die 78er Verluste nennt der Geschäftsbericht den - wörtlich -»Tarifstreit« in der Druckindustrie. Düstere Aussichten wenn man es in einem SPD-Betrieb für leichter hält, Lohnkämpfe abzuschaffen, als einen CSU-Freund loszuwerden. Wenn die Alternative heißt, Ahlers oder nichts, dann bekommt man halt beides.

Heiliger Kriechstrom

Warnung! Wer in den letzten Jahren dem »Stern« Vertrauliches mitteilen wollte und dabei, aus welchen Gründen auch immer, seine Zusammenarbeit mit der »Stern«-Redaktion unter dem Deckel halten wollte, muß damit rechnen, daß sein Telefonanruf zu Protokoll genommen wurde - zu welchen Zweck auch immer. Bis zum Februar ließ die Geschäftsführung des »Stern«- Verlags Gruner + Jahr alle eingehenden Anrufe bis zur Weitervermittlung in der Telefonzentrale mitschneiden, zur Aufspürung von Bombendrohern, wie die Geschäftsleitung jetzt sagt, seit das Verfahren auf einer Betriebsversammlung bekannt wurde. Auch wer das Redaktionshaus von Gruner + Jahr betrat, und sich nach Hausreglement von seinem Gesprächspartner am Empfangstresen abholen ließ, wurde belauscht. Mitteilung der Geschäftsleitung an den Betriebsrat: »Es hat sich herausgestellt, daß in der Vergangenheit Kriechströme das Mikrophon auch des aufgelegten Telefons derart sensibilisierten, daß im kleinen Umkreis auch solche Tresengespräche aufgezeichnet wurden.« Aber: »Es wird nach Möglichkeiten gesucht, diese ungewollten Aufnahmen auszuschließen.« Frage aus der Belegschaft: »Trifft es zu, daß damit sämtliche Gespräche, die in diesem Umkreis von Mitarbeitern und Besuchern geführt werden, automatisch aufgenommen werden?« Antwort: »Für den Umkreis von etwa zwei Schritten traf dieses zu. « Das Haus G + J, immer führend in der Druckszene, wenn es gilt, mit neuen Technologien Setzer und andere Mitarbeiter abzuschaffen, weiß nicht, wie man

Mikrofone abstellt. Aber dafür scheint es auch nicht zu wissen, daß das nichtöffentlich gesprochene Wort bei Strafandrohung (Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren) nicht auf Tonträger aufgenommen werden darf. Es scheint auch nicht zu wissen, daß es grundgesetz- und rechts- und sittenwidrig ist, mit dem Itzehoer Druckerei-Betriebsrat unter der Schweigepflichtsklausel des Betriebsverfassungsgesetzes eine Betriebsvereinbarung darüber abzuschließen, daß einkommende Anrufe mitgeschnitten werden. Diese Nachricht, Herr Staatsanwalt, ist eine Strafanzeige, Heiliger Kriechstrom.

Das Zitat:

»Die 'Bild'-Geschichte von Wallraff ist ja gelogen. Es ist viel schlimmer.«

Ein »Bild«-Redakteur zu Hamburger Journalisten

Konkret 04/79, S. 23

Winfried Thomsen

Radikalauer

Atomgegnerdeponie Gorleben: Freie Zellen für freie Bürger.

Helmut Kohl plant jetzt eine zeitlich und räumlich begrenzte Strafexpedition gegen die Volksuniversität Den Haag.

Warum durften die Bayern »Holocaust« sehen? Weil keine Abtreibung gezeigt wurde.

Der Demonstrationstäter wurde von der Polizei an den Haaren herbeigezogen.

Erich Honegger - ist das nicht dieser Kommunist, der das Deutschlandlied vertont hat?

Stellenanzeige: Reparaturbetrieb des Kapitalismus sucht Leiter der Knüppelgarde.

Der Krieg in Indochina hört jetzt auf. Helmut Schmidt hat gesagt, die sollen Schluß machen.

Von allen Sendungen des ZDF ist »Der große Scheiß« am wumstichigsten.

Der zum Kanzler ausgebildete Kohl sagt, er habe Berufsverbot - ein weiteres Opfer kommunistischer Propaganda.

Das Verfassungsgericht darf zwar mitbestimmen, muß aber den Eigentümern das letzte Wort lassen.

Die revolutionäre Diplomatie kennt keine Noten mehr. Sie verteilt nur noch Deng-Zettel .

Fußballwitz für Gegner der Gesamtschule: Hic Rhodos, hic Malta.

Konkret 04/79, S. 24

Gerhard Schröder

Der Kampf geht weiter

Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten über Berufsverbote

Die SPD hat sich mit der Diskussion der Berufsverbote schwer getan. Der Parteitagsbeschluß von Köln ist das Ergebnis harter, innerparteilicher Auseinandersetzungen, die insbesondere von den Jungsozialisten geführt worden waren. Der Beschluß bedeutet zweifellos einen programmatischen Fortschritt:

1. Nicht Gesinnung, sondern Verhalten ist nach dem Willen der SPD das Kriterium für die Beurteilung eines Bewerbers oder Beamten. Relevant ist nur ein Verhalten, daß sich gegen im einzelnen aufgeführte Verfassungsgrundsätze richtet.

2. Die Mitgliedschaft in einer legalen Partei, die Tätigkeit mit erlaubten Mitteln für eine solche Partei, soll allein kein Ablehnungsgrund mehr sein.

3. Die Verfassungsschutzbehörden dürfen nur dann eingeschaltet werden, wenn bereits Anhaltspunkte für ein Verhalten gegen die genannten Grundsätze vorliegen. Keinesfalls darf der Verfassungsschutz bereits dann eingeschaltet werden, wenn lediglich Anhaltspunkte für die Mitgliedschaft in einer Partei gegeben sind.

Ist damit der Kampf gegen die Berufsverbote entschieden? Sicher nicht.

Worum geht es nun? Grundlage der Berufsverbote ist die Formel, daß sich ein Beamter jederzeit - also auch außerhalb des Dienstes - für die sogenannte freiheitlich demokratische Grundordnung (FDGO) einzusetzen habe. Diese sogenannte Gewährbiete-Formel ist faschistischen Ursprungs. Sie hält nichts vom gesetz- und verfassungskonformen Verhalten in diesem Land, sondern versucht, die Beamten *gesinnungsmäßig* auf die freiheitlich demokratische Grundordnung festzulegen. Der Begriff der FDGO hat gleichzeitig eine höchst einseitige Interpretation erfahren. Die herrschenden Interpreten versuchen, in diese Formel eine Festlegung auf die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung hineinzuinterpretieren. Gewährbiete-Formel und FDGO-Begriffe sind also der juristische Knüppel gegen diejenigen, die organisiert für eine Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung kämpfen.

Die SPD hat mit ihrer Beteiligung an der Berufsverbote- Praxis gleich ein Stück Interpretationsherrschaft über die genannten Verfassungsbegriffe aufgegeben. Rechte Inhalte wurden damit verbindlich und zur Legitimation der Berufsverbote benutzbar.

Der Wert des Parteitagsbeschlusses der SPD liegt vor allem darin, daß die Partei den Kampf um die Verfassungsbegriffe offenbar neu führen will. Damit sich aber die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Berufsverbotegegner wirklich verändern, wird es auf die Praxis ankommen.

Die veränderte Situation in Hamburg läßt hoffen. Was allerdings im Bereich von Bahn und Post geschieht, verstößt oft gegen die Beschlüsse der SPD. Der zuständige Minister ist entweder nicht willens oder nicht in der Lage, für die Einhaltung des Beschlusses der Partei zu sorgen. Wenn hier nicht schnellstens Änderungen sichtbar werden, muß er zurücktreten. Andernfalls wäre die Glaubwürdigkeit der SPD aufs höchste gefährdet.

Daß überdies Kampf um eine veränderte Praxis um die programmatischen Schwachstellen des Beschlusses nicht vergessen werden wird, liegt auf der Hand. Das geltende Beamtenrecht des Bundes und der Länder, vor allem die zitierte Gewährbiete-Formel, die aus dem Faschismus stammt, muß weg.

Konkret 04/79, S. 28

Martin Walser

... bis die Welt in zwei Saucen zerfällt

Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Fernsehsendern? Das Ergebnis wäre eine »Bild«-Zeitung im TV-Format

Man muß der Bundesrepublik nachsagen, daß sie in ihrer Entwicklung einige Problemfelder mit lernfähiger Festigkeit passiert hat. Die Bundeswehr wurde trotz allem keine Schule der Reaktion. Die sogenannten alten Nazis wurden durch Integration in halbwegs mitlaufende Demokraten verwandelt. Das Adenauer-Fernsehen wurde vermieden. Die krampfhaften mechanischen Wiedervereinigungsreflexe sind sanft verschwunden. Die freie Marktwirtschaft ist zwar noch keine soziale geworden, aber das an Gottvertrauen erinnernde Marktvertrauen eines Ludwig Erhard ist auch in der CDU/CSU so absolut und blank nicht mehr anzutreffen: es gibt immer weniger Politiker, die alles von der Konkurrenz erhoffen; Erhard dagegen sprach seinerzeit vom Wettbewerb wie der Führer von der Vorsehung. Auch dem Radikalenerlaß, der Berufsverbotshysterie, hat sich die Republik gewachsen gezeigt.

Wir sind da noch nicht durch, aber das Klima verschlechtert sich schon weniger rapide als in der Mitte der Siebzigerjahre. Das kommt fast schon einer Verbesserung gleich.

Jetzt kommt allerdings ein Problemfeld auf uns zu, das den Rang einer schwarzen Wolke hat: der Angriff der CDU/CSU auf die öffentlich-rechtliche Verfassung unserer Rundfunkanstalten. Mich erstaunt am meisten, daß den Wortführern dieser Kampagne - anders kann man, was da mobil gemacht wird, nicht nennen - aus den Reihen der Christdemokraten nicht widersprochen wird. Ich kann nicht glauben, daß Pädagogen, Ärzte, Psychologen, Juristen, die den Christdemokraten nahestehen, diese Kampagne unterstützen oder dulden, nur weil sie deren unausgesprochenes, aber offensichtliches Motiv (mehr Medienmacht, dann kriegen wir die Macht in Bonn) für einen Wert halten, dem alles geopfert werden muß.

Eines der lautesten Argumente der Kampagnenführer stammt aus der untersten Erhard-Schublade: die öffentlich-rechtliche Verfassung der Rundfunkanstalten stamme aus einer Zeit, da Kanäle Mangelware gewesen seien; jetzt, angesichts des bevorstehenden Kanäleangebots sei Konkurrenz geboten. Nicht Abschaffung der öffentlich-rechtlichen Verfassung, sondern Zulassung einer Konkurrenz in privaten Händen. Zulassende Instanz: die jeweilige Staatskanzlei. Dem Pluralismus und der Ausgewogenheit zuliebe.

Nun wissen alle, daß die den Privathänden anvertraute Zeitungslandschaft von Jahr zu Jahr unpluralistischer und unausgewogener wurde. »In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Zeitungen in diesem Lande glatt halbiert«, schreibt Peter Riemer in der »Frankfurter Rundschau«. Kritisieren möchte ich in dem Satz nur das rückbezügliche *sich.* Da aber nicht weniger Zeitungen gelesen werden, kommen jetzt mehr Zeitungen aus weniger Verlagshäusern. Pressekonzentration. Die Tendenz dieser Monopolisierungsbewegung kommt den Konservativen gelegen, also ruft da niemand nach Ausgewogenheit.

Die IG-Druck und Papier hat untersuchen lassen, wie Tageszeitungen während eines Streiks tendierten: 83 Prozent für die Unternehmer, 17 Prozent für die Gewerkschaft. 4,6 Unternehmer-Argumenten entsprach ein Argument der Gewerkschaften. Da dieses Ausgewogenheitsverhältnis dem Zahlenverhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer ganz und gar nicht entspricht, kommt hier ein Machtverhältnis zum Ausdruck, das unter den Etiketten *Pluralismus* und *Pressefreiheit* und *Marktwirtschaft* tabuisiert wird.

Die »Bild-« Zeitung ist sicher der getreueste Ausdruck des Konkurrenzwesens auf dem Medienmarkt. Man kann wohl nichts erfinden, was so konkurrenzgetrimmt ist, also so marktkonform, also so markttypisch, also so kennzeichnend für das, was bei Medien durch Wettbewerb entsteht, wie die »Bild-« Zeitung. Oder ist das so ungerecht, wie wenn man sagen würde, der Vatikan sei kennzeichnend für das, was herauskomme, wenn eine Religion auf Nächstenliebe gegründet werde?

Aber eines wird man wohl behaupten dürfen: wenn Konkurrenz ein aus unserer Natur bis jetzt noch nicht wegzudenkender, notwendiger Reiz sein sollte, so gilt das doch nur für Macher. Miteinander konkurrierende Tätige können einander unter vernünftigen Bedingungen vielleicht steigern. Preis und Qualität des Rasierapparates, Kühlschranks, Autos usw. werden dadurch vielleicht so verändert, daß der Verbraucher den Nutzen hat. Das Verhältnis von Qualität und Preis ist feststellbar. Jeder Autofahrer weiß das. Der Konsument entscheidet, welches Verhältnis ihm am liebsten ist. Will er Sicherheit, Schönheit, Dauer... Man kann sich keinen Rasierapparat denken, der durch Konkurrenzdruck so ausfiele, daß er dem Käufer mehr Schaden als Nutzen brächte. Bei der Zeitung und beim Fernsehprogramm ist das denkbar. Und der Schaden vieler einzelner wäre ein gesellschaftlicher, ,also ein politischer Schaden.

In den USA gibt es schon Privatklagen gegen Fernsehgesellschaften, die sich auf solchen Schaden gründen. Es ist jedesmal moralischer Schaden. Die Psychologen haben längst untersucht, wie Fernsehserien wirken, die ihre Zuschauer durch Gewaltreize gewinnen. Man muß sich schon einmal ein paar Wochen vor einem Fernsehapparat in Manhattan aufgehalten

haben, um ahnen zu können, was es bedeutet, wenn die Nachricht und der Kommentar zu Waren werden, die unter Konkurrenzbedingungen angeboten werden. Die typischsten Konkurrenzsymptome im amerikanischen Fernsehen sind, nach meiner Meinung, an Samstagvormittagen an Kindersendungen zu beobachten. Die konkurrierenden Gesellschaften haben offenbar festgestellt, daß die US-Eltern am Samstagmorgen gern ihre Ruhe haben, also wenden sie sich an die Kinder. Mit einem überwältigenden Angebot, in dem die Welt in zwei Saucen zerfällt, eine gute und eine böse. Und diese Saucenschlacht wird so scharf serviert, daß ein Kind schlechterdings nicht dagegen ankann. Es muß zuschauen.

Die Amerikaner wehren sich inzwischen. Ich habe nie eine schönere und ergreifendere Bürgerinitiative erlebt als die in West Virginia, die sich zum Ziel setzte, Mitbürger als Abonnenten für den Public Channel zu gewinnen. Dasaßen samstags und sonntags 20 bis 30 Leute in einem Raum an Telephonen und nahmen Anmeldungen entgegen. Einer redete zwischen den sehr guten Programmen auf die Zuschauer ein, klärte auf, gab durch, wieviel inzwischen wieder Mitglieder geworden waren, teilte mit, welche Prämien auf neue Mitglieder warteten. We do haue a few incentives: T-shirts, Bildbände über Pittsburgh, *Wine, Women and Songs* von Johann Strauß. Pledge Now! Im Jahr davor hatten sie 435000 Mitglieder auf diese Weise geworben. In diesem Jahr (1976) wollten sie die Million überschreiten. Channel 13 WQED. All our programs are uninterrupted. Aber viel wichtiger: es sind ganz einfach andere Programme. Ruhige. Ungehetzte. Einer der Werbenden - alle ehrenamtlich, just people who haue given up their afternoon - sagte: Public TV is a happy medium.

Der Staat, das Federal Government, gibt sich freundlich: was man dem Channel 13 zahlt, kann man von den Steuern abziehen. Und für 100 private Dollars schießt der Staat 40 öffentliche zu. The community has a right to stay an the air. So ist es. Aber wenn man dieses Recht einmal ausgehöhlt hat, ist es schwer, es wieder wirksam werden zu lassen. Ich möchte jedem CDU-Mitglied empfehlen, sich in den USA die Kinderprogramme der Privatgesellschaften anzusehen und sie zu vergleichen mit dem Kinderprogramm des Public Channel, etwa mit dem herrlichen, ganz von Kindern gestalteten Programm ZOOM.

Ich bin überzeugt, daß man danach nicht mehr argumentieren müßte. Aber wenn man nicht weiß, was eigentlich auf einen zukommt, wenn man nur hört: Private Medienmacht bringt uns zurück an die Regierung!, dann ist man offenbar bereit, ein so wertvolles Gut zu riskieren, wie es die Freiheit vom Warenkonkurrenzdruck doch ist. Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen Anstalten, ja! Konkurrenz mit privaten Unternehmern? Man darf wohl sagen, daß die »Bild«- Zeitung dann in ihrer Bildschirm-Version unvermeidlich ist. Das ist unter dem Anpassungsdruck, der dann herrscht, das Wahrscheinliche. Und dazu sagen die führenden christlichen Politiker aus purem Machtheißhunger ja. Und die Basis schweigt. Die CDU/CSU Kultusminister schweigen. Oder stimmen zu? Das wäre nicht zu fassen.

Aber schweigen nicht auch die Zeitungen? Die Journalisten? Die Intellektuellen? Wo sind sie, die kühne Organisations-Utopien diskutiert haben in den Jahren von 1960 bis 70? Benjamin und Brecht zitiert! Demokratie-Modell geträumt! Jetzt wird das schlichte Unvollkommene, aber höchst Entwicklungswürdige bedroht, das wir schon haben. Ist das den Feinsinnigen keine Handbewegung wert? Geht man so mit Errungenschaften um? Public TV is a happy

---

Dieser Beitrag erscheint demnächst auch in einem rororo-aktuell-Band, der von Michael Wolf Thomas herausgegeben wird: »Die Verteidigung der Rundfunkfreiheit«, ca. 190 Seiten, 5,80 Mark

Konkret 04/79, S. 30

Friedrich Knilli

Hicks bleibt Hicks

Springers Star-Zeichner Wolfgang Kerschbaum, alias Hicks, wird demnächst 70. Friedrich Knilli hat ihn besucht

Es gibt schon wieder gutbürgerliche Speiselokale, wo das Judenblut vom Messer spritzt und sich herzkranke SS-Greise über solchen Witzen totsaufen: »Eine schöne junge Jüdin und deren alte, häßliche, aber noch jungfräuliche Tante werden von der SS vergewaltigt. Das zarte Judenmädchen wehrt sich und fleht um Hilfe, aber die häßliche Alte beruhigt sie mit den Worten: 'Zieh dich aus, Dummerchen. Die SS hat ihre Befehle. Pogrom ist Pogrom.'« Und die Kindeskinder der Schlächter von Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Majdanek, Belzec haben inzwischen an gutbürgerlichen deutschen Schulen schreiben gelernt: »Es gibt nichts Schöneres auf Erden, wenn Juden vergast werden.« Oder: »Vergast Still, das Judenschwein!« (Still ist der Name eines jüdischen Gastlehrers in einer Berliner Schule).

Es ist ein Judenhaß wie zu den wollüstigsten Zeiten des »Stürmers«, ein Antisemitismus, den die Massenmedien bisher ignorierten und den sie nun seit »Holocaust« geschickt vermarkten. »Bild« am 14. Februar: »Während sich die Politiker noch die Köpfe zerbrechen, wie man neonazistische Ausschreitungen an unseren Schulen stoppen kann, hat sich Intendant Karl Vibach vom 'Theater des Westens' einen geschmacklosen Werbegag für das Musical `Cabaret' ausgedacht: Er ließ an Berliner Litfaßsäulen Plakate kleben, auf denen Adolf Hitler lächelt - eingebettet in einen großen Strauß bunter Rosen, unter einer Charleston-Schönheit!« Und zwei Tage später die »Welt«: »Hitler-Plakat verstößt gegen den guten Geschmack«. Die Sensibilität überrascht bei einem Blatt, das immerhin seit über zwanzig Jahren einen Plakatmacher und Karikaturisten bezahlt, der den »Nazi-Strich nicht verlernt hat« (Bölling).

Wolfgang Hicks, geboren 1909 in Hamburg, Satiriker aus Neigung, ein Autodidakt, der mit einer Karikatur für »Hackebeils Illustrierte« debütierte. Später arbeitete er unter anderem für das »Echo der Woche«, ein illustriertes Unterhaltungsblatt der SPD in Hamburg. Hier prügelte Hicks die Nazis.

Ein Beispiel: Zwei Arbeiter lesen NSDAP-Plakate mit der Aufschrift »Ausrottung der marxistischen Pest«, »Zerschlagt das Zentrum« und »Vaterlandsverräter vernichten!« - Fragt der eine: »Die Hälfte des Volkes will man vernichten.

Ist das nun die Lösung des Arbeitslosenproblems oder die Einigung Deutschlands...? (1933).

Und: Nietzsche contra Wagner im Wolkenhimmel: »Meister, das Glück ist Ihnen doch treu. Sogar zu Ihrem Gedenkjahr da unten haben Sie gerade wieder das, was Sie so lieben: Helden mit viel Stimme, Deutsch mit Phrase, laute Musik und die ganze Aufführung von einer Realität, die nicht einmal vor Menschenleben haltmacht!« (1933).

Solche Anti-Hitler-Karikaturen brachten Hicks rund zweieinhalb Jahre Arbeitsverbot. später mit Sport- und Filmzeichnungen über Wasser« und benutzte 1936 eine Reise nach New York, um seine Chancen in der Neuen Welt zu sondieren. Immerhin hatte er im Gepäck einen in Leder gebundenen Katalog über die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen, herausgegeben von der Zigarettenfabrik Reemtsma, mit Zeichnungen von ihm. Aber jüdische Emigranten warnten ihn vor Illusionen, und die amerikanischen Auftraggeber verlangten Böses. Hicks: »Sie hätten mich genommen. Aber ich hätte gegen Deutschland zeichnen müssen. Es war mir ein unangenehmes Gefühl, gegen Deutschland zu sein.«

So fuhr Hicks wieder heim nach Deutschland und machte Karriere als Karikaturist für Unterhaltungsblätter wie »Die Koralle« und die »Hamburger Illustrierte«. Er belustigte sein Publikum vor allem mit Tier-Erotik und sonstigen Anzüglichkeiten.

Mit dem konfektionierten Humor der kapitalistischen Unterhaltungsindustrie, mit Sport- und Filmzeichnungen machte sich Wolfgang Hicks bis 1939 einen Namen. Bei Kriegsausbruch wurde er in das Propagandaministerium gerufen und belehrt, daß Hitler in der politischen Karikatur eine wichtige Waffe sähe. Hicks: »Mein Einwand, dieser Aufgabe nicht gewachsen zu sein, wurde eindeutig drohend dadurch entkräftet, daß man mir meine Anti-Hitler-Karikaturen aus dem »Echo der Woche« vorhielt. Außerdem erinnerte man mich an die Emigration meiner Mutter mit meinem jüdischen Stiefvater nach Holland (wo beide nach dem deutschen Einmarsch ins KZ kamen).«

Hicks versuchte, sich durch eine freiwillige Meldung zum Militär dem PM entziehen, wurde aber 1940 uk gestellt für politische Karikaturen. Und der Karikaturist, der einmal fleißig gegen den Faschismus zeichnete, kämpfte nun mit seinem ganzen Witz dafür. In der »renommierten« Wochenzeitung »Das Reich« entstand der Strich, den er noch heute in der »Welt« so treffsicher führt, mit Karikaturen gegen die Feinde Deutschlands: Alliierte, Kommunisten, Plutokraten und Juden.

Hier einige Beispiele: Ein Jude bereitet sich für die Musterung vor und wäscht sich die Füße. Seine Familie staunend: »Die Füß mußte dir auch waschen, Moische, den Tod wirste dir holen dabei, und wer hat schuld? Die Nazis..« Oder die Karikatur mit dem Titel »Der Weise aus dem Morgan-Lande« : Es zeigt einen jüdischen Kapitalisten von hinten, der an

einem Faden ein sinkendes Kriegsschiff und einen steigenden Beutel mit Dividenden hält. Sein Kommentar: »Wo etwas sinkt, muß etwas steigen...!« Oder die beiden englischen Erzbischöfe, die vom Flugplatz eilend rufen: »Die Bomben für den Kontinent sind gesegnet, jetzt schnell zum Protest-Gebet gegen `V l' ...«Oder die Szene mit dem Titel: »Jüdische Emigranten 1941«. Sie zeigt einen schmierigen Juden im »Stürmer«- Stil. Er sitzt in einem Polstersessel und zeigt seiner fetten Schleiertänzerin die Zeitung, wahrscheinlich die Börsenberichte. Durch das Fenster sind rauchende Ruinen zu sehen: Während die Nichtjuden krepieren, machen die Juden Geschäfte. Aber nicht nur den Juden, auch den Sowjets, den Kommunisten geht Hicks an den Kragen. Unter dem Motto »Der moderne `Wilhelm Tell' « zeigt Hicks einen brutal aussehenden Untermenschen, möglicherweise einen Politkommissar, der gerade ein Kind umbringt. Mit Genickschuß.

Einige von diesen antisemitischen Karikaturen sind signiert, andere nicht. Hicks streitet auch hier die Urheberschaft nicht ab: »Ich will noch nicht einmal sagen, ich habe es nicht gemacht. Es ist denkbar..« Seine Entschuldigung ist wenig originell: »Eine antisemitische Karikatur war eben während des Krieges eine reine Schutzsache. Erich Oser, der hat sich das Leben genommen, für mich war das...« .

Nach der Zerschlagung des Dritten Reiches und der Restauration des deutschen Kapitalismus im Westen gehörte Wolfgang Hicks zu jenen Intellektuellen und Medienmachern, die sich mit Heil Hitler ihren Namen und nun mit Grüß Gott und Guten Tag an die Weiterarbeit machten. Hicks war »Zeit«-Karikaturist, von der ersten Nummer 1946 bis 1957, bis ihm die wirtschaftliche Lage dieses Wochenblattes zu unsicher wurde und er zur »Welt« umzog, was aber keinen Gesinnungswechsel zur Folge hatte.

Er blieb seinen Themen treu: Er zeichnete weiterhin für Deutschland und gegen seine falschen Freunde und erkennbaren Feinde, für den kleinen Mann und gegen die Großen in Politik und Wirtschaft. Er war antikommunistisch, so wie er es im »Reich« gelernt hatte. Vom Antisemitismus des »Reichs« blieb der Antikapitalismus erhalten, nur fehlten den Kapitalisten die »Stürmer«- Nasen, die aber dann und wann doch wieder Platz nahmen, etwa bei einer Karikatur Sebastian Haffners. Hicks: »Ich war ganz überrascht, von ihm zu hören, daß er Jude war. Das wußte ich gar nicht.«

Jungbürger und Liberale unterstellen gern, daß Karikaturen Ausdruck der Persönlichkeit des Zeichners sind. Tatsächlich aber sind sie Ausdruck einer Marktlage innerhalb der kapitalistischen Unterhaltungsindustrie. Jungbürger und Liberale unterstellen auch, daß der deutsche Faschismus ein Betriebsunfall war und mit Hitler & Co erledigt ist. Diese Personalisierung ist nicht neu. In einem Flüsterwitz aus der Nazi-Zeit unterhalten sich zwei Wiener Juden darüber, was mit Hitler nach dem Sieg der Alliierten geschehen wird.

»Natürlich wird er aufgehängt«, sagt der eine.

Der andere denkt eine Weile nach und sagt: »Mir würde es genügen, wenn ich nach dem Krieg im Kaffeehaus sitze und ein Herr kommt an meinen Tisch und fragt: »Verzeihen Sie, ist die Zeitung frei?« - und ich kann antworten: »Für Sie nicht, Herr Hitler!«

Hitler wurde nicht aufgehängt. Und es gab auch keine Juden, die im Kaffeehaus saßen. Sie waren vertrieben oder ermordet worden. Verschont blieben nur die Kaffeehausbesitzer und Zeitungsbesitzer. Wie Hicks' Arbeitgeber, Axel C. Springer. Heute gibt er eine Menge Geld aus für die Versöhnung mit den Juden. Die »Nationalleitung«, Verrätern auf der Spur, druckte nach, was unter Springers politischer Verantwortung am 1. März 1937 in den »Altonaer Nachrichten« stand, nämlich, daß »die sowjetische Außenpolitik von Juden gemacht wird und jüdischen Zwecken dient. Die tatsächliche Einheit von Bolschewismus und Judentum wird damit aufs klarste bewiesen. «

Nicht nur Wolfgang Hicks blieb bei seinem Strich.

Friedrich Knilli untersucht in einem Lehr- und Forschungsprojekt »Wirkungsweisen antisemitischer Witze und Karikaturen« und veröffentlicht hier Zwischenergebnisse seiner Recherchen

Konkret 04/79, S. 33

Karin Reschke

Angst kriecht von innen herauf

Über Peter Lilienthals »David«, auf der Berlinale mit dem goldenen Bären ausgezeichnet, und über Klaus Emmerichs »Die erste Polka«

David ist die Überlebensgeschichte eines jungen Juden, geboren in Liegnitz. Im Jahre 1933 zehn Jahre alt, wird er von einer Meute Hitlerjungen auf der Straße überfallen und als »Judenschwein« zusammengeprügelt. David ist naiv genug, diesen Moment des Schreckens wieder zu vergessen. Doch die Schrecken kommen nach und nach über die gesamte Familie. Der Vater, Rabbiner in Liegnitz, muß zusehen, wie die Synagoge in Brand gesetzt wird, er selbst wird ins KZ verschleppt; nach einiger Zeit wieder entlassen, versucht er seine Familie mit seiner Überlebenskunst aufzuheitern. Er berichtet nicht von den Qualen im KZ, er lüftet nur kurz den Hut, während er einsam am Tisch seine Suppe löffelt, und zeigt nur für einen Augenblick das von den Nazischergen eingebrannte Hakenkreuz auf dem kahlgeschorenen Schädel. David geht nach Berlin, und in die Nähe von Berlin auf eine jüdische Landwirtschaftsschule, um sich für die Umsiedlung nach Israel in ein Kibbuzim ausbilden zu lassen. Alle glauben, daß sie noch heil aus Deutschland herauskommen, nach Amerika oder nach Israel.

Lilienthal führt keine Historie der deutschen Schande vor, er läßt uns unmittelbar an Davids ungläubigen Erstaunen über die politische Entwicklung teilhaben. Wir sehen mit Davids Augen das Unheil heraufziehen und wissen nicht mehr über Deportation, Endlösung, Ausrottung als David selbst. Das entspricht zum einen, was die Generation unserer Väter und Mütter immer wieder behauptet: von nichts gewußt zu haben - und was sich so beharrlich in unseren Köpfen festgesetzt hat; zum anderen spüren wir in den Andeutungen von Verschleppung die Bedrohung und Vernichtung. In einer eindringlichen Szene sieht man, wie die Landwirtschaftsschule von den Deutschen aufgelöst wird und wie die jungen Menschen in ein Lager abgeführt werden. Als sie durch das Tor des Lagers gehen, fassen sie sich alle um die Schultern und man bekommt das beklemmende Gefühl, daß sie sich bis zum Ende ihrer Angst auch nicht mehr loslassen werden.

David überlebt. Er leistet passiv-aktiven Widerstand, versteckt sich Tage und Monate überall und nirgends und hat Glück: Er wird von einem Unternehmer in Privatinitiative gerettet und kann mit falschen Papieren ausreisen.

Lilienthals Stärke ist es, Demütigung, Unterdrückung, zunehmende Vereinsamung, die Ohnmacht der Verfolgten so zu zeigen, daß keine Rührseligkeit aufkommt. Die Angst kriecht von innen herauf.

Ein anderer deutscher Beitrag auf den Filmfestspielen war Klaus Emmerichs »Die erste Polka«, nach einem Roman von Horst Bienek. Zeit: 31. August 1939, Ort: Gleiwitz in Oberschlesien. Gezeigt wird eine quirlige oberschlesische Familie bei den Vorbereitungen zur Hochzeit der Tochter mit einem einquartierten Nazileutnant. Eine von Sentimentalität und Familienbetriebsamkeit überschäumende Maria Schell als Mutter, ein sterbenskranker, von Asthmaanfällen geschüttelter Vater, Josel, der fünfzehnjährige Sohn, der von Mutter dauernd ermahnt wird, nicht die ganze Zeit bei diesen Hitlerjungen zu verbringen. Ein deutscher Alltag im Faschismus, Kleinbürger, die sich ganz ihren privaten Problemen hingeben und nicht merken wollen, daß deutsches Militär die Stadt in aller Heimlichkeit erobert hat. Nur bei Josel gibt es ab und zu lichte Momente des Erkennens, doch kann der Zuschauer nicht herausfinden, was dieser Junge wirklich sieht und wohin es ihn führen wird.

Während die kleinbürgerliche Hochzeitsgesellschaft sich ergötzt und die jungen Nazis das polnisch/oberschlesische Parkett dieser Gesellschaft erobern, beobachten die jungen Leute, ohne zu kapieren, den Weltkrieg auslösenden Überfall auf den Rundfunksender Gleiwitz. Die grauenhaften Hitler-Worte: »Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen«, sie waren auch in Liegnitz zu hören, doch die Geschichten von Lilienthal und Emmerich scheinen nicht mehr als dieses Zitat miteinander zu tun zu haben. Die von Emmerich geht in der sterilen Dramaturgie von Gleichmut und Borniertheit jungdeutscher Filmer unter, in der auch der obligatorische Jude nicht fehlen durfte, der sich selbst verleugnet, am Ende auch noch erschießt und den dicken deutschen Komplex eigentlich nur zu Grabe trägt.

Konkret 04/79, S. 34

Hermann L. Gremliza

Ponto und Zange

Über Hermann P. Piwitts neuen Roman

Ich kann nur Gedanken lesen, kurze Stücke mit Anfang und Ende, am besten Sätze. Mein letzter ganzer Roman waren die »Buddenbrooks«, vor fünfzehn Jahren habe ich auf Seite 3 der »Blechtrommel« aufgehört. Später noch geblättert, Sätze gefunden, bei Walser beispielsweise. Nur damit man weiß. Wenn drei Seiten lang kein Satz steht, geb ich auf.

Jetzt habe ich »Die Gärten im März« gelesen. Piwitt, sag ich mal, ist der beste Essayist, der heute deutsch schreibt. Und nun einen Roman. Sein Motto: Ma coraggio di vivere quello ancora non c'è« aus dem Lied »I Giardini di Marzo« von Lucio Battisti. Der italienische Saison-Schlager von 72. Den Mut zu leben gibt es noch nicht wieder.

Der Verlag hatte, höre ich, einen Schlüsselroman erwartet und deshalb eine hohe Erstauflage geplant. Tatsächlich kommen Leute drin vor, die man kennt: Etwa der Erzähler, insoweit Piwitt, als er mit Piwitts damaliger Frau verheiratet ist. Oder die Hauptfigur, Ponto, *auch* Piwitts alter ego. Der Genosse Zange trägt Pfeife und Züge des kommunistischen Schriftstellers Gerd Fuchs. Der Verleger Bruck hat Augsteins Frau und Auto, Springers Häuser und Nannens Feriendomizil. Der Dichter Pocher (bei Piwitt Autor von »Raubputz. Ein Weg zu mir«) hat was von Werner Herzog, den ich nicht kenne, und Weich, »ein Mann wie eine Ariston sechzehn Punkt auf Konzertprogrammpapier«, sieht mir schwer nach Bazon Brock aus, den ich nicht kennenlernen will. (Er erkundigt sich später bei Bruck nach dem Ausfallhonorar für einen Artikel, den er schreiben wolle.)

Dem Verlag wars nicht schlusselig genug. Jedenfalls hat er die Erstauflage zurückgenommen. Hoffentlich vergebens. Denn diese 220 Seiten Prosa sind die authentische Geschichte der ersten siebziger Jahre, die Männer-Geschichte einer Generation, unter Adolf geboren, mit Chewing gum und Dagobert Duck aufgewachsen, kolonisiert, um Heimat gebracht, später in späte Hoffnungen versetzt, fast drauf gegangen am ganz unvermeidlichen Rückschlag, sich durchs verpfuschte Leben zweifelnd, ohne Mut, doch weiterlebend.

Und einer, der's auch noch beschreiben kann. Ein Bürgersohn (Papa war 'ne lokale NS-Größe), der, so perforiert er ist, den Kontakt zur noch kaputteren Bourgeoisie nicht aufgibt, der ihre Unkultur, ihre Perversionen, ihre Dummheit genießt und beschreibt, der Kraft aus ihnen zieht zum Weitermachen.

Da gibt es Derschau, »Deutschlands größten Layouter«: »Ah, Derschau! sagte Ponto. Natur aus der Dose! Und 'Geschääft, Geschääft'! Wie alle alten und neuen Nazis: total verjudet!« Auf Brucks Party: »Jemand sagte, geh mir los mit den Linken. Die einen prassen heimlich. Und die andern verstehen nicht zu leben.« Das Buch ist voll von Sätzen, aus jedem einzelnen - als Gedanken, als Treffer - hätten Lenz oder Kempowski eine Roman-Trilogie gemacht, und ich hätte zwölfhundert Seiten durchsuchen müssen, um ihn nicht zu finden.

Des Erzählers, Pontos, Piwitts Gegenpart hat Zange, der Genosse, der nicht bei Bruck verkehrt, der Flugblätter verteilt, für Mieterinitiativen, für die Gewerkschaft, für die Partei. Der keinen Sinn dafür hat, daß sich der Erzähler »an sowas« wie Ponto »verzettelt«. Und über den Ponto, und ein bißchen auch der Erzähler, sich »bögen«, lustigmachen. Wie die allerneuesten Linken (und die besonders abgefackten) über die, die sie Traditionalisten nennen, wissend, daß diese sturen Langweiler, die in CIA-finanzierten Bitdungs-Blättern als »Paßbeamte der korrekten Klassenanalyse« verhöhnt werden, halt doch den am wenigsten korrumpierbaren Teil der alternativen Kultur ausmachen. Ganz zum Schluß sitzen sie wieder mal zusammen, der Ich-Erzähler, Ponto, Zange und dessen Frau, Lea:

Übrigens, ob ich gehört hätte, sagt Zange, daß es demnächst losgehe? Daß die Gewerkschaft neun Prozent gefordert habe? Daß die Urabstimmung schon beschlossen sei?

Aber neun Prozent, sagt Ponto, das ist doch nur der Bruchteil des Bruchteils vom tatsächlichen Wert eurer Arbeit, den ihr Lohn nennt. Ihr streikt doch gar nicht um Prozente, in Wirklichkeit, sondern um Tausendstel. Daß von den Werten, die ihr unvergütet schafft, die Mittel abgezweigt werden, mit denen man euch überflüssig macht: wie wollt ihr das länger verhindern? Ihr könnt doch um höhere Löhne nur streiken, solange ihr im Lohn steht!

Kapital, Band eins. Amen ... sagt Zange. Und zu mir: wie lange ersieh das noch anhören müsse? Ob er seine Zeit gestohlen habe? Ob das Proletariat das nötig hätte, sich von so einem Eulen nach Athen tragen zu lassen?

Lea , sagt Ponto, stell dir vor: Wenn die Maschine, an der du arbeitest, dir gehörte... Und wenn alle Maschinen im Land denen gehörten, deren Arbeitskraft sie sich verdanken: Hättest du dann etwas dagegen, wenn ihr durch Maschinen ersetzt würdet, die eure Arbeit überflüssig machen? Nein, sagt Lea , dann könnten wir ja die Maschinen für uns arbeiten lassen ...

Also *was würdest du dann gern machen? Na, vielleicht andern Leuten helfen, die mit ihrem Leben nicht zurechtkommen. Oder mal mit der Postkutsche nach Italien fahren. Oder sonst was. Ich weiß nicht. Sie lachte. Du bringst mich ganz durcheinander. Genau, sagte Zange, das ist es. Und das kommt, weil er selbst keine Ordnung halten kann, in seinen Gedanken sowenig wie im Leben.*

Piwitt hat es sich mit Zange nicht leicht gemacht. Er, läßt ihn auch gegen sich, gegen seine intelligenten, theoretisch schlüssigen Dicta recht haben. Wissen Ponto und der Erzähler, daß Zange ein Stück Heimat ist, auch für sie?

Noch ein Zitat, zum ausschließlichen Zweck, daß der, der es gelesen hat, das Buch kauft. Es geht nochmal um Pocher und seinen Roman »Raubputz. Ein Weg zu mir«,

der, wie die Kritik schrieb, in einem »einzigen romantischen Rundschlag mit alten jenen politischen Kinkerlitzchen brach, für die es in der neuen Phase des politischen Realismus und der Sachzwänge keinen Platz mehr gab«. Ob dieser Mann, der von der Frau, die ihn mit Liebe bedrängt, im tiefsten Winter zu Pferd nach Paris flieht, um dort seinen krebskranken Freund im Sterben liegend zu

finden, - ob er das selbst, Pocher, sei, wird Pocher gefragt. Ja und nein, lächelt Pochen Und auch das »Nein« stimmte. Denn Pocher floh zwar öfters vor Frauen, auch im Winter, nur nicht zu Pferd nach Paris. Sondern zurück in die Hausschuhe, die ihm Minchen unter der Heizung warmstellt.

A propos Realismus. »Die Gärten im März« sind keine linkshändige Frau. Eher ein rechtshändiger Mann, im Kampf mit seinen (unseren) Relativsätzen. Immerhin, Piwitt, i.giardini di marzo si vestano di nuovi colori.

Hermann Peter Piwitt: »Die Gärten im Märze, Roman, Rowohlt, 220 Seiten, 20,00 Mark

-

Konkret 04/79, S. 36

kultur-magazin

Clique tätig

Noch bis zum 22. April findet im »Kulturhuset«, dem gläsernen Kulturzentrum Stockholm, die Ausstellung »Deutschland, Deutschland« statt, Untertitel: »Von Karl dem Großen bis Helmut Schmidt«. Für rund 250.000 Mark haben der schwedische Fernsehjournalist Frank Hirschfeld und die beiden Stockholmer Germanisten Prof. Gustav Korlén und Helmut Müssener eine Multimedia-Schau zusammengestellt, die schon im ersten Monat mit 40.000 Gästen alle Besucherrekorde des »Kulturhuset« gebrochen hat. KONKRET fragte drei Deutsche, die in Stockholm leben, nach ihrem Urteil über die Ausstellung.

Pressesattaché Helmolt von der deutschen Botschaft: »Da ist eine Clique von Leuten tätig, die Deutschland madig machen will.«

Studien**rat Kehrer von der deutschen Schule in Stockholm** (vor Zeichnungen von George Grosz): »Schaut euch diese Fratzen an. Ein Mann, der sowas malt, will doch nur zerstören und subversiv sein.«

Peter Weiss: »Antideutsche Tendenz? Ich finde, daß bestimmte Entwicklungen in der Bundesrepublik sogar noch unterrepräsentiert sind, wie zum Beispiel die Berufsverbote und die Überwachungspraktiken.«

Prof. Dr. Dr. cens. Rebmann

Bevor sie im Februar vergangenen Jahres durch einen BGH-Beschluß beschlagnahmt wurden, hatte Yaak Karsunke sie in KONKRET als Dokument der Menschenverachtung vorgestellt: die »Texte der RAF« aus dem schwedischen Bo Cavefors Bokförlag. Jetzt soll dieses Dokument auch aus wissenschaftlichen Bibliotheken verschwinden. Zwei Exemplare der RAF-Texte besitzt die Bremer Universitäts-Bibliothek. Eins davon hat sich Ende Januar ein CDU-Student ausgeliehen und zum 13. Kommissariat der Bremer Kripo getragen. Jetzt verlangt die politische Polizei von Uni-Kanzler Maas auch die Herausgabe des zweiten Exemplars. Begründung: Indizierte Bücher dürften nur mit Genehmigung der Bundesanwaltschaft angeschafft werden - bisher ein einmaliger Fall. Entscheidet nun also Wiesbaden auch schon, was wo Gegenstand von Wissenschaft und Forschung sein darf?

Da heißt einer schon so -und dann das! Der Droemer-Verlag wirbt: »Die große Simmel-Überraschung 1979 ist da«. Und hier ist sie: »Johannes Mario Simmel, Zweiundzwanzig Zentimeter Zärtlichkeit«. Muß man das als Mann von 55 Jahren (Glückwunsch, am 7. April!) wirklich so raushängen?

art und Preise

Bertelsmann hat seine Bilanz 77/78 veröffentlicht: 3,47 Milliarden Mark Konzernumsatz. Vor fünf Jahren warens erst halb so viel. Dabei sind nur relativ bescheidene 200 Millionen Mark Umsatz an Büchern und Zeitschriften im Inland (jede dritte Mark kommt mittlerweile aus dem Ausland, nach dem Einkauf von Amerikas Marktführer Bantam-Books vor allem aus USA); aber das bedeutet immerhin, daß jedes zwanzigste Buch auf dem bundesdeutschen Markt aus dem Gütersloher Konzern für Herstellung von und Handel mit bedrucktem Papier stammt - der größte Anteil unter allen deutschen Verlagen. Und bei den Zeitschriften? Das Kartellamt setzt sein »Du, Du!« vor die Rufkauflust der Gütersloher; also machen sie sich an die Entwicklung neuer Objekte (sie müssen ja nicht alle so enden wie »Leute« - und wenn: auch recht. Bertelsmann-Chef Mohn: »Macht Verluste, macht Verluste!«). Die jüngste Produktion der Gütersloher Dependence Gruner + Jahr heißt

»art«, eine Kunstzeitschrift. Hier das Inhaltsverzeichnis der »Erstausgabe«, die sich aus begründeter Vorsicht nicht »Nullhummer« nennen lassen will: Reinhard Lila Imperial, Behr, Bitburgen Pils, Dupont, Jaguar Leyland, König-Pilsener, Dimple, Deutscher Ring, Dunhill, Burberry's, Lufthansa, Erco, Deutsche Grammophon, Piaget, Minolta, BMW, Moet & Chandon. Dazwischen Glanzkacke, daß es so seine art hat. Die Macher der Zeitschrift, ehemalige (?) Werbeleute, haben, so sagt man, in Italien angerufen, um zu erfragen, wie man »Palazzo« schreibt.

Das Wort fiel am 26. Januar 1979, ist aber allgemein gültig fürs Deutsche Fernsehen. Darum sei es hier noch einmal wiederholt:

»Herr Frenzel, das ist ja alles sehr schön, daß Sie das so ausführlich zitieren, aber wir sollten jetzt wohl ...«

(Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner zu Ivo Frenzel, der in der Holocaust-Diskussion einen Zuschauerbrief verlesen wollte, in dem es um ehemalige NSDAP-Mitglieder im Richterrat ging)

Double-bonus

Sind Sie ein *»nicht ausgereifter Mensch in einer Entwicklungskrise, einem Spannungstau oder in depressiver Verstimmung«?* Dann gibt es ein Mittel, *»momentanes Abgleiten in auffälliges (sogar kriminelles) Verhalten abzufangen«.* Statistiker und Psychologen der Mainzer Universität haben es gefunden, nach »umfassenden Untersuchungen«: Flippern. Und wer so richtig schön down ist, hat die besten Chancen, Pinball-Wizzard zu werden: Im November findet im Kurhaus Baden-Baden die »Erste Deutsche Flippermeisterschaft« statt. Der Champ darf zwei Wochen in die Spielhöllen von Las Vegas. Wo es ja bekanntlich weder auffälliges, noch gar kriminelles Verhalten gibt.

Was heißt`n hier Nazis?

»In Bayern verbietet die CSU den Film, in Köln machen das die Neonazis auf ihre Weise«, sagt Jürgen Flügge von der Westberliner Theatergruppe »Rote Grütze«, deren Aufklärungsfilm »Was heißt'n hier Liebe« im Kino des Kölner Unicenter läuft. In der Nacht zum 28. Februar brachen Jungfaschisten in das Theater ein, zerstörten die Kopie des Films und raubten die Kinokasse mit rund 10.000 Mark. Sie beschmierten die Räume mit Hakenkreuzen und teilten auch mit, wofür sie die Beute brauchen: »Geld für Waffen«.

Konkret 04/79, S. 38

Anet Bleich, Max van Weezel

Kohl in Den Haag: □ ideal□

Sind die Holländer wirklich genauso wütend wie die CDU über ihre Landsleute, die Helmut Kohl ins Schwitzen brachten? Die Amsterdamer Journalisten Anet Bleich und Max van Weezel geben einen Überblick über die Reaktion auf Bürger-Fragen und Politiker-Antworten in den Niederlanden

Dr. Helmut Kohl wollte unbedingt nach Holland: ...die Käsemädchen, die Windmühlen, Zandvoort am Meer, Rudi Carrell. Kaum hatten die Bürger gefragt, antwortete der Politiker: »Die Niederländer sind eines der am meisten europäisch denkenden Völker Europas. Sie haben einen eigenen Beitrag geliefert zur europäischen Identität. Ich bewundere ihre Freiheitsliebe, ihre Toleranz, ihre wunderschönen Blumen. « Die Bewunderung hielt nicht lange an. Aber daß sie so schnell in Haß umschlagen würde, hatten wir nicht erwartet. Scharfe Fernsehdiskussionen sind hier nichts Ungewöhnliches und Politiker werden in den Niederlanden weder mit »Exzellenz« noch mit »Herr Doktor« angeredet; wenn sie sich dem Volk stellen. Auch der Name »Bürger fragen - Politiker antworten« würde in Holland etwas servil wirken: Wenn sie ihre Frage gestellt haben, haben die Bürger brav den Mund zu halten, bis der Staatsmann gesprochen hat.

Wer in den Tagen nach der Sendung die holländische und die deutsche Presse verglich, konnte kaum glauben, daß sie über dasselbe Programm berichteten. »Bild«: »Kohl und die Chaoten«, »Welt«: »Weiberfastnachtspublikum«, »FAZ«: »geballte Ladung linker Intoleranz«. Und manche deutsche Zeitungsredaktion wurde überhäuft mit Briefen von Holländern, die Scham bekundeten für die Ungezogenheit ihrer Landsleute. Das mag für Springer-Leser ganz tröstend gewesen sein, repräsentativ für die Reaktionen in Holland selbst war es gewiß nicht. Unsere Zeitungen haben solche Briefe nämlich kaum bekommen.

Unter den holländischen Blättern gab es nur ein einziges, das ähnliche Kritik an Kohls Diskussionspartnern übte: der für niederländische Verhältnisse äußerst rechts stehende »Telegraaf«. Schon im Kriege zeigte diese Zeitung viel Verständnis für die Herrschenden in Deutschland. Nach 1945 durfte sie wegen Kollaboration mit den Nazis vier Jahre nicht erscheinen. Jetzt ist man wieder da unter dergleichen Führung und vertritt die Ansichten der konservativsten Teile der niederländischen Bourgeoisie. Dem »Telegraaf«-Kommentar wurde -als einzigem -die Ehre zuteil, in »FAZ«, »Bild« und »Welt« ausführlich zitiert zu werden: »Ein Skandal!« Und: »Die offenbar sehr antideutschen Fragesteller unterzogen Kohl einem Kreuzverhör und zeigten dabei großen Mangel an Achtung gegenüber einem prominenten westdeutschen Politiker.«

Entgegengesetzte Meinungen fanden leider nicht ihren Weg in die westdeutsche Öffentlichkeit. Die links-katholische »Volkskram« zum Beispiel, die vor allem von Studenten und Gewerkschaftern gelesen wird, war mit der Kohl-Sendung sehr zufrieden. Der Renzensent verglich das Programm mit dem Fernseh-Debut des holländischen Oppositionsführers, des Sozialdemokraten Joop den Uyl, für deutsche Zuschauer im vergangenen Oktober: »Diese Sendung war schon ein interessantes Fernseh-Ereignis, die Debatte mit Kohl war noch viel besser. Beide Seiten reagierten scharf. Ein solches Programm ist wirklich ideal fürs Fernsehen und sollte auch in Holland sofort ausgestrahlt werden«.

Und die eher rechts-sozialdemokratische Amsterdamer Tageszeitung »Het Parool« bedauerte zwar, daß im Publikum Stichworte wie Stammheim-Morde und Isolationsfolter geäußert wurden, aber: »Andererseits ist auch die Erregung der holländischen Fragesteller verständlich, die anhören mußten, wie Kohl die Verjährung von Kriegsverbrechen einfach als ein juristisches Problem abhandelte und sich verstieg zu der Behauptung, daß die CDU aus dem antifaschistischen Widerstand hervorgekommen sei. Letzteres ist bestimmt nicht der Fall«.

Was sagten die Politiker? »Bild am Sonntag« wußte den holländischen Botschafter Baron van Lynden zu der Aussage zu bewegen, daß die Fragesteller »nur eine kleine Gruppe der niederländischen Bevölkerung ausmachen; wir alle wissen ja daß Dreiviertel der Deutschen nichts mit dem Krieg oder mit den Nazis zu tun gehabt haben«. Stimmt, aber angegriffen wurde während der Sendung nicht das deutsche Volk, sondern die Politik, die noch immer von der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik gemacht wird: die Berufsverbote, die Toleranz den alten Nazis gegenüber, den militante Antikommunismus, die Versuche, ganz Westeuropa das Modell Deutschland aufzuzwingen

Reservierter als der Botschafter zeigte sich der rüederländische Ministerpräsident van Agt. Der Premier, selbst auch Christ-Demokrat, traf sich unmittelbar nach der Sendung mit dem verärgerten Kohl in einem eleganten Haager Restaurant. »Nur Kommunisten und Sozialisten waren es, die mir da gegenüber saßen«, beklagte sich Kohl. Aber Van Agt fragte: »Was erwarten Sie, wenn Sie in Holland mit solchen Ansichten über Radikalenerlaß und Nazismus hervortreten? «

Auch der holländische Außenminister van der Klaauw wollte nicht vollends von seinen widerspenstigen Mitbürgern abrücken: »Wir haben den Krieg erlebt und nachher das mühsame Wiederanknüpfen der Beziehungen mit den Deutschen. Das ist für uns nicht alles vorbei. Humanitäre Prinzipien sind in Holland sehr wichtig, und viele Jugendliche kritisieren die Bundesrepublik, weil sie den Eindruck haben, daß diese Prinzipien dort nicht immer voll respektiert werden«.

Der wirkliche Skandal fing in Holland erst zwei Wochen nach dem Kohl-Besuch an. Der Haager Korrespondent der »Frankfurter Rundschau« enthüllte, daß das ZDF in ultimativer Weise die Namen der Diskussionsteilnehmer angefordert hatte. Angeblich wollte man so den Kritikern aus CDU und CSU klarmachen, daß die Zuschauer in ihrer Mehrheit keine Terroristen waren. (Die beschimpfte Fragegruppe bestand übrigens ausschließlich aus Sozialdemokraten - darunter die persönliche Referentin des Fraktionsvorsitzenden, - und aus Christdemokraten)

Daß Leute, die eine Einladung des ZDF für ein Live-Programm akzeptiert haben, damit belohnt werden sollen, daß sie womöglich in einen Computer des Verfassungsschutzes eingespeichert werden, das ist doch wirklich etwas schwer zu verstehen.

Konkret 04/79, S. 39

Günter Wallraff

Vampire

Neues von den »Bild«-Beschaffern

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit erkläre ich, Lothar Schindlbeck, über die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung belehrt und in Kenntnis dessen, daß diese eidesstattliche Versicherung bei Gericht. vorgelegt werden soll, folgendes:

...Geschichten wurden von mir in meiner Eigenschaft als Redaktionsleiter nicht umgelogen... !

Gerade mir zu unterstellen, daß ich besonders darauf aus war, Gewalt- und Kapitalverbrechen in der Bild-Zeitung zu veröffentlichen, ist schon ein starkes Stück. Wenn wirklich Kapitalverbrechen vorlagen, die auch sonst durch die gesamte Presse gehen, wurden diese selbstverständlich schon zur Unterrichtung der Bevölkerung gebracht. Sonst habe ich mich immer bemüht, Berichte über Verbrechen nicht in auffälliger Form ins Blatt zu bringen ...

Und so fort. Die Eide meines »Thomas Schwindmann« und seiner Helfershelfer füllen inzwischen Aktenbände. Für den vorsitzenden Richter des Hamburger Landgerichts, Engelschall, waren sie neben dem »Tatbestand des Einschleichens« die Rechtsgrundlage, mein Buch über die »Bild«-Zeitung nun endgültig verbieten zu lassen. Nachdem der Hamburger Presse-Richter seine Pflicht getan hatte, wurde sein Töchterlein in die Hamburger »Bild«Redaktion aufgenommen. Ich finde es ja auch bedauerlich, daß es im wirklichen Leben oft so platt und übertrieben zugeht wie in schlechten Romanen.

Aber die Dramaturgie der Realität geht mir entschieden zu weit, wenn der stellvertretende Redaktionsleiter in Frankfurt, der einen Einbruch zwecks Fotobeschaffung zu verantworten hat, um der »Bild«Horrorgemeinde einen ehemaligen Drogensüchtigen als blutrünstiges Monster zu verkaufen, ausgerechnet wieder mein Thomas Schwindmann aus Hannover ist.

Journalisten aus Zeitungen und Rundfunk, die glaubten, mich daraufhin als »Experten« konsultieren zu können, mußte ich klarmachen, daß es falsch sei und einer Dämonisierung gleichkomme, wollte man aus Schwindmann-Schindlbeck nun einen besonders blutrünstigen »Reporter des Satans« machen. Hiermit erkläre ich, Günter Wallraff, alias Hans Esser, an Eides statt: daß Lothar Schindlbeck, alias Thomas Schwindmann, in dem ganzen verkommenen »Bild«-Panikorchester wirklich keine Ausnahme und Besonderheit darstellt. Schwindmann ist in seinem Umfeld mittlerer Durchschnitt, weder durch besondere Phantasie noch durch übermäßige Brutalität aus dem Rahmen fallend. Er ist nur Angestellter, leitender Blattmacher, wobei das Blatt mehr ihn, als er das Blatt macht. Das besondere und bisher einmalige des Falles liegt lediglich darin, daß ein bundesdeutscher Staatsanwalt es wagt, es mit dem Ober- und Scharfrichter der Nation (»'Bild' ist Berichterstatter und Richter zugleich«, Zitat aus einer von 'Bild' in Auftrag gegebenen Analyse) aufzunehmen. Während Schwindmann wieder mal ins »Bild«-Hauptquartier zurückkommandiert wurde und im Stubenarrest unter Aufsicht der Rechtsabteilung zehntausendmal schreiben muß »Ich darf mich nicht erwischen lassen«, ist das profaschistische Blatt weiter auf der Suche nach Opfern - der wahre »Vampir«: seinen willenlos gemachten über 14 Millionen. Lesern Tag für Tag Hirn, Verstand und Phantasie abzapfend.

Im vorigen Herbst stellte die Frankfurter »Bild«-Redaktion Kontakt zu außerplanetarischen Wesen her: da wurde von einem Redakteur kurzerhand auf dem Dach der Neu-Isenburger Redaktion eine Plastikscheibe in die Luft geworfen, und ein Fotograf bannte die »Fliegende Untertasse« mit Skyline-Panorama Frankfurt im Hintergrund auf den Film und in »Bild« am nächsten Tag, als echt veröffentlicht, den Lesern ins Hirn.

Bei »Bild«-Frankfurt saß eine verhältnismäßig neu zusammengewürfelte Mannschaft einschlägig bekannter Jungs aus Springer's Zwinger. Dressiert darauf, die neugegründete Lokalausgabe in kürzester Zeit zu marktbeherrschender Auflage hochzupuschen. Django-Dregger als Schutzpatron im Hintergrund mit dem Wahlspruch: »Auf die 'Bild'-Zeitung kann man sich verlassen.«

Der blutrünstigen Meute gelingt es auch nach 1 1/2 Jahren, die »Bild«-Lokalausgabe mit 230.000 Auflagen, an die Spitze der Frankfurter Zeitungen zu drängen.

»Erfolgreiche Massenblätter müssen nach einem bestimmten Stiefel gemacht werden. Man darf weder Fotos noch Bildbeschaffung auf eine zahme und appetitliche Weise betreiben ... Wenn Sie an Menschen ran wollen, sind Sie immer brutal!«

Wolf Schneider, ehemaliger Chefideologe und Sondereinsatzleiter im Hause Springer, heute Ausbildungsleiter einer neugegründeten Journalisten-Kadettenanstalt des Verlagshauses Gruner + Jahr, in einem Interview mit einer Schülerzeitung.

Nach Schneiders Erfolgsrezept gingen die Frankfurter »Bild«-Kulis anschaffen, als es darum ging, einen ehemaligen Drogensüchtigen zum Monstrum hochzustilisieren.

Da war ein junger Mann, der eine Schule für drogengefährdete Jugendliche besuchte, wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz in Verdacht geraten und aufgrund eines Haftbefehls am 30. Dezember inhaftiert worden. Die Tatsache, daß die Polizei bei der Festnahme in seiner Wohnung auch mehrere Ampullen mit Blut und Spritzen gefunden hatte, schlug sich im Polizeibericht unter dem reißerischen Begriff »Gruselkabinett« nieder. Da spürte ein übereifriger Polizeibeamter allem Anschein nach instinktiv, was er der » Bild«-Zeitung schuldig war.

Und »Bild« hatte Blut geleckt. »Deutscher Schüler trank Mädchenblut« lautete am 3. Januar in »Bild« der Aufmacher auf Seite 1, daneben bereits ein Foto des zum »Vampir von Sachsenhausen« dämonisierten 22-jährigen Abiturienten. »Ich habe manchmal auch reines Menschenblut getrunken, weil ich gelesen hatte, daß man dann groß und stark wird«, läßt » Bild« sein Opfer, das noch nie mit einem Bildzeitungsmenschen gesprochen hat, gleich auf Seite 1 zu Wort kommen. Und um diese Aussage zu stützen, beschreibt ihn BILD als »nur 1,60 Meter groß«.

Aber diese Information für sich allein ist für den »Bild«-Durchschnittsleser sicher noch keine befriedigende Erklärung für einen so ungeheuerlichen Vorgang. Also weiter wörtliches Zitat, - der Junge ist im Knast, und wie kann sich so einer schon wehren: »Als ich noch Metzgerlehrling war, habe ich immer Ochsenblut getrunken, gestand 'Vampir' Michael K., seit ich aufs Gymnasium gehe, wußte ich mich auf Menschenblut umstellen.«

Das ist die dramaturgische Steigerung, die in jeder »Bild«-Story drin sein muß und gleichzeitig die höhere »Bild«-Logik. Die wenigsten »Bild«-Leser haben Abitur, Gymnasiasten werden in »Bild« häufiger als Negativfiguren dargestellt. Das zielt tief ins Unbewußte der Lesergemeinde. Metzger und Ochsenblut, das mag ja noch angehen, Schuster bleib bei Deinen Leisten, »Gymnasium und Menschenblut«, da haben wirs.

Den abgefeimten Gymnasiasten Michael K. läßt »Bild« die » unschuldigen minder] ährigen Mädchen« willenlos machen. Immer nach dem Prinzip: »Bild« war dabei, weiß und sieht alles. »Bild« laßt ihn das Geständnis machen, »mit einer Spritze minderjährigen Mädchen Blut aus den Adern gesaugt« zu haben. Mit »Drogen« oder »in Cola aufgelösten Beruhigungsmitteln« machte er die Mädchen gefügig, »mit Haschisch willenlos, um sie zu verführen.«

Das Erfolgsrezept von »Bild«: 'dranbleiben, hochkochen und noch eine Zugabe', wird immer gnadenloser eskaliert. »Wirklich ein makabrer Fall.« Und fettgedruckt: » Ich würde mich nicht wundern, wenn da noch Schlimmeres herauskommt«, läßt »Bild« » einen Mann von der Kripo« sagen.

Und es kommt noch schlimmer. »Bild« -findet einen geltungssüchtigen sich »Psychologen« nennenden Rufmordkomplizen, der über Ferndiagnose Michael K. unter Wissenschaftsvorwand zum »Sadisten« ernennt: »Der Berliner Psychologe Konrad Spral (54) sieht in dem Bluttrinker Michael K. einen Sadisten. Er glaubt, daß seine Freundinnen Masochistinnen waren, die Freude an körperlichen Schmerzen haben. Es kann sehr gut sein, daß das Lustempfinden bei der Blutentnahme und dem anschließenden Trinken des Blutes alle Hemmungen, wie zum Beispiel Ekel oder Angst, verdrängt hat. Auch dem Tode der Mutter des Michael K. vor 5 Jahren mißt der Psychologe eine Bedeutung zu: 'Der Tod kann ein Trauma ausgelöst haben, das die sexuellen Abweichungen noch weiter verstärkt hat'.«

Und wenn die » wissenschaftliche Grundlage« einmal da ist, fällt es »Bild« nicht schwer, noch viel weiter zu gehen. Da wird der »Blutsauger bei Vollmond und Kerzenlicht« -hier kommt Schwindmanns Handschrift zum Vorschein - mit dem 1925 hingerichteten Massenmörder Fritz Haarmann aus Hannover verglichen, dem 24 Morde nachgewiesen wurden.

» Er sah aus wie Rasputin«, lautet eine Überschrift. Eine andere: » Die Freundin des 'Vampirs': Statt Blumen schenkte er Blut.«

Und um das Bild abzurunden (schließlich verfolgt » Bild« neben Sex und Crime im Vordergrund ja auch noch dezent einen wichtigen politischen Bildungsauftrag), werden dem »Bild-Vampir« zuguterletzt auch noch politische Untaten nachgesagt, unter der Überschrift: »Fotomontagen vom Schaft und Carter«.

»Militant war sein Äußeres: Der 'Vampir' trug häufig Drillich-Kleidung! An seinen Wänden hingen Fotomontagen, auf denen Politiker (Schaft, Carter) von Polizisten verprügelt werden und der Spruch: Gehirnwäsche tut Not über dem Foto des erschossenen Harms-Martin Schleyer.«

Ich treffe Michael K. in Frankfurt, spreche mit Freunden von ihm und, laut »Bild«, von ihm » willenlos gemachten und verführten« Freundinnen. Auch ich begegne Michael zuerst mit einer gewissen Befangenheit. Man soll doch nicht so tun

-.wie manche Intellektuelle in ihrem Hochmut -, als ob diese publizistische Großmacht als Gewissen der Nation nicht jeweils Spuren hinterließe. Es bleibt immer etwas hängen. Irgend etwas muß doch schließlich dran sein.

Die Fakten: Der Haftbefehl gegen Michael K. wurde sehr bald aufgehoben, als sich herausstellte, daß der ursprünglich angenommene Tatverdacht in sich zusammenfiel. Was übrigbleibt sind: 5 schon ziemlich ausgetrocknete (und deshalb als Drogen kaum mehr wirksame Coca-Blätter), 4 Gramm Gras, schlechte Qualität, in Frankfurt angebaut, ein paar Tabletten, die noch nicht mal unter das Drogengesetz fallen. Und »die wahre Hexenküche« mit Kübeln voll Blut? »Bild«: » Einmal schüttete er drei Liter weg, weil sie so schrecklich rochen.« Dabei handelte es sich um vergammelte rote Lackfarbe. Was übrigblieb, ist eine Flasche von 200 ml (bei Blutproben werden 500 ml entnommen) eigenen Blutes, zur Haltbarmachung versetzt mit Natriumcitrat.

Michael K., an Lebensmittelchemie interessiert und zur Zeit im Abitur stehend, experimentierte zwecks Blutgruppenbestimmung und um die Gerinnungsdauer des Blutes nachzuweisen, hin und wieder mit kleinen Mengen eigenen Blutes. Er hat nie eine Metzgerlehre gemacht und auch noch nie im Leben Ochsenblut getrunken und groß und stark will er (»nur 1,60 Meter groß«, »Bild«) auch wieder werden. Ihm reichen seine 1,83 Meter. Weder gibt es eine Anklage wegen »Körperverletzung« (Blutabzapfen bei willenlos gemachten Opfern) noch wegen »Verführung Minderjähriger«.

Die beiden in »Bild« zitierten unschuldigen Minderjährigen sind zwei recht aufgeklärte junge Damen, die zwar den Michael kannten, aber bei dem eher schüchternen und sensiblen Jungen es nie über eine normale Schulfreundschaft hinauskommen ließen. Zu der im »Bild«-Sinne belastenden Verhaltensweise (»Irrsinnig zärtlich war er, sagen übereinstimmend mehrere Mädchen über Michael K.«) war es zum Bedauern von Michael nie gekommen.

(Die folgenden zweieinhalb Abschnitte sind im Heft geschwärzt)

Und die »belastenden Fotomontagen« in Michael K.'s Wohnung? Der in »Bild« zitierte Spruch »Gehirnwäsche tut Not« über einem Foto von Schleyer existiert nicht. Die Polizei, die schließlich vor dem Einbruch der »Bild«-Leute die Wohnung inspizierte, hat so einen Spruch nicht festgestellt.

Festgestellt und aktenkundig gemacht hat die Staatsanwaltschaft etwas ganz anderes, und hier beginnt der Kriminalfall des blutrünstigen Monstrums »Bild«, der im Blatt allerdings nur sehr klein und nebenbei abgehandelt wurde.

Unter der Überschrift: »Bei Nacht und Nebel: Polizei mit Pistolen gegen 'Bild'« empört sich »Bild« über eine ganz normale Hausdurchsuchung in den eigenen Redaktionsräumen, die immer dann ihren ungeteilten Beifall findet, wenn sie gegen in Verdacht geratene linke Elemente oder sonstige vermeintliche Staatsfeinde angewendet wird. »Sturm im Wasserglas - oder was?« ist der »Bild«-Kommentar überschrieben und »Bild« versteht die Welt nicht mehr:

»Was war geschehen? War in unseren Frankfurter Redaktionsräumen der Sturz der Republik vorbereitet worden? Hatten sich Terroristen eingenistet? Lag ein Zentner Heroin rum? Saß ein Massenmörder im Schrank? *Der Anlaß war winzig: Es ging um die Beschaffung von Fotos eines Drogentäters. «*

Der » winzige Anlaß« ist Einbruch und Hausfriedensbruch, schwerer Diebstahl, Verletzung von Persönlichkeitsrechten, Verdacht auf Amtsanmaßung, Rufmord, Verleumdung und einiges mehr. Die Verfahren der Staatsanwaltschaft laufen gegen 14 »Bild«-Täter, gegen leitende wie Schindlbeck und gegen einfache Redakteure und Fotografen.

Verfahren wegen »Beleidigung« sind ebenfalls anhängig, denn die überführte »Bild«-Meute versuchte während der Redaktionsdurchsuchung, den verantwortlichen Staatsanwalt Körner mit Titulierungen wie »Goebbels«, »Mann im Gestapomantel«, »wie aus dem Verbrecheralbum« oder -wie gehabt -mit » Vampir« einzuschüchtern.

Sichergestellt wurde die Durchschrift eines Gedächtnisprotokolls des Einbruchs, säuberlich zerrissen und auf mehrere Papierkörbe verteilt, die Erfolgsbilanz des Fotodiebstahls.

Zwei Redakteure, Texter Matthias B. und der Fotograf Peter K. waren für den heißen Auftrag bestimmt worden. Auf Geheiß des kommissarischen Redaktionsleiters Lothar Schindlbeck und des Leiters der Bundesredaktion Peter V. wurden die beiden losgeschickt: »Ihr fahrt jetzt mal zur Wohnung des Blutsaugers. Fotobeschaffung?« Ein unmißverständlicher Auftrag. Ein Fotoapparat wurde erst gar nicht mitgenommen, ging es doch darum, einzusteigen und fremde Fotos zu entwenden.

Die beiden drückten die von der Polizei vernagelte Wohnungstür ein, wurden beim Durchstöbern durch Schritte im Treppenhaus gestört und ließen in aller Hast erst mal nur sechs ihnen geeignet erscheinende Privatfotos mitgehen. Von einem Hotel in der Nähe aus telefonische Erfolgsmeldung an Schindlbeck und V.. Erste Reaktion: » Wahnsinnig, prima«, und die Order, noch mal zurückzugehen und die Türe wieder sorgfältigst zu verschließen, um dann schleunigst zur Redaktion zurückzukommen. Dort triumphaler Empfang, Gratulation und zur Feier des Tages kleiner Sektumtrunk. Was in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt wurde: es blieb nicht bei diesem einen Einbruch. Erich D., festangestellter Fotograf

bei »Bild« und ein mit allen Wassern gewaschener Experte, war ebenfalls eingestiegen und holte gleich Dutzende von Fotos 'raus. Ein solches Überangebot, daß »Bild« ganze Serien damit hätte füllen können, so daß der clevere Bildbeschaffer auch bei anderen Blättern damit hausieren ging. Jedoch erfolglos: die Konkurrenz - noch nicht auf »Bild«-Niveau - zeigte Skrupel. D., lange gewachsenes »Bild«-Produkt, ist bereits einschlägig vorbestraft.

Mit verstecktem Fotoapparat, einem Blumenstrauß zur Tarnung und einem eigens beschafften Ordner mit der Aufschrift »Staatsanwaltschaft« war er z.B. in die Intensivstation eines Krankenhauses vorgedrungen, um dort ein schwerkrankes Mädchen für eine Veröffentlichung in »Bild« »abzuschießen«. Zufällig erschien der Vater des Mädchens, verlangte seinen Ausweis und hielt D. -unterstützt von zwei Pflegern -solange fest, bis die Polizei herbeigerufen war und ihn festnahm.

Auch dies kein Einzelfall. Ohne derartige eingespielte Gangstermethoden würde »Bild« nicht mit 5,1 Millionen Auflage die absolute Monopolstellung halten. Der Kollege Erwin D., freier Fotograf für »Bild«Frankfurt, wurde im vorigen Jahr überführt, während einer Gerichtsverhandlung einen Angeklagten heimlich fotografiert zu haben. Mit einer Miniaturkamera, in einer »Lord«-Schachtel montiert. Das Foto war in »Bild« erschienen, der Angeklagte deutlich erkennbar. Der Fotograf als unterste, ausführende Instanz wußte dran glauben und ist seitdem vorbestraft.

Die wenigsten Fälle werden überhaupt bekannt oder kommen gar vor Gericht. Bisher war's so, daß Staatsanwälte oder Richter vor »Bild« in die Knie gingen oder versteckt oder offen mit den Kollegen vom publizistischen Volksgerichtshof paktierten. Umso schockartiger die Reaktion der Verantwortlichen auf die Beweissicherstellungs-Aktion der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die zum Entsetzen der Springer-Rechtsabteilung auch noch nachträglich vom hessischen Justizminister Günther »als uneingeschränkt richtiges Verhalten« gewürdigt wurde.

»Bild«, sonst für »Todesschuß« der Polizei, Eliteeinheiten wie GSG 9 und schwere Waffen für »unsere Polizei« plädierend, verschlägt's plötzlich die Sprache und Logik. Die 13 Polizisten, die zur Durchsuchung der Redaktion anrückten, waren, wie zu jedem Streifengang auch, mit Pistolen am Gürtel versehen, Anlaß für »Bild«, mit dramatischer Überschrift zu klagen: »Polizei mit Pistolen gegen Bild«. Und Springers »Welt« sah plötzlich die Pressefreiheit in Gefahr, »wenn mit *Maschinengewehren* auf Spatzen geschossen wird. «

»Was war auch schon geschehen?« heuchelte »Bild«, daß die Polizei gleich »in der Art eines Sturmangriffs« losschlagen wußte, und in einem »Blitzfernschreiben« an alle Redaktionen ist gar von einem »kriegsmäßigen Polizeiaufmarsch« die Rede, der umso unverständlicher sei, da -man höre und staune - »die Rechtsabteilung des Springer-Verlages bereits vor der Aktion ihre Bereitschaft erklärt« hätte, die Polizei bei der Aufklärung des Verdachts zu unterstützen.

Das ist ungefähr so, als würde der Staatssicherheitsdienst der DDR der Bundesanwaltschaft gegenüber seine »Bereitschaft erklären«, sie bei der Aufklärung von Spionagefällen zu unterstützen, nachdem gerade wieder mal einige Bundestagssekretärinnen wegen Spionage-Verdacht flüchtig sind. Staatsanwalt Körner schätzte dann auch diese noble Hilfsbereitschaft aufgrund seiner Erfahrungen als »Karikatur von Kooperation« ein.

Die Hilfestellung fing damit an, daß die Fotobeweismittel erst mal beiseite geschafft wurden, nachdem der außerhalb festgenommene Fotograf D. seinen Chef Schindlbeck telefonisch vorgewarnt hatte. Ebenso wurden noch bequarzte holländische Geräte zum illegalen Abhören spezieller Kripomitteilungen - über den normalen Polizeifunk hinaus - mit Erfolg versteckt. Die Nacht über blieb Schindlbeck verschollen und auch am folgenden Tag. Als der Staatsanwalt schon erwog, ihn durch Haftbefehl bundesweit suchen zu lassen, erschien er überraschend nachmittags bei der Kripo, um mit nobler Geste sein Original des Geständnisprotokolls abzuliefern, nachdem die Kripo längst aus den sichergestellten Schnipseln vom Durchschlag in verschiedenen Papierkörben wie in einem Puzzle das Geständnis des Fotobeschaffungseinbruchs zusammengefügt hatte. Die im Springer-Konzern ständig überbeschäftigte Rechtsabteilung setzte die »Karikatur einer Kooperation« auf ihre Art fort.

Die drei ausführenden Instanzen, Matthias B., Peter K. und Erich D., wurden zu ihrer Verwunderung mit I. Klasse-Flug »zum Rapport« nach Hamburg zitiert, ins Hotel Plaza einquartiert, zack, zack, Koffer abgeben und noch am selben Abend in die »Höhle des Löwen« ins Hauptquartier befohlen. Dort vor großer Besetzung: Anhörung oder Verhör - je nach Standpunkt -- vor einem schneidigen arroganten Herrn Kühle, einem eher trotteligen Donald Moojer und der Chefin Renate Damm (»Ich bin ein hartes Mädchen«).

Die zuerst zurechtgelegte Schutzbehauptung, Erich D. hätte die Fotos für 200 Mark von einem Kripomann gekauft und sich dann auf Informantenschutz berufen, wird als zu windig verworfen. Große Debatte über das Problem, wie man die heiße Ware, die gestohlenen Originalfotos, die in Harnburg auf dem Tisch liegen, wieder loswerden sollte. Die Idee, sie einfach dem K. wieder in den Briefkasten zu werfen, wird verworfen.

Als Rechtsbeistand in Frankfurt wird das Büro Schmitt-Leichner benannt. »Das ist das beste, was es für euch gibt«, sagt die Damm. Der Fotograf Peter K., der einzige, der der Kripo gegenüber ohne Absicherung und vorbehaltlos ein Geständnis abgelegt hat, gewinnt langsam den Eindruck, daß er hier als »Alleinschuldiger« geopfert und verheizt werden soll. Der Ausspruch seines Chefs und Auftraggebers Schindlbeck klingt ihm im Ohr: Vorfälle wie der »Einbruch seien nicht die Praktiken der 'Bildzeitung'. « Und als er nach Hause zurückkehrt, das Protokoll der Springerdame Damm über seine

Aussagen mit kühlem Kopf Liest, hat er den Eindruck, daß immer, wenn er von w i r sprach, die Ich-Form eingesetzt wurde, um seine Alleinschuld zu dokumentieren.

Er erlebt, daß die wahren Schuldigen und Verantwortlichen nach wie vor fest zu ihren Untaten stehen und nicht die Spur von Abkehr oder Reue zeigen. Denen möchte er nicht weiter ausgeliefert sein, und möchte auch nie mehr in die Zwangssituation kommen, sich der Beihilfe für etwas schuldig zu machen, was das Lebenselexier des Blattes ist. Er entzieht dem »Bild«-Anwalt das Mandat und nimmt sich einen unabhängigen Rechtsanwalt. Die Springer-Dame Damm sagt ihm daraufhin am Telefon, was er für einer sei: nämlich »ein ganz mieser Kerl«. Und: »Menschlich sind Sie für uns unten durch.«

Später geht er noch einen Schritt weiter und reicht die Kündigung ein, ohne eine neue Stelle in Aussicht zu haben.

Konkret 04/79, S. 43

Horst Tomayer

Fun auf völkisch?

Zu berichten ist von einer Kneipe in Westberlin, die im Verdacht steht, zur neofaschistischen Szene zu gehören. Also fangen wir damit an:

Ein (mindestens) Ex-Nazi will unser aller Präsident werden. Beim Westberliner Schulsenator Rasch bleiben Judensau-Rufe in seinem Verantwortungsbereich folgenlos. Dafür untersagt er den Aushang eines Veranstaltungshinweises an den Westberliner Schulen (»Holocaust und jetzt«) mit der Begründung, dieser Vorgang sei, weil von der GEW initiiert, »Werbung für die Gewerkschaft«. Der John Jahr Verlag läßt eine Comic-Serie über den »Führer« auf dem Prüfstand laufen. Junge Nazis, angeklagt wegen schwerer Körperverletzung oder Waffendiebstahls, für die jeder »Linke« für Jahre im Knast verschwände, bleiben auf freiem Fuß, weil sie mitten in der Republik festen Wohnsitz haben. Mehrere Zehntausende Exemplare der faschistischen »Unabhängigen Nachrichten« - Schriftleitung Bochum - kommen zur Holocaust-Time zur Verteilung: Purer Rassenhaß, reine Völkerhetze. Aber die Besen in den Staatsschutzkammern haben Ruh. Ein Redakteur des NDR würde zum »Talk nach neun« nicht nur Hitlers Büsten-Bildner Breker, sondern den Kopf der Nazis selber zum Plausch bitten (»Journalismus verträgt keinerlei Zensur«, meint er), womöglich - der Ausgewogenheit wegen - gekontert von einem Auschwitz-Überlebenden.

Das ist, nicht der ganze, aber der partielle Zustand dieser Republik, in den sich der Westberliner Gastronomie - Newcomer Willi Gettel versetzt haben mochte, als er vor kurzem eine in Fraktur gesetzte »Sondermeldung« in der City Westberlins verteilen ließ:

»Täglich ab 11 Uhr: Essensausgabe. Billard. Flipper. Gefechtslärm. Musik. Feindberührung. Tanz. Orchester. Bier. Ab 20 Uhr: Fronttheater & Keapelle. Für das 'Offiziersbordell' suchen wir weibliche Statisten«.

Dies alles in einem Etablissement, das am Schnittpunkt von Nürnberger- und Kurfürstenstraße gelegen ist: Das »Cafe Vaterland - Soldatenbad 1945«.

Geschäftsführer Gettel (als »Inhaber« ist ein Werner Blinn ausgewiesen), der auch in dem auf Military-Look getrimmten »Belgisch-Kongo« am Olivaer-Platz mitmischt, warb für das neue Lokal auch in den Westberliner Tageszeitungen »Abend«, »Tagesspiegel«, »BILD« und »BZ«, für »rund 15.000 Mark«, wie er sagt.

Was ist los? Ein neuer »Bürgerbräukeller« in Berlin-West? Der von der Schultheiß-Brauerei belieferte Jungbrunnen des Faschismus?

Lokaltermin des Tatorts, Sonnabend, 10. März, 21.15 Uhr. Avisiert ist eine Vorentscheidung zur Wahl des »Fräulein Vaterland« an diesem Abend.

Erster Eindruck: Die Fenster-Front: »Trotz Blockade und Boykott, trifft Euch unser Hohn und Spott. Heute noch auf stolzen Rossen, morgen durch die Brust geschossen.«

An der Garderobe: Ein »in Deutschland geborener« Mongole, schulterlanges Haar unter einem »englischen« Helm. An der Uniform-Jacke (Bundeswehr? »Nein, Boutique«) ein Phantasie-Orden, wie ihn Kinder und die Narren tragen. Er hat die Haken auf Pacht. Den Job hier macht er, weil er »den Geschmack der weiten Welt kennenlernen« will. Ein naiver Softie.

Das »Soldatenbad«: Hunderte von Sandsäcken, mannshoch gestapelt. Die Decke verhangen von Tarnnetzen. Die Tische: Ehemalige Kabel-Trommeln. An den Wänden: Der »Führer« auf dem Abort sitzend, den »Völkischen Beobachter« in der Rechten. Der nämliche stehend nackt, mit einer Gerte in den überm Gemächt verschränkten Händen. Urheber dessen? Gettel: »Der Maler Keitel, Keitel wie der Generalfeldmarschall«. Weiter: Ein Totenkopf mit Stahlhelm. In die Sandsackverschnürung geheftet: Schwerter aus Plastik. Aus diesem Material auch, über die ganze Pinte verstreut, MPs, Pistolen. Den Gang lang durchs »Soldatenbad« eine »Siegfrieds-Line« mit Dessous aus den braunen dreißigern und blutigen vierziger Jahren, schlüpferig, schlüpfrig. Im Hintergrund ein Stuka an der Wand. Flipper und Pool-Billard. Und: Ein Galgenbalken mit zwei Schlingen.

Gastronom Gettel, Mitte dreißig, untersetzt, scene-bekannt schlagkräftig, in Söldner-Khaki mit Käppi, spielt die Auskunftsplatte ab: »Nix politisch, nix faschistisch, only fun auf völkisch«.

Wer bedient wen?

Mädels in Großmutters Fähnchen, Strümpfe mit Naht, Bleistift-Absätze, Blume im Haar. Zigaretten, chewing gum und Schokolade hält ein schwer geschminktes Mädchen im Pappmaché-Koffer der Hamster-Ära feil. Das Kommando am Tresen führt ein à la »Ulan« Uniformierter. »Börnïe«, der Conferencier des Abends, trägt Dunkles auf, seinen schwarzen Chapeau clacque (will er die Farben der Republik verhöhnen?) schmückt eine rote und eine goldne Feder.

Das Publikum, etwa 150 neugierige Nasen, größtenteils vom Trommelfeuer der Anzeigen angelockt, darunter zwei Dutzend Journalisten, ein Kamerateam des SFB (»Blende drei«) und - also doch! - ein Fähnlein von der »Wiking-Jugend« im Winkel, SS-bleck is beautiful, gestiefelt einige, die Odalsrune am Gürtelversehluß.

Wo bleiben die Mädels, denen »5.000 Mark als 1., eine Reise nach Paris 'mit Marschverpflegung' als 2. und ein paar Kisten Moët et Chandon Sekt als 3. Preis« versprochen sind?

»Ein paar sind ausgerissen«, sagt Gettel, »kein Mumm; aber ein paar sind da«.

Da sitzt eine, nippt nervös am »Muckefuck«, der neben »Kommißbrot und Schmalz« über Lautsprecher angedient wird. Friseuse ist sie, und das donnernde Blond trägt sie in »Entwarnungs«-Facon. »Hat sie selber gemacht«, erklärt ihr Freund stolz, der ist »bei der Berliner Polizei«.

Gleich ist es halb elf. Und Lale Andersen wechselt sich ab auf dem Band mit Hans A1bers, pazifistischen Liedern schließen sich Märsche an und zwischendurch greift »Yogi«, der Pianist, ins Gerät. Aber dann, die OKW-Fanfare ist verklungen, betritt »Börnie« mit dem BRD-Zylinder die Bühne, bewaffnet (ja, weil später wird er damit werfen) mit einem kabellosen Mikro und einem Notizblock, denn wer kann sich schon alles merken, außer so flotter Ansprache wie »Meine Damen und Herren, meine Samen und Sperren«. Sein Champagner-Kelch schwabbt und schon ruft er die Mädels herein, als »Nummer eins der Ausstellung« eine Amsterdamerin, dann die zitternde, kaugummimalmende Frisöse im Bikini. So angezogen ist auch die dritte und - hat sie sich also doch von ihren Skrupeln getrennt -Nummer vier, die Freundin des Oberschülers aus dem Bezirk Zehlendorf (eine Travolta-Kopie, die das Original aussticht). Und »Börnie«, der um ihre Kandidatur zur »Miß Filmfestspiele« weiß, fragt sie: »Den *weichsten* Platz hast du da errungen«? Dritte war sie, das »Model«, das »mehr zur Schauspielerei will als sowas Ordinäres«, sagt sie später. Wer aber trägt das Schildchen mit der Nummer 5? Eine »Wikingerin«, ganz in schwarz. Schülerin ist sie und schüchtern, und ihr Freund, Handwerker (»in Holz«), der die Hitler-Travestien »entartet« findet, hat sie »nur so« mitmachen lassen. Erlaubt das ordnungspolitische Programm dieses völkischen Vereins die *Zurshowstellung* eines weiblichen Mitglieds? Zynische Frage.

Ist ihre politische Haltung auch reaktionär - in diesem Augenblick, in dem sie trostlos und tieftraurig, aller Reize entblößt weil bekleidet, chancenlos gegen die Pose-Profis auf der Stelle tritt, gehört ihr uneingeschränkt Sympathie.

»Die Stimmzettel in die schwarze Urne«, schafft » Börnie« an und tankt in immer kürzeren Intervallen Schampus. Da steht, wie Kai aus der Kiste, plötzlich der alte Mann mit dem kugelrunden Kopf und den lustigen, kugelrunden Augen (was tut der denn hier, hat man sich eben noch gefragt) auf der Bühne, raus den Bauch und runzlig der Sack: nackt. Ausgepeitscht werden will er, wenns geht, von einer Fräulein-Vaterland-Kandidatin. Und dabei lacht er über die Backen, freut sich wie ein Kind seiner Nacktheit, arglos.

Doch da verwandelt sich das »Soldatenbad« in's Schlachtfeld, und die Sandsäcke kriegen ihren Sinn. »Börnie« flippt aus. Er reißt den nackten Mann von der Bühne. »Das ist eine Sauerei« tobt er, Weiber und Titten ja, aber nicht nen nackten Opa. Und dann macht er das Werbewort von der »Feindberührung« wahr. Er kanoniert eine Torte ins Parkett, feuert das Mikro in die Menge und (aha: »Gefechtslärm«) läßt Halbliterkrüge wie Schrapnells platzen. Gastronom Gettel flüchtet vor dem Schub seines Conferenciers in eine Nische des Tresens, verwahrt sich übers Zweitmikro gegen diesen »Moralismus«: »Diese Stadt ist ein Sumpf«, drum »ist dieses Lokal auch ein Sumpf«, und fordert seine Feldjäger auf, den Rasenden zu sistieren. Zwei Mann der »Vaterland«-MP stürzen sich auf »Börnie«, Fäuste fliegen, Kinnladen krachen. Doch wie ein Platzhirsch vermißt der Bärenstarke nach dem Schlaghagel das Revier: Wer will ihm, wer kann ihm? Alles macht ihm Platz, so räumt er das »Soldatenbad« unbesiegt.

Im »Wiking«-Winkel leuchten sich die SFB-Kollegen ein. Groß ist das öffentliche Interesse an diesem Jugendverband, dessen Mitglieder im »Haus der Kirche« am z. März die »Holocaust«-Diskussion mit dem Votum für »KZs gegen Volksschädlinge« anreicherten. Doch ohne »cash«, so der Gruppenführer, kein Meter Film. So bleiben sie im Dunkeln. Im Blitzlichtgewitter dagegen Gastronom Gettel und Hitler-Maler Keitel, beide unterm Galgenbalken.

Und auf dem glassplitterbedeckten Podium dreht der inzwischen wieder nackte Opa zu einem Marsch - weiß der Geier was für einen - seine Runden, lachend, zufrieden mit sich.

Für den Bruchteil eines Augenblicks: So müssen - nur viel magerer - die armen Kerle mit dem rosa Winkel im KZ vor den SS-Wachmännern ihre Gethsemane-Vorstellung gegeben haben.

Schlimm wie der Trubel stumpft. Erst bei der Niederschrift kommt man zu sich, schämt sich, daß man wie ein Kamera-Objektiv zugeschaut hat.

Nix politisch? Nix faschistisch? Only fun auf völkisch?

Konkret 04/79, S. 46

konkret Markt

»Molière«, ein Film von Ariane Mnouchkine mit den Schauspielern ihres »Théâtre du Soleil«

Kritiker haben über diesen Film viele Seiten vollgeschrieben - Lob zwar, aber was kann man über dieses Stück anderes sagen als: hingehen und erfahren, was Kino ist (und was Theater war)! » Molière« dauert über vier Stunden. Keine Minute zu lang.

Jim Morrison »An American Prayer«, Elektra-LP 52111. Und als Buch: Karin Kramer Verlag, 130 Seiten, 15 Mark

Seine Freunde meinen, daß sein Ruhm als Dichter seinen Ruhm als Lead-Sänger der Doors noch weit überdauern wird. Tim Morrison hatte gegen allen Flower-Power-Kitsch den Blues in den Rock geholt, nicht nur musikalisch, sondern vor allem auch mit seinen »lyrics«. Der Westberliner Karin Kramer Verlag hat jetzt sein amerikanisches Gebet in einer zweisprachigen Ausgabe herausgegeben, hervorragend ediert und übersetzt von Reinhard Fischer und Werner Reimarm. Gleichzeitig erschien die Platte: die gesungene und gesprochene Autobiographie der Legende, zu der er schon vor seinem Tod 1971 wurde. Jim Morrisons Prayer wird untermalt und unterbrochen von zum Teil bisher unveröffentlichten Doors-Aufnahmen. Eine Platte zum !ausschließlich!) konzentrierten Zuhören - für den, der begreifen will, aus welchen guten Gründen Jim Morrison zur Legende wurde. Die, dies bereits wissen, werden diese LP ohnehin schon haben.

Cat Stevens: »Back to Earth«, Ariola 26491

Cat Stevens - das riecht und schmeckt nach Jasmintee und Räucherstäbchen Mitte der 60er. Und hört sich auch immer noch so an. Mit »Back to Earth«, seiner neuesten, nach zweijähriger Pause erschienenen Platte, ist der sanfte Kater wirklich back. Er hat sich überhaupt nicht verändert. Brechts Herr K. erbleichte bei solcher Feststellung. Aber es gibt weiß Gott schlimmere Objekte der Nostalgie.

Lou Reed: »Live -Take No Prisoners«, RCA-Doppel-LP 03066

Kennen Sie Lou Reeds »Walk an the Wild Side«7 Nein, kennen Sie nicht. Jedenfalls dann nicht, wenn Sie die 16-minütige Live-Fassung auf dieser Platte noch nicht gehört haben. Man nehme einen Kopfhörer (die LP ist in Kunstkopf-Technik aufgenommen) - und schon sitzt man im New Yorker » Bottom Line« und läßt sich von Lou Reed anmachen. In allen möglichen Bedeutungen dieses Worts.

Und damit Pasta

Unrichtig ist, daß die Nudeln aus Calabrien trockener sind als die von den Feldern der Toscana. Unrichtig ist auch, daß rote Maccaroni länger abhängen müssen als pasta verde. Richtig ist, daß wer von Birkel auf Selbstgemachtes umsteigen möchte, wer vielleicht die biodynamischen Spaghetti liebt, sich die Nudelmaschine »Atlas« anschaffen sollte. Made in Italy und vertrieben über »Quelle« in Fürth für 49,90 Mark plus Nachnahme. Die machina per pasta knetet den Nudelteig, stellt Lasagne und Spaghetti her und ist auch für Canneloni, Tortellini oder die guten schwäbischen Maultaschen (quasi Ravioli elefantiasi) geeignet.

»Der Tag, an dem Elvis nach Bremerhaven kam«, Fernsehfilm von Horst Königstein und Peter F. Bringmann, 11. April, 20.15 Uhr, ARD

Springers Fernseh-»Kritiker« Will Tremper sagte kürzlich (übrigens während eines Empfanges zu Ehren von Leni Riefenstahl) zu einem Kollegen: »Da senden die demnächst einen Film, der heißt 'Der Tag, an dem Elvis nach Bremerhaven kam', und Elvis tritt nicht ein einziges Mal auf.« Für Tremper ein weiterer Beleg für die Unfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, auf Publikums-Bedürfnisse einzugehen. Von nichts anderem als von solchen

Bedürfnissen aber handelt dieser Film: vom Alltagsleben in einer norddeutschen Garnisonsstadt; von »Teenagern«, die auf den Tag warten, an dem Elvis als GI an der Columbuskaje eintrifft, auf den 1. Oktober 1958. Wo Menge und Schamoni mit ihrer angeblichen Revue »Was wären wir ohne uns« über viele langweilige Stunden nur beweisen konnten, zu welchen Leistungen an Detail-Treue Requisiteure fähig sind, führen Königstein und Bringmann mit ihren jungen Laiendarstellern aus Bremerhaven die Mythen der 50er Jahre vor: Überlebensphantasien.

Horst Königstein schreibt zu seinem Film:

Ich habe vor einigen Monaten eine Fernsehkritik gelesen, die feststellte, nun sei es genug mit den 50er Jahren; man möge sich doch endlich den Gegenwartsproblemen zuwenden. Abgesehen davon, daß nichts gegenwärtiger ist als die genaue Beschreibung der Beziehungen von Menschen und ihren Kampf ums alltägliche Überleben: hier wurde ein typisches Mißverständnis ausformuliert, das sich in der sog. 50er-Jahre-Mode ausdrückt. Es ist eine Mode, deren Ankunft die »Spiegel«-Titelseite signalisierte und die von Filmen wie dem Musical »Grease« und dem soft-Porno »Eis am Stiel« ausgebeutet wird.

So entsteht das Mißverständnis: wenn in einer Geschichte Elvis Presley singt und Jugendliche in 50er-Jahre-Moden tanzen, wird unterstellt, daß der Autor sentimentale Klischees einbringt. Tatsächlich interessieren sich Filme wie »Eis am Stiel« nur für die austauschbaren Oberflächenreize - die Story könnte, gäbe es nicht die Kostüme und die Musik, beliebig in den 70er Jahren angesiedelt werden.

Stoffe wie »Der Tag, an dem Elvis nach Bremerhaven kam« dagegen versuchen etwas anderes: sie rücken die gemeinsamen' Erfahrungen - und dazu gehören eben Elvis und die tanzenden Jugendlichen - in den alltäglichen Zusammenhang. Hier sind die Klischees das Überlebensmittel in einem ansonsten ziemlich trostlosen Wiederaufbau-Klima, das die Fassaden von den Altbauten hackt und grauen Spritzbeton über die Trümmerfelder setzt. Die Klischees als Droge für die Phantasie: Comics werden verbrannt, »Kitsch« aus den Aufsätzen herauszensiert. Irgendwann wird jeder einmal zum »Spinner« erklärt, und er kann von Glück sagen, wenn ihm dabei nicht die Hoffnung beschädigt wird, daß seine Wünsche legitim sind. Wünsche nach mehr Gerechtigkeit, Gemeinsamkeit, Zärtlichkeit, weniger Haß, Konkurrenz, Neid. Nicht zuletzt die Musik hat diese Wünsche immer wieder aufgenommen und in ihren Rock'n'Roll-Elementen den Anspruch auf Verwirklichung festgehalten.

Die Generation, von der hier die Rede ist, hat Ende der 60er Jahre studiert und protestiert, - ist voll in den Arbeitsprozeß eingegliedert, gestreßt, frustriert, erfolgreich, versperrt Berufe für nachwachsende, möglicherweise arbeitslose Generationen. Die Generation, von der hier die Rede ist, bekommt von Älteren zu hören: »Ihr habt noch kein Recht, nostalgisch zu sein.« Nein, nicht das Recht auf Wehmut, aber die Pflicht zu einer vernünftigen Trauerarbeit, die nicht vor den datenkontrollierten 70er Jahren

»alternative«, Heft 124, Thema: INDULA, 66 Seiten, 6 Mark

INDULA ist kein neues Fremdwort und hat auch überhaupt nichts mit Indolenz oder gar Indulgenz zu tun. INDULA ist ein gängiger Topos, wenn der Landgraf hart werden soll: in fiesem unserem Lande. Alexander Kluge sagt, man braucht ein Elefantengedächtnis, um den deutschen Herbst 1977 zu verarbeiten'. Die »alternative« hat jetzt damit angefangen und einmal mehr bewiesen, wie wichtig diese Zeitschrift, die von Hildegard Brenner jetzt schon im 22. Jahrgang herausgebracht wird, nicht nur für Germanisten ist. Da zeigt zum Beispiel Johannes Volmert anhand der Bundestagserklärung von Kanzler Schmidt zur Schleyer-Entführung, wie wir mit Sprache behandelt wurden, ohne es zu begreifen. Ein »Wörterbuch des deutschen Herbstes« analysiert, was hinter scheinbar unverfänglichen Begriffen steckt, von »Allparteiengespräch« bis »Vertrauensvorschuß«. (Anschrift der »alternative«-Red.: Postf. 150230, 1 Berlin 15)

PDI-Taschenbuch Nr. 1: »Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978« mit Beiträgen von Herta Däubler-Gmelin, Bernt Engelmann, Gert Lütgert. 208 Seiten, 6,60 Mark

NPD-Mitglieder sprengen in Dortmund eine Veranstaltung des kommunalen Kinos. Auf dem Programm steht der Film: »Nazis, gibt's die noch?« Die gibt's. Der Münchner »Pressedienst Demokratische Initiative« hat einen »Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978« veröffentlicht. Kein Verfsungsschutz-Verschnitt, sondern eine notwendige Auflistung dessen, was alles immer noch und schon wieder möglich ist. Dazu Björn Engholm, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium (trotzdem hat er recht): »Der PDI schafft mit seinen Publikationen über neonazistische Tendenzen. und Aktivitäten eine Voraussetzung zur Sensibilisierung und Wachsamkeit der demokratischen Öffentlichkeit. Das Taschenbuch verdient eine weite Verbreitung, Beachtung und kritische, engagierte Diskussion.«

Arik Bauer: »Sieben auf einen Streich«, Polydur-LP 2371902

»Märchen müssen wie Träume sein, einfach, kindisch, vordergründig und doch rätselhaft«, sagt Arik Bauer und h« I eins geschrieben: »Ein tapferes Schneiderlein erlegt auf einen Streich die Fliegen Zynismus, Hochmut, Heimtücke, Faschismus, Pessimismus, Grausamkeit und Müßiggang. Der Wildsau Umweltverschmutzung wachsen Blumen aus den Stoppeln, das blinde Einhorn Terrorismus bekommt Augen, und die beiden rivalisierenden, kriegstreibenden Riesen machen eine Abrüstungskonferenz. Und das alles durch Phantasie und Liebe: einfach, kindisch, vordergründig und rätselhaft. Aber immer noch so ernsthaft, daß die ARD im März einen Sendetermin für Arik Bauers Märchen (in der Inszenierung von Samy Molcho) platzen ließ.

Fritz . Bringmann: »Kindermord am Bullenhuserdamm. SS-Verbrechen in Hamburg 1945: Menschenversuche an Kindern«, Röderberg-Verlag, 74 Seiten, 4 Mark

Am 21. April 1945 wurden in der Hamburger Schule Bullenhuserdamm 20 jüdische Kinder im Alter von 512 Jahren von der SS ermordet. Diese Jungen und Mädchen waren Tbc-Versuchsobjekte des SS-Arztes Kurt Heißmeyer. Die gesunden Kinder wurden mit Tuberkulose-Bazillen geimpft und in den meisten Fällen zu Tode gepflegt. Die Überlebenden aber mußten als Zeugen der Nazi-Bestialität sterben. Unter so grausigen Umständen, daß man froh wäre über mehr Mangel an Mord-Phantasie:

Sie wurden nachts aus dem KZ Neuengamme in die Schule geschleppt. Waren völlig ahnungslos und freuten sich auf die versprochene Reise nach Theresienstadt. Zogen sich deswegen auch widerspruchslos aus für die notwendige Spritze gegen Typhus, die dann Morphium war. Den betäubten Kindern wurde eine Schlinge, befestigt an einem Haken im Heizungskeller der Schule, um den Hals gelegt. Sie waren zu leicht, die Schlinge zog sich nicht von selbst zu. Also halfen die SS-Henker nach und hängten sich mit ihrem ganzen Gewicht an die nackten Körper der Kinder.

Beteiligt an diesem Massaker war u.a. Alfons Strippel, Stützpunktleiter aller Hamburger Außenlager des KZ Neuengamme, also auch der Schule Bullenhuserdamm. Als einziger der SS-Mörder konnte er 1946 seiner Verurteilung entgehen, weil er bei schleswigholsteinischen Bauern untergekrochen war.

Vier Jahre (von 1963-1967) brauchte der Hamburger Staatsanwalt Dr. Münzberg, um den Strafantrag der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme gegen Alfons Strippel wegen Beteiligung an diesem Kindermord abzulehnen: keine schlüssigen Beweise, alle Zeugen seien eh tot, weiteres Beweismaterial ist nicht zu erwarten.

Ist es doch: Es gibt ein paar neue Zeugen, (u.a.) Eltern der ermordetet Kinder, die bis vor kurzem glaubten, ihre Kinder seien in Auschwitz umgekommen, und es gibt neues dokumentarisches Material, das Günther Schwurberg gerade in einer »stern«-Serie vorlegt. Einen Oberstaatsanwalt (ist er inzwischen!) Münzberg, der in seiner »rechtlichen Würdigung« der Einstellungsbegründung zu dem Schluß kommt, daß die Kinder *nicht grausam* getötet worden seien, weil »ihnen über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel hinzugefügt worden ist«, wird das nicht sonderlich verunsichern. Aber er hat ja noch Kollegen. Die Hamburger Staatsanwaltschaft will das neue Material prüfen. Strippel ist nach wie vor auf freiem Fuß. Es ist anzunehmen, daß er für die Verjährung von Nazi-Verbrechen ist.

»Die durch die Hölle gehen« (»Deer Hunter«), Film von Michael Cimino, mit Robert de Niro

So viel Geld haben nicht einmal die »United Artists«, als daß sie die weltweite PR für ihren Film hätten bezahlen können, die ihnen Wolf Donner gratis bescherte. Seine, von keinem Gramm politischen Instinkts getrübte Placierung von »Deer Hunter« auf der Berlinale führte zur Abreise etlicher Delegationen aus den sozialistischen Staaten, zu Protesten, zum Skandal. Nach dem chinesischen Überfall auf Vietnam war keine andere Reaktion möglich gegenüber einem Film, in dem »Vietcongs « nur als entmenschte Sadisten vorkommen. Und trotzdem: Es gibt gemeinere, friedensfeindlichere Filme als »Deer Hunter«, ideologisch gefährlichere (»Superman« zum Beispiel, der in der Abschluß-Gala der Berlinale gezeigt wurde, wäre sicher auch mal eine Abreise wert gewesen). Denn Kriegsverherrlichung hat Cimino nun gewiß nicht betrieben. Er zeichnet vielmehr ein recht genaues Bild jenes kranken Patriotismus, der in einer tristen amerikanischen Kleinstadt zum Chauvinismus wuchert und der junge Seelen-Krüppel in einen Krieg hecheln läßt, aus dem sie auch noch als physische Krüppel zurückkommen - oder gar nicht. Er führt uns den alltäglichen, gottgewollten Amerikaner in einer Schärfe vor, die McCarthy kaum hätte durchgehen lassen - auch nicht, wenn der »Vietcong«-Part vom Leibhaftigen übernommen worden wäre. Denn Thema dieses Films ist weder der böse Kommunismus noch der heldenhafte Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. Thema ist die amerikanische Hybris, die - neben den Erfordernissen der

Profitraten -Aggressionen wie die in Vietnam möglich macht.

Rolf Schneider: »November«, Knaus-Verlag, 264 Seiten, 26 Mark

Klaus Höpcke, der stellvertretende Kulturminister der DDR, fand dieses Buch »indiskutabel, sowohl von der Politik wie vom Künstlerischen her.« Die »FAZ« schrieb dagegen in ihrer Kritik: » Daß Rolf Schneider die Erwartung, sofern sie auf handfeste Kolportage aus ist, nicht befriedigt, mag ihn ehren. Daß er aber auch diejenigen Leser enttäuscht, die den November 1976 als ein gravierendes politisches Argument begriffen haben und von der Reflexion im Roman mehr verlangen dürfen als nur den Umriß der Fakten, ist kein kleinlicher Einwand.« Die Wahrheit wird irgendwo in der Mitte liegen.

Wie ein Stern in einer Sommernacht

Der Frankfurter Verlag Roter Stern war einmal ein fortschrittlicher Verlag, und sein Kopf, K.-D. Wolff war einmal einer der Köpfe des SDS. Heutzutage trägt Wolff seine Sternenbanner-Hosenträger zur Schau. Und der Verlag veröffentlicht Bücher mit -zum Beispiel -solchem Impressum:

RÄTSEL.

ich schaue in den geheimnisvollen Raum eines verschollenen Denkens, dessen Tür die Romantik einen Spalt weit geöffnet hat/von Margaretha Huber / Bilder Magdalene Palfrader / erscheint mit einer Auflage von fünftausend Exemplaren zur Buchmesse 1978. Satz in der IBM Aldin Roman und Press Roman: Dhyana, Frankfurt, und Verlag Roter Stern. Umbruch: Verlag Roter Stern. Die Vorlagen für den Fünffarbendruck der Bilder von Magdalene Palfrader erstellten die Graph. Kunstanstalten E. Schreiber, Stuttgart. Die Gesamtauflage wurde auf einer Sonderanfertigung von 90g/qm Alpaset-Papier bei Friedrich Pustet, Regensburg, gedruckt, der auch die Bindung besorgte.

Von der Erstauflage wurde eine limitierte und numerierte Auflage von dreihundertundfünfzig Exemplaren in blaues Lammleder gebunden. Diese Exemplare werden nur zusammen mit einer signierten und numerierten Originalgraphik von Magdalene Palfrader, die für den Umschlag verwendet wurde, abgegeben.

Martin und Sylvia Greiffenhagen: »Ein schwieriges Vaterland«, List-Verlag, 484 Seiten, 39,80 Mark

30 Jahre Bundesrepublik sind der Anlaß für mancherlei. Auch für die bislang umfassendste Antwort auf unser aller Frage: Was bin ich? Mit den Methoden der amerikanischen Sozialwissenschaft haben die Greiffenhagens die politische Kultur der Deutschen erforscht, Meinungen über dies, Einstellung zu dem, Werthaltungen über jenes. Ihre Umfrage-Ergebnisse sind dann mit Zugaben über die Geschichte des politischen Denkens versetzt - und die größte und schönste Demokratie aller Zeiten, und ihre Bürger wissen das auch und wissen es zu schätzen. Das Buch ist für den Vertrieb durch die Bundeszentrale für Politische Bildung sehr gut geeignet.

»Siehste«, Fernsehzeitschrift für Kinder

Eine Mark pro Woche kostet dieser neueste, 28seitige Mist aus dem Hause Springer. Für irgendwas mußte das Jahr des Kindes ja schließlich gut sein. Kritiker, die meinten, das Blatt diene ausschließlich zur Öffnung des Marktes der 6 bis 14jährigen für die Konsumgüter-Industrie, wurden mit Dementis beruhigt: Keine Anzeigen in » Siehste«. Es muß ja auch nicht gleich so plump sein: Wo bei »HÖrzu« noch hehre Kunst in » Original und Fälschung« geschieden wird, dürfen die lieben Kleinen in » Siehste« anhand von Platten-Covern (Lindenberg, Smokie) Fehler suchen. Und richtigen Sinn bekommt das Suchspiel dann im Platten-Laden. Anderes Beispiel, Ratgeber Haar-Probleme: » Man kann die Haare sogar täglich waschen. Vorausgesetzt, ihr verwendet ein mildes Mittel ..« Welches, wird noch nicht verraten. Aber das ändert sich nun doch. Bei einer garantierten verkauften Auflage von mittlerweile 250.000 Exemplare pro Woche kann man die werbetreibende Wirtschaft einfach nicht mehr aussperren, ab April dürfen Anzeigen gebucht werden. Siehste!

-

Konkret 04/79, S. 50

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Kommunisten lügen. Wenn in sowjetischer Minister »aus Altersgründen« zurücktritt, wissen wir doch gleich, daß er »Opfer« eines Machtkampfs im Kreml wurde. Wenn einer »an Krebs« stirbt, fragen wir uns, wer ihn warum beseitigt hat. Wenn einer krank wird, lesen wir:

Skandal beim Schachturnier in München

Großmeister Pachman: »Unglaublich!«

Karpow (27) zur Abreise gezwungen?

Bevor der sowjetische Weltmeister Anatolij Karpow seine Partie gegen den 1972 aus Prag in die Bundesrepublik emigrierten Pachman bestreiten konnte, wurde Karpow von der sowjetischen Botschaft zweimal zur Heimreise nach Moskau aufgefordert. Offizielle Begründung: Karpows Vater liege im Sterben. Pachman: »Diese Version wurde schon im Herbst während der Weltmeisterschaft in Baguio verbreitet, als Karpow einige Partien unsicher spielte.«

So die »**Welt**« vom 6. März, dreispaltig. Typisch kommunistisch, das Märchen vom kranken Vater! Angst haben sie, daß ihr Schachmeister gegen einen tschechischen Emigranten verliert! Tags darauf, am 7. März, steht am Ende einer einspaltigen Meldung von vierzehn Zeilen in der »Welt« das Sätzchen:

Anatolij Karpows Vater ist am Montag im Alter von 61 Jahren gestorben.

Der 6. März war ein Dienstag.

Das Stück könnte heißen: »FAZ« oder die Gewalt der Grammatik. Es beginnt damit, daß die »**Frankfurter Allgemeine**« Stimmen zum Mitbestimmungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sammelt:

Der DGB-Vorsitzende Vetter bewertete das Urteil als ...

Arbeitgeberpräsident Esser vertritt die Auffassung ...

Der FDP-Sozialexperte Schmidt vertrat die Auffassung ...

Aber:

Der CSU-Abgeordnete Althammer wies darauf hin,

daß das Gericht unter dem Druck einer beispiellosen Kampagne des DGB habe entscheiden müssen. Was Vetter sagt, ist *seine* Bewertung, was die andern vertreten, ist *ihre* Auffassung, Althammer weist hin - nicht auf etwas, das gemeint wird, sondern auf etwas, das ist. Von hunderttausend Lesern merkt's einer. Auf die andern wirkt's.

Und dann die »Demokratie« bei den Kommunisten:

»Wahlen« zum Obersten Sowjet: 99,58 Prozent

meldet die »**Frankfurter Allgemeine**« am 6. März auf Seite 1. Selbst als Nachricht setzt sie »Wahlen« in Anführungszeichen. Zentimeter über dieser Meldung steht auf derselben Seite ein Bericht über die Wahlmänner-Versammlungen von CDU und CSU: von 531 Wahlmännern stimmten 529 für den Präsidentschafts-Kandidaten Carstens. Das waren 99,62 Prozent. Die Oberschrift hätte heißen können: » Unions-'Demokraten` schlagen Sowjets um vier Promille.« Sie hieß aber bloß:

Einmütiges Votum der Union für Karl Carstens

Leo Brawand, der Chefredakteur des »Manager-Magazins«, hat untersuchen lassen, wie seine Kundschaft in den Unterhaltungssendungen von Radio und Fernsehen dargestellt wird:

Ergebnis: In Fernsehfilmen und Hörfunksendungen spielt der Manager häufig eine Schurkenrolle.

Unglaublich, wie diese Medien alles verdrehen. Genau das Gegenteil ist richtig: Im wirklichen Leben spielt der Schurke die Managerrolle.

Es mag da noch einige Schwierigkeiten mit der jüngeren Vergangenheit geben, doch »**Bild**« bewältigt schon die allerjüngste - in sechs Worten, fünfundzwanzig Zentimeter hoch, auf der Titelseite:

Holocaust Held heiratet Liz Taylors Tochter

Was beweist, daß Auschwitz eine zwar harte, aber gute Schule für spätere Traumkarrieren war. Also, kein Grund für exaltierte Reaktionen - immer schön den Carstens im Dorf lassen.

Wenn eine Frau gegen Kündigung oder Versetzung klagt, soll künftig der Unternehmer beweisen müssen, daß er einen Grund hatte. Das findet der **Enno von Loewenstern** in der »Welt« aber gar nicht gut:

Natürlich gibt es Vorurteile, aber nicht nur gegen weibliche Mitarbeiter; es soll auch Chefs geben, die keine älteren Angestellten oder Gigolo-Typen oder Ausländer mögen.

Oder Kommunisten. Oder Juden. Schöner Enno, armer Enno, denkst du manchmal an die Zeiten?

In der »**Welt**« macht sich ein Yves Laulan Gedanken zur Humanisierung der Arbeitswelt:

Es ist in der Tat unerläßlich, Führungskräften der privaten Wirtschaft die Gelegenheit zu bieten, sich über die praktischen Fragen hinaus mit den großen humanistischen Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen. Gerade in der nüchternen Realität der Geschäftswelt muß der Funke des Humanismus am dringendsten wiederentfacht werden.

Sie sollen, denk' ich mir, lernen, was fristlose Kündigung auf lateinisch heißt.

Die Stadt Oldenburg will es dem **Carl von Ossietzky** noch einmal nachsehen, daß er nicht Mitglied einer der drei Bonner Parteien gewesen ist. In ihrer Begründung für den kürzlich gestifteten Ossietzky-Preis lassen die Stadtväter darum Gnade vor Recht ergehen: Ossietzky habe nämlich

unabhängig von seiner politischen Gesinnung ... Lauterkeit, Zivilcourage und Konsequenz bewiesen.

Die KZ-Schergen konnten Ossietzky nur umbringen, nicht beugen. An den Stallknechten der freiheitlich demokratischen Grunzordnung aber wird jeder Widerstand zuschanden.